RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

12 2012

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Kindertagesbetreuung 2012
Demografischer Wandel
Hochschulen 2011/12

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Thomas Kirschey

Kinder im üblichen Kindergartenalter werden besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Insgesamt 95 805 Kinder im Alter von zwischen drei und sechs Jahren besuchten zum Stichtag der Erhebung im März 2012 eine Kindertageseinrichtung. Bezogen auf alle Kinder des entsprechenden Alters errechnet sich eine Besuchsquote von 97,3 Prozent.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau

B e i l a g e : Faltblatt "Rheinland-Pfalz 2060"

12 2012

STATISTISCHE MONATSHEFTE

65. Jahrgang

kurz + aktuell 1065

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe
Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Soziales ■ Bildung ■ Umwelt
Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 1078

Verbraucherpreise 1079

Rheinland-Pfalz in Karten: Altenquotient 2011
nach Verwaltungsbezirken 1080

Kindertagesbetreuung 2012 1081

Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien
Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2030 1091

Hochschulen 2011/12 – Teil 1 1101

Daten zur Konjunktur 1109

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 1141

Neuerscheinungen 1157

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrieaufträge legten im September zu

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Auftragseingang preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 Prozent. Während sich die Inlandsnachfrage um 4,1 Prozent verbesserte, sank die Auslandsnachfrage um 2,6 Prozent. Insbesondere die Vorleistungsgüterproduzenten (+2,1 Prozent) und die Investitionsgüterproduzenten (+1,3 Prozent) profitierten vom Nachfragezuwachs. Dagegen verbuchten die Konsumgüterproduzenten (–10,9 Prozent) einen deutlichen Rückgang der Bestellungen. Die drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie erhielten mehr Aufträge, wobei der Zuwachs im Maschinenbau mit 6,5 Prozent am deutlichsten ausfiel. Die chemische Industrie verzeichnete ein Plus von 1,2 Prozent, der Fahrzeugbau legte um 0,8 Prozent zu.

Gegenüber dem Vorjahr wuchsen die Bestellungen um ein Prozent. Die Inlandsnachfrage fiel um 0,1 Prozent minimal geringer aus als im September 2011, im Auslandgeschäft wurde ein Plus von 1,8 Prozent verbucht. Die Vorleistungsgüterproduzenten verzeichneten einen deutlichen Anstieg der Aufträge um 8,4 Prozent. Dagegen verschlechterte sich die Nachfrage sowohl bei den Konsumgüterproduzenten (–6,3 Prozent) als auch bei den Investitionsgüterproduzenten (–5 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat registrierte die chemische Industrie mit +15 Prozent einen starken Zuwachs, während im Fahrzeugbau (–4,7 Prozent) und im Maschinenbau (–3,7 Prozent) weniger Aufträge eingingen als im September 2011.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Sep. 2012	Jan. bis Sep. 2012	
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Aug. 2012	Sep. 2011	Jan. bis Sep. 2011
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	0,3 %	1,0 %	-2,7 %
Inland	4,1 %	-0,1 %	-4,9 %
Ausland	-2,6 %	1,8 %	-1,0 %
Vorleistungsgüterproduzenten	2,1 %	8,4 %	-0,4 %
Investitionsgüterproduzenten	1,3 %	-5,0 %	-6,0 %
Konsumgüterproduzenten	-10,9 %	-6,3 %	0,1 %
Chemie	1,2 %	15,4 %	1,0 %
Fahrzeugbau	0,8 %	-4,7 %	-7,2 %
Maschinenbau	6,5 %	-3,7 %	-6,9 %
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-2,5 %	-4,1 %	-0,9 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-1,7 %	-6,1 %	-3,7 %
Investitionsgüterproduzenten	-5,8 %	-2,5 %	4,3 %
Konsumgüterproduzenten	-3,3 %	-4,5 %	-1,0 %
Chemie	-2,7 %	-7,7 %	-4,0 %
Fahrzeugbau	-11,1 %	-2,8 %	6,9 %
Maschinenbau	-3,0 %	-6,6 %	-0,2 %

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Industrieproduktion ging im September zurück

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im September weniger produziert. Der Güterausstoß sank gegenüber August preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,5 Prozent.

Die Investitionsgüterproduzenten verringerten ihre Produktion um 5,8 Prozent. Die Konsumgüterhersteller produzierten 3,3 Prozent, die Vorleistungsgüterproduzenten 1,7 Prozent weniger als im August. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie verzeichnete insbesondere der Fahrzeugbau (–11 Prozent) einen deutlich geringeren Güterausstoß, während die chemische Industrie (–2,7 Prozent) und der Maschinenbau (–3 Prozent) vergleichsweise moderate Rückgänge verbuchten.

Gegenüber dem Vorjahresmonat sank der Output im September um 4,1 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduzenten stellten 6,1 Prozent weniger her als ein Jahr zuvor. Auch bei den Kon-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

sumgüterproduzenten (–4,5 Prozent) und den Investitionsgüterproduzenten (–2,5 Prozent) verringerte sich der Güterausstoß. Alle drei großen Branchen registrierten Rückgänge, die in der chemischen Industrie mit –7,7 Prozent am deutlichsten ausfielen. Im Maschinenbau lag das Minus bei 6,6 Prozent, im Fahrzeugbau bei 2,8 Prozent.

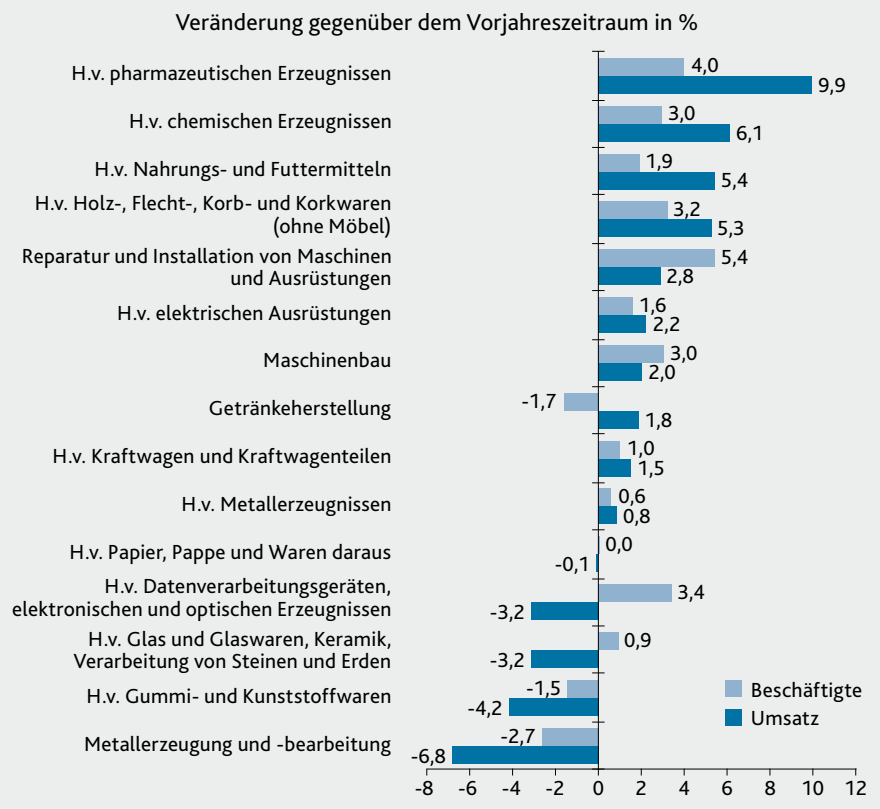
Industrie verzeichnete in den ersten drei Quartalen Umsatzplus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte in den ersten drei Quartalen 2012 Umsätze in Höhe von 64 Milliarden Euro. Das waren 2,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,2 Prozent). Die Auslandserlöse stiegen kräftig um 5,3 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent), die Inlandsumsätze fielen um 0,5 Prozent (Deutschland: +0,3 Prozent). Der Auslandsumsatz machte 54,1 Prozent des Gesamtumsatzes aus (Exportquote Deutschland: 46,7 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag mit 251 241 um 3 500 bzw. 1,4 Prozent über dem Wert von September 2011 (Deutschland: +1,7 Prozent). Die geleisteten Arbeitsstunden lagen um 1,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +1,4 Prozent).

Sechs der zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen erzielten in den ersten drei Quartalen mehr Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Vor allem die Produzenten von pharmazeutischen Erzeugnissen konnten ihre Erlöse überproportional

Umsätze von Januar bis September 2012 und Beschäftigte im September 2012 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



steigern (+9,9 Prozent). Hier brachte sowohl das Inlandsgeschäft (+12 Prozent), als auch die Nachfrage aus dem Ausland (+8,9 Prozent) beachtliche Zuwächse. Mit größerem Abstand folgten die chemische Industrie (+6,1 Prozent) und die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+5,4 Prozent). In beiden Branchen legten sowohl das Inlands- als auch das Auslandgeschäft zu. Der Maschinenbau meldete einen Umsatzanstieg von zwei Prozent, bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag der Zuwachs bei 1,5 Prozent, bei den Produzenten von Metallerzeugnissen waren es 0,8 Prozent. In der Metallerzeugung und -bearbeitung fielen die Erlöse demgegenüber deutlich niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Die leichten Zuwächse im Inlandgeschäft von 1,5 Prozent konnten den zweistelligen Rückgang der Auslanderlöse (–15 Prozent) nicht ausgleichen, sodass sich insgesamt ein Minus von 6,8 Prozent ergab. Weniger Umsatz erzielten auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (–4,2 Prozent), die Hersteller von Glas, Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (–3,2 Prozent) sowie von Papier, Pappe und Waren daraus (–0,1 Prozent).

Im Vergleich zum September 2011 erhöhte die Pharmaindustrie ihren

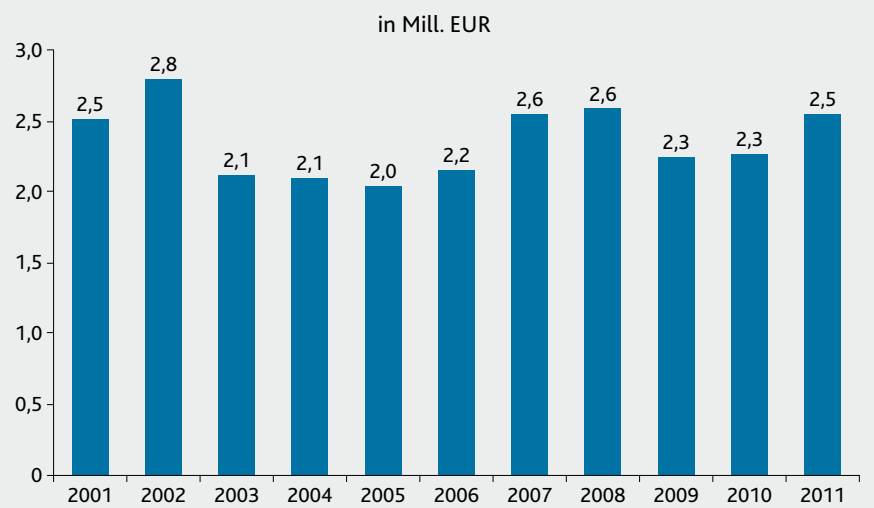
Personalstand um vier Prozent, die chemische Industrie und der Maschinenbau um jeweils drei Prozent. Lediglich die Branchen „Metallerzeugung und -bearbeitung" und „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren" beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat weniger Personal (–2,7 bzw. –1,5 Prozent).

Industrie investierte 2011 wieder mehr

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe investierten im Jahr 2011 gut 2,5 Milliarden Euro und damit 265 Millionen Euro mehr als 2010 (+12 Prozent). Der Hauptanteil der Investitionen entfiel mit rund 2,3 Milliarden Euro auf Maschinen und Anlagen (+12 Prozent), die übrigen knapp 264 Millionen Euro wurden für Grundstücke und Gebäude (+6,3 Prozent) angelegt. Das Investitionsvolumen der Industriebetriebe in ganz Deutschland lag im Jahr 2011 bei 54,6 Milliarden Euro (+17,5 Prozent). Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Gesamtumsatz, erreichte damit 2,9 Prozent (Deutschland: 3,1 Prozent).

Die chemische Industrie investierte im Jahr 2011 mit 494 Millionen Euro 33 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen betrug damit 19 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wandten im Jahr 2011 fast 422 Millionen Euro auf und vereinten damit 17 Prozent der gesamten Investitionsausgaben der rheinland-pfälzischen Industrie auf sich; gegenüber 2010 sanken ihre Investitionsausgaben um 3,9 Prozent. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren erreichten mit gut 254 Millionen Euro die dritthöchste Investitionssumme, wobei die investiven Ausgaben gegenüber 2010 überdurchschnittlich um 38,5 Prozent anzogen. Mit einem Investitionsvolumen von etwas mehr als 192 Millionen Euro folgte der Maschinenbau (+6,5 Prozent).

Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes[1] 2001–2011



1 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Bauhauptgewerbe erhielt im September mehr Aufträge

Die Nachfrage nach Bauleistungen ist im September gestiegen. Das Bauhauptgewerbe verzeichnete sowohl gegenüber September 2011 als auch im Vergleich zum August 2012 höhere Auftragseingänge. Die Umsätze lagen dagegen unter den jeweiligen Vergleichsmonaten.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge um 7,4 Prozent, was vor allem auf ein deutliches Plus von 24,5 Prozent im Tiefbau zurückzuführen ist. Dagegen gingen im Hochbau 7,7 Prozent weniger Aufträge ein als im September 2011. Grund dafür war ein starker Rückgang im gewerblichen Hochbau um 44,5 Prozent.

Der baugewerbliche Umsatz sank im Vergleich zum September 2011 um 4,5 Prozent auf knapp 263 Millionen Euro. Sowohl der Hochbau (–3,8 Prozent auf rund 123 Millionen Euro) als auch der Tiefbau (–5,1 Prozent auf etwa 140 Millionen Euro) verzeichneten Rückgänge.

Gegenüber dem Vormonat verbesserte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im September 2012 um 33 Prozent. Der deutliche Anstieg im Hochbau (+26 Prozent) wird in erster Linie durch Großaufträge im öffentlichen Hochbau bestimmt (+96 Prozent). Im Tiefbau (+40 Prozent) trugen alle Bereiche zu der klaren Verbesserung bei.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Sep. 2012		Jan. bis Sep. 2012
	Veränderung des Indexwertes zu		
	Aug. 2012	Sep. 2011	Jan. bis Sep. 2011
Auftragseingang	33,2 %	7,4 %	2,2 %
Hochbau insgesamt	25,6 %	-7,7 %	4,3 %
Wohnungsbau	3,3 %	35,7 %	15,4 %
gewerblicher Hochbau	-0,5 %	-44,5 %	-4,1 %
öffentlicher Hochbau	95,7 %	58,6 %	8,7 %
Tiefbau insgesamt	40,4 %	24,5 %	0,3 %
gewerblicher Tiefbau	16,9 %	-3,2 %	-12,6 %
öffentlicher Tiefbau	24,0 %	13,6 %	-3,0 %
Straßenbau	58,0 %	41,5 %	7,7 %
Baugewerblicher Umsatz	-3,1 %	-4,5 %	-0,2 %
Hochbau insgesamt	-6,3 %	-3,8 %	6,2 %
Wohnungsbau	-9,6 %	8,7 %	22,8 %
gewerblicher Hochbau	-5,7 %	-5,5 %	0,4 %
öffentlicher Hochbau	-2,3 %	-14,7 %	-2,9 %
Tiefbau insgesamt	-0,1 %	-5,1 %	-6,0 %
gewerblicher Tiefbau	-1,2 %	11,9 %	-2,1 %
öffentlicher Tiefbau	-12,8 %	-6,4 %	-5,6 %
Straßenbau	6,8 %	-9,4 %	-7,8 %

Im Vergleich zum August 2012 ging der Umsatz um 3,1 Prozent zurück. Im Hochbau wurde ein Minus von 6,3 Prozent registriert. Dagegen blieb der Umsatz im Tiefbau gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert (–0,1 Prozent).

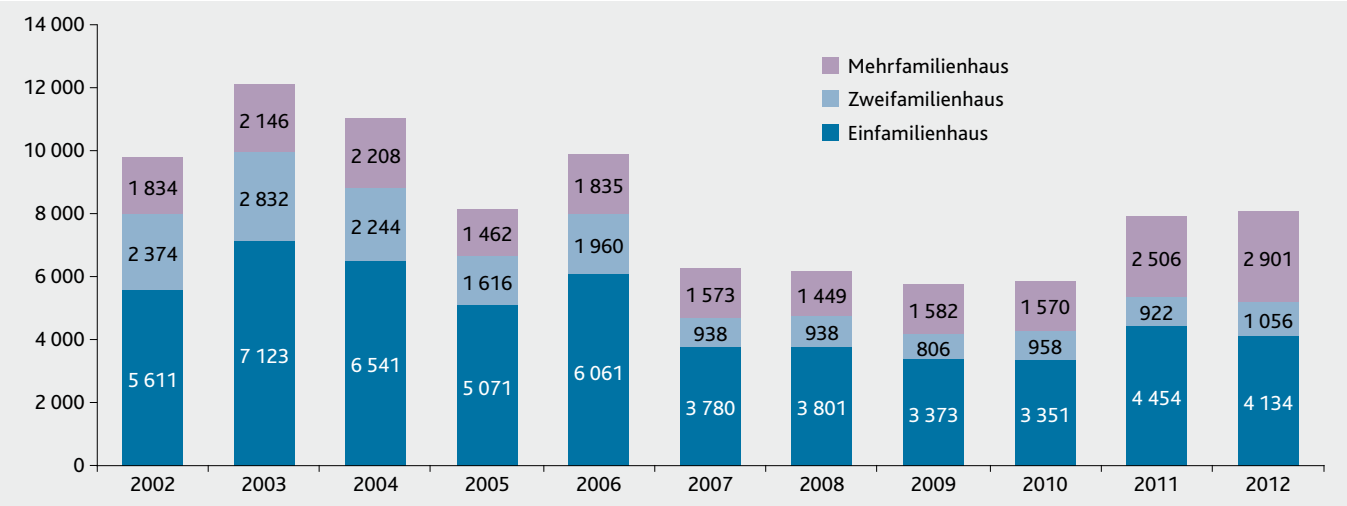
In den ersten neun Monaten 2012 verbesserten sich die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,2 Prozent. Der Hochbau registrierte ein Plus von 4,3 Prozent; im Tiefbau gab es einen geringen Anstieg um 0,3 Prozent.

Der baugewerbliche Umsatz blieb leicht hinter dem Ergebnis der ersten neun Monate des Vorjahres zurück (–0,2 Prozent). Zu der Umsatzsteigerung im Hochbau (+6,2 Prozent) trug in erster Linie der stark verbesserte Wohnungsbau bei (+23 Prozent). Die Umsätze im Tiefbau lagen dagegen um sechs Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Mehr Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, weniger in Einfamilienhäusern

In Rheinland-Pfalz wurden von Januar bis September 2012 mehr Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl stieg um 2,7 Prozent auf 8 091 an. Eine deutliche Zunahme gab es in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Dagegen sank die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser. Wegen des Rückgangs in diesem Segment lag die Zahl der

Genehmigte Wohnungen (Neubau) von Januar bis September 2002–2012 nach Gebäudetyp



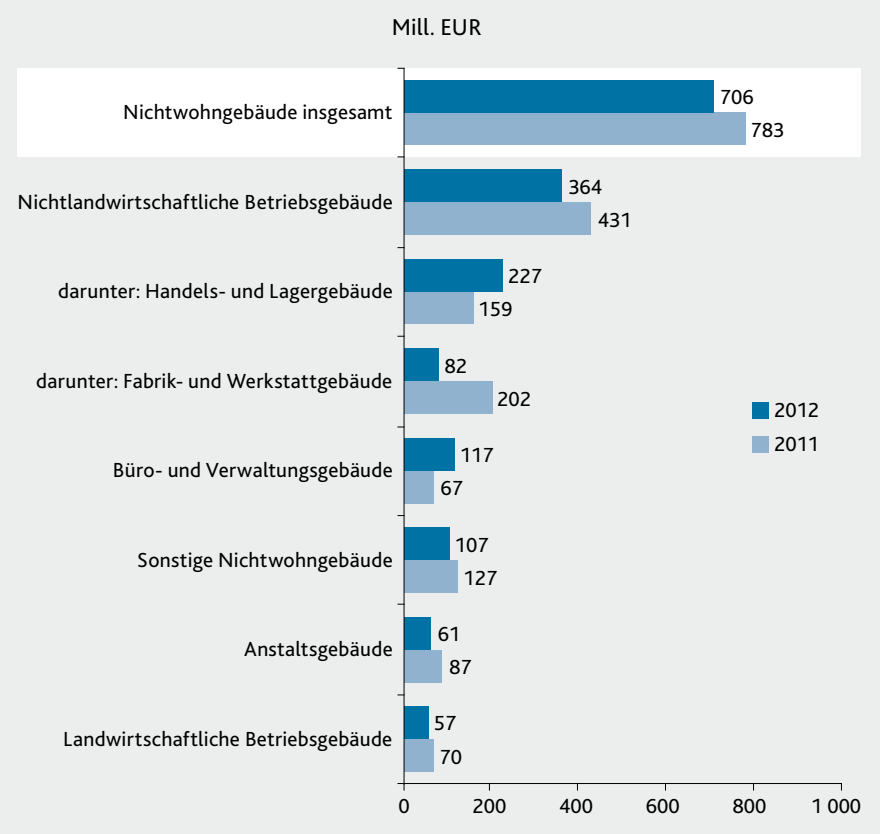
genehmigten Wohngebäude um 4,8 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Sowohl die Zahl der genehmigten Wohnungen als auch die der Wohngebäude bewegt sich über dem Niveau der Jahre 2007 bis 2010, allerdings deutlich unter den Werten, die bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts erreicht wurden.

Landesweit kamen rechnerisch auf 10 000 Einwohner 20 genehmigte Wohnungen. Deutlich über dem Durchschnitt lagen der Rhein-Pfalz-Kreis mit 37, der Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie der Kreis Trier-Saarburg mit je 35 genehmigten Wohnungen auf 10 000 Einwohner. Die im Verhältnis geringste Anzahl gab es im Landkreis Birkenfeld mit 7,5 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner. Unter den kreisfreien Städten wies Landau in der Pfalz mit 84 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert auf, wobei hier eine Vielzahl von Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen genehmigt wurden. Am geringsten war die Nachfrage in Pirmasens (4,8).

Nachfrage im Nichtwohnbau rückläufig

Im rheinland-pfälzischen Nichtwohnbau war die Nachfrage von Januar bis September 2012 rückläufig. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten 1 136 neue Nichtwohngebäude, das waren 3,9 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die veranschlagte Investitionssumme lag bei 706 Millionen Euro und damit um 9,8 Prozent niedriger als vor einem Jahr.

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) von Januar bis September 2011–2012 nach Gebäudearten



Je Neubauvorhaben gingen die veranschlagten Baukosten um 6,1 Prozent auf durchschnittlich 622 000 Euro zurück. Die vorgesehene Nutzfläche der Neubauten lag um 8,6 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude bildeten mit 670 Bauvorhaben die größte Gruppe. Der vorgesehene Rauminhalt dieser Gebäude lag auf dem Niveau des Vorjahres (–0,7 Prozent), wohingegen die voraussichtlichen Baukosten um 16 Prozent auf 364 Millionen Euro zurückgingen. Es folgten die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit 279 sowie die Büro- und Verwaltungsgebäude mit 89 Neubauten.

Umsatz im Einzelhandel im Plus

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel verzeichnete in den ersten drei Quartalen 2012 einen Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einzelhandelsumsätze stiegen in den ersten neun Monaten nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 2,7 Prozent. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, lagen die Erlöse um 0,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Deutschland nominal: +2,3 Prozent, real: +0,1 Prozent).

Die Erlöse im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art – hierzu zählen Supermärkte, SB-Warenhäuser und

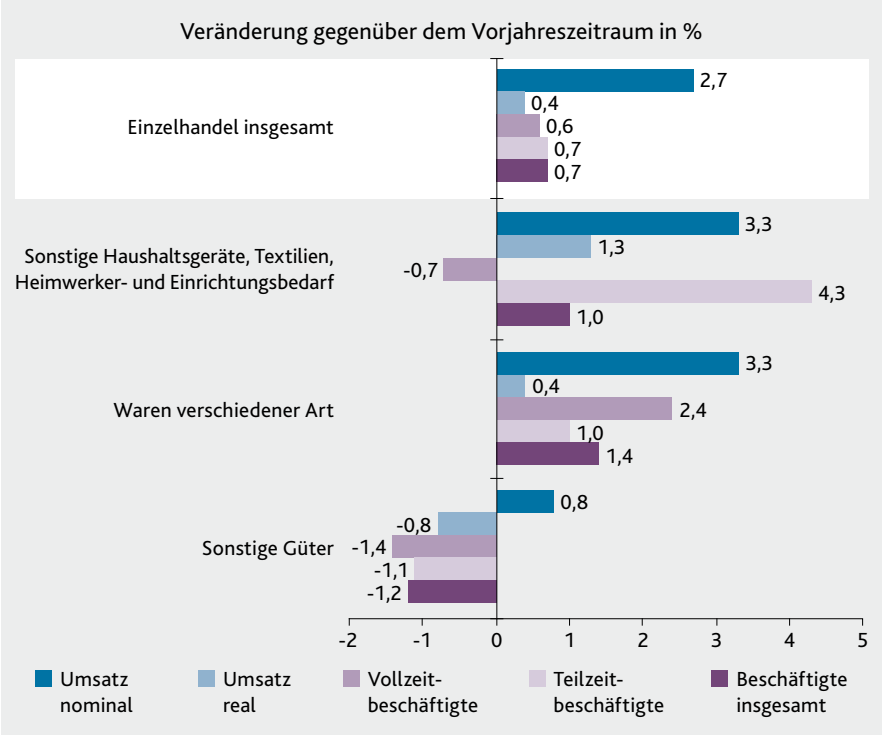
Verbrauchermärkte – zogen in Rheinland-Pfalz von Januar bis September 2012 nominal um 3,3 Prozent und real um 0,4 Prozent an. Auch der Zweig „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ meldete einen nominalen Umsatzzuwachs von 3,3 Prozent, allerdings fiel hier die preisbereinigte Wachstumsrate mit +1,3 Prozent höher aus. Besonders deutlich steigerte der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren seine Umsätze (nominal: +5,7 Prozent, real: +4,2 Prozent). Deutlich moderater fielen die Erlöszuwächse im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie im Einzelhandel mit sonstigen Gütern aus (u. a. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren). Die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum lagen hier nominal bei +1,6 Prozent (real: –1,3 Prozent) bzw. +0,8 Prozent (real: –0,8 Prozent). Der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik setzte nominal 1,7 Prozent weniger um; unter Einrechnung der Preisveränderungen ergibt sich real jedoch ein Plus von 1,7 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten wuchs in den ersten drei Quartalen geringfügig um 0,7 Prozent. Die Zahl der Vollzeitkräfte stieg um 0,6, die der Teilzeitbeschäftigten um 0,7 Prozent.

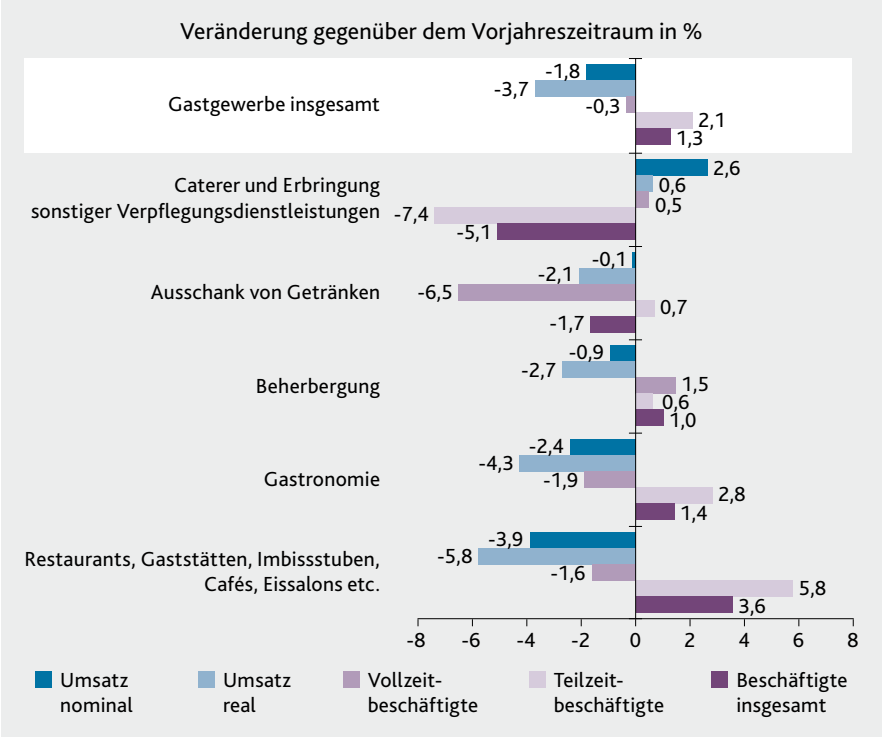
Gastgewerbe setzte weniger um

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe erzielte in den ersten drei Quartalen 2012 weniger Umsatz als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel im 3. Quartal 2012 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe im 3. Quartal 2012

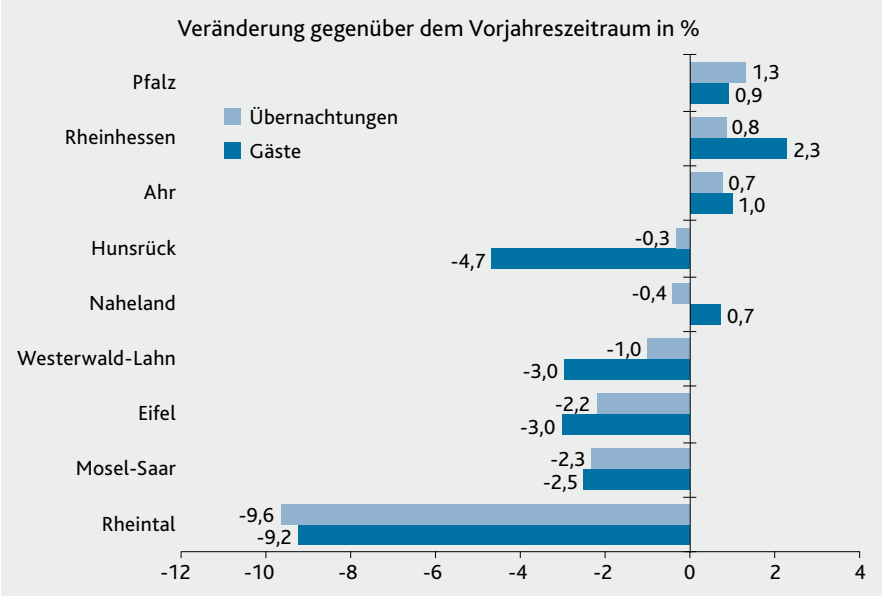


vorläufigen Berechnungen lagen die Erlöse nominal um 1,8 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Real verminderten sie sich um 3,7 Prozent (Deutschland: nominal +2,7 Prozent, real +0,6 Prozent).

Die Gastronomie, in der etwa 60 Prozent der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, büßte nominal 2,4 Prozent und real 4,3 Prozent ein. Die speisengeprägte Gastronomie (Restaurants, Gaststätten, Cafés, Eissalons, Imbissstuben) meldete ein Umsatzminus von nominal 3,9 Prozent; real lagen die Umsätze um 5,8 Prozent unter denen des Vorjahres. In der getränkegeprägten Gastronomie (Schankwirtschaften, Diskotheken und Bars) lagen die Erlöse sowohl nominal (–0,1 Prozent) als auch real (–2,1 Prozent) unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Der Wirtschaftszweig „Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen" verzeichnete demgegenüber Umsatzzuwächse von nominal 2,6 und real 0,6 Prozent. Im Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze nominal um 0,9 Prozent und real um 2,7 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe stieg von Januar bis September 2012 insgesamt um 1,3 Prozent. Ausschlaggebend für den Zuwachs war die Entwicklung bei den Teilzeitkräften mit einem Plus von 2,1 Prozent, während sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,3 Prozent verminderte.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2012 nach Tourismusregionen



Weniger Gäste und Übernachtungen als im Rekordjahr 2011

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche kann im laufenden Jahr nicht an die Rekordzahlen des vergangenen Jahres anknüpfen, liegt aber bei Gästen und Übernachtungen deutlich über dem Niveau früherer Jahre. Von Januar bis September wurden 6,3 Millionen Gäste begrüßt, das waren zwei Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen verminderte sich um 1,8 Prozent auf 17,2 Millionen. Im vergangenen Jahr hatte nicht zuletzt die Bundesgartenschau in Koblenz für neue Höchstwerte bei Gästen und Übernachtungen gesorgt.

In der Region Rheintal, die im vergangenen Jahr die stärksten Zuwächse verzeichnete, gingen die Zahlen im laufenden Jahr mit 9,2 Prozent bei den Gästen und 9,6 Prozent bei den Übernachtungen am stärksten zurück. Die Ergebnisse lagen aber noch deutlich über denen der Jahre vor der Bundesgartenschau. Rheinhessen verbuchte mit einem Plus von 2,3 Prozent bei den Gästen und 0,8 Prozent bei den Übernachtungen die stärksten Zuwächse aller Tourismusregionen. Mehr Gäste und Übernachtungen wurden auch in den Regionen Ahr und Pfalz gezählt. In der Region Naheland wurden trotz eines leichten Gästezuwachses weniger Übernachtungen gebucht. Die übrigen Regionen verzeichneten Rückgänge bei Gästen und Übernachtungen.

Bei den Betriebsarten konnten die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen sowie Pensionen und Privatquartiere Zuwächse verzeichnen. Die übrigen Betriebsformen mussten teils deutliche Gäste- und Übernachtungsrückgänge hinnehmen.

Fast 4,9 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz in den ersten neun Monaten 2012, das waren 2,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste sank um 2,1 Prozent auf 13,2 Millionen. Die Zahl der Gäste aus dem Ausland fiel um 1,1 Prozent auf 1,4 Millionen, die von ihnen gebuchten Übernachtungen sanken um 0,7 Prozent auf vier Millionen.

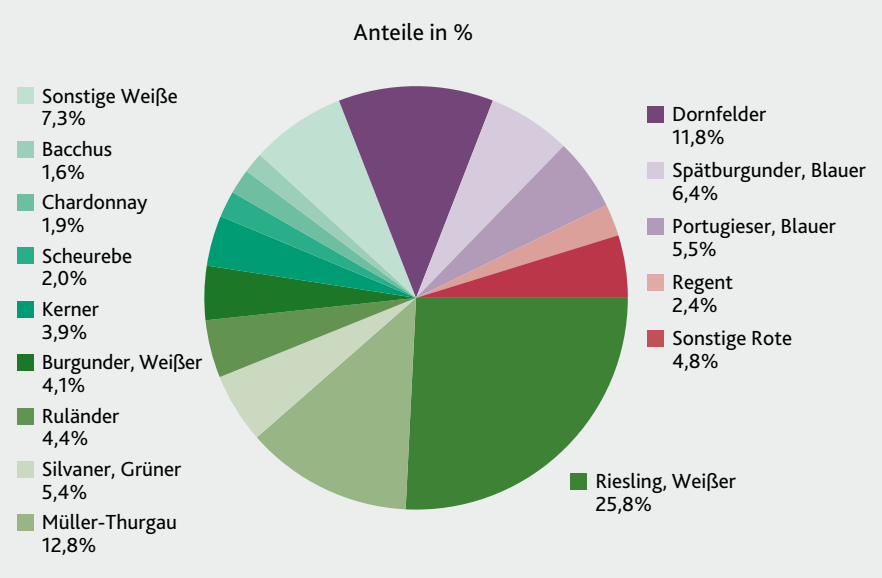
Winzer setzen auf Burgundersorten, aber auch Rieslinganbau auf neuem Höchststand

Die rheinland-pfälzischen Winzer setzen immer stärker auf international bekannte Rebsorten. Gleichzeitig weiten sie den Rieslinganbau aus. Der Weißburgunder (Pinot Blanc) verzeichnete gegenüber dem Jahr 2008 mit 464 Hektar die größte Flächenausweitung. Er wird jetzt auf 2 637 Hektar angebaut. Die Hinwendung zu international bekannten Sorten belegen auch die Zuwächse beim Grauburgunder (Pinot Grigio oder Ruländer) und bei dem ebenfalls aus dem Burgund stammenden Chardonnay. Demgegenüber wiesen Kerner, Müller-Thurgau, Scheurebe und Silvaner deutliche Flächenverluste auf.

Die wichtigste Rebsorte im Land, der Riesling, erreichte in diesem Jahr mit 16 462 Hektar bestockter Rebfläche einen neuen Höchststand. Gegenüber dem Jahr 2008 war das ein Zuwachs um 381 Hektar.

Insgesamt umfasste nach einer vorläufigen Auswertung der Weinbaukartei zum 31. Mai 2012 die bestockte Rebfläche in Rheinland-Pfalz 63 850 Hektar. Gegenüber dem Jahr 2008 verringerte sie sich um 145 Hektar. Von der gesamten Rebfläche waren 69 Prozent (44 102 Hektar) mit weißen Rebsorten bestockt.

Bestockte Rebfläche für Keltertrauben 2012 nach Rebsorten



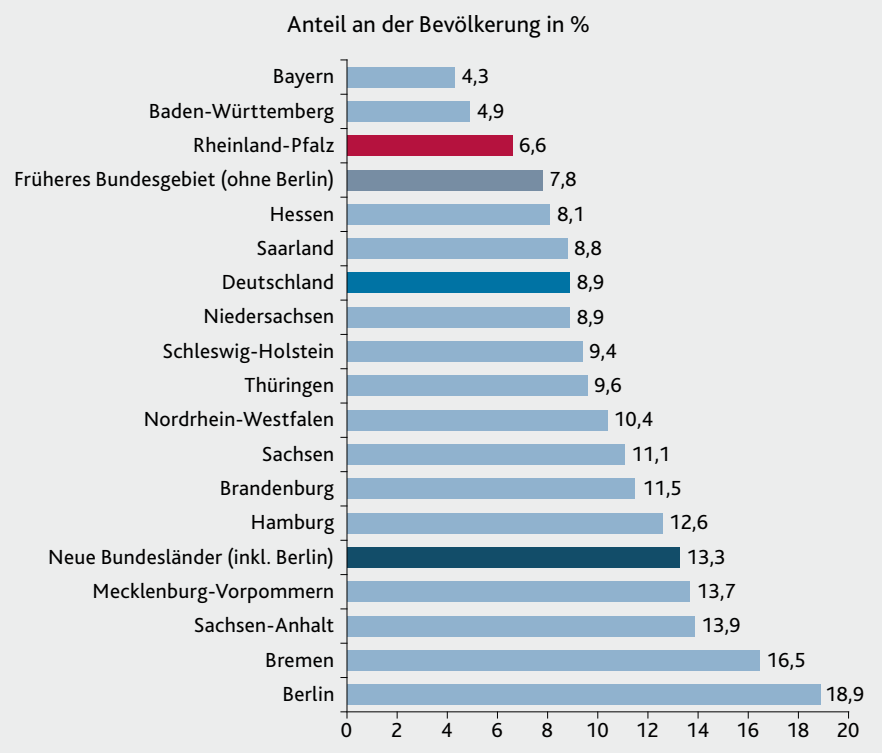
Auch im Rotweinsegment verzeichnete eine Rebsorte aus dem Burgund den größten Zuwachs. Spätburgunder legte gegenüber 2008 um 154 auf 4 063 Hektar zu. Die Fläche der wichtigsten roten Rebsorte, Dornfelder, wuchs in diesem Zeitraum um 116 auf 7 557 Hektar. Den größten Flächenverlust im roten Segment wies der Portugieser auf. Sein Anbauareal umfasst nur noch 3 523 Hektar (–477 Hektar).

266 000 Menschen sind auf Mindestsicherung angewiesen, drittniedrigste Quote unter den Bundesländern

In Rheinland-Pfalz waren Ende des Jahres 2011 rund 266 000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit erhielten 6,6 Prozent der Bevölkerung, d. h. etwa jede bzw. jeder 15. Einwohner, Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Unter den Bundesländern wies Rheinland-Pfalz nach Bayern (4,3 Prozent) und Baden-Württemberg (4,9 Prozent) die drittniedrigste Quote auf. Deutschlandweit waren 8,9 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

Der Zeitvergleich zeigt gegenüber den Vorjahren einen Rückgang bei den Leistungsempfängerinnen und -empfängern. So lag deren Zahl 2010 noch bei 278 000. Im Jahr 2008 erhielten rund 281 000, zwei Jahre zuvor mehr als 304 000 Menschen Mindestsicherungsleistungen. Die Mindestsi-

Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2011 nach Ländern



cherungsquote sank zwischen 2006 und 2011 um fast einen Prozentpunkt. Ausschlaggebend hierfür ist in erster Linie die rückläufige Zahl der Bezieher von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende (Hartz-IV-Leistungen).

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2011 rund 217 000 Empfängerinnen und Empfänger, das waren 6,8 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren (Deutschland: 9,4 Prozent). Davon erhielten rund 154 000 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den restlichen knapp 63 000 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, insbesondere Kinder, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde.

Fast 38 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2011 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Gut 18 000 von ihnen waren zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung, über 19 000 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

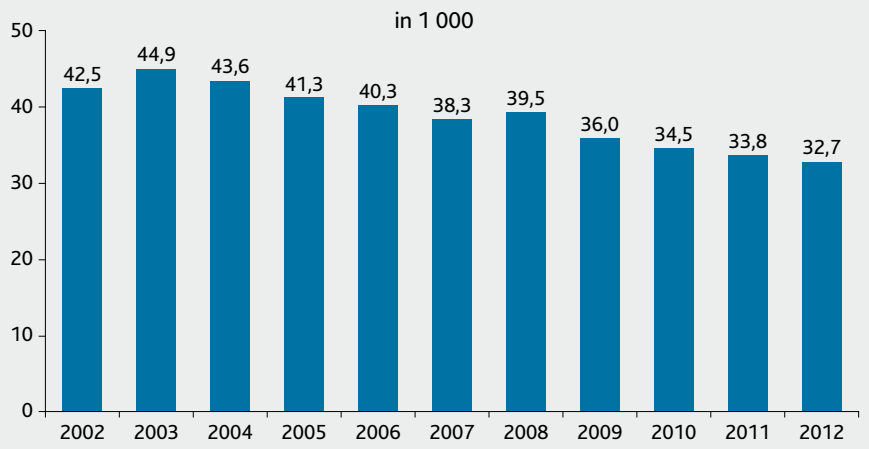
Die „originäre Sozialhilfe", also die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV-Reform") an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören beispielsweise vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz waren dies Ende des Jahres 2011 knapp 4 000 Personen.

Weniger Einschulungen – mehr kleinere Grundschulen

Zum aktuell laufenden Schuljahr 2012/13 wurden in Rheinland-Pfalz 32 722 Kinder eingeschult. Nach vorläufigen Berechnungen setzte sich damit der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend rückläufiger Einschulungszahlen fort.

Seit dem Schuljahr 2002/03 verringerte sich die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger um fast ein Viertel (–23 Prozent). Ursächlich hierfür ist der Rückgang der Bevölkerung im entsprechenden Alter. Dieser wird nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes auch in den nächsten Jahren anhalten. Mit den in der Folge ebenfalls sinkenden Grundschülerzahlen werden auch die Grundschulen immer kleiner. Im Schuljahr 2011/12 wurden bereits 41,5 Prozent aller 939 eigenständigen Grundschulen von weniger als 100 Kindern besucht (2002/03: 30 Prozent).

Einschulungen 2002–2012[1]



1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte. 2012 vorläufige Zahlen.

Die meisten Kinder begannen im Schuljahr 2012/13 ihre Schullaufbahn an Grundschulen (96 Prozent). Weitere 3,1 Prozent wurden an Förderschulen und 0,6 Prozent an Freien Waldorfschulen eingeschult.

Fast 120 000 Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen

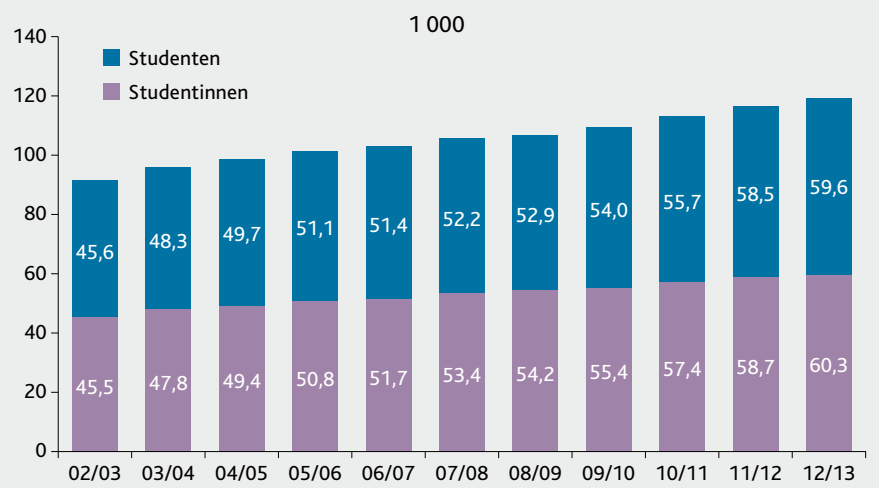
Im aktuell laufenden Wintersemester 2012/13 sind an den rheinland-pfälzischen Hochschulen 119 857 Studierende eingeschrieben. Nach vorläufigen Berechnungen beträgt der Anstieg gegenüber dem Wintersemester 2011/12 insgesamt 2,4 Prozent (+2 752 Studierende). Besonders hohe Studierendenzuwächse gibt es an den Fachhochschulen (+5,4 Prozent), geringere an den Universitäten (+0,8 Prozent).

Gesunken ist erstmals seit sechs Jahren die Zahl der Studierenden im ersten Hochschulsemester. Im Studienjahr 2012 begannen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen 22 520 Studienanfängerinnen und -anfänger ihr Hochschulstudium. Das waren 6,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu beachten, dass die Anfängerzahlen des Vorjahres, insbesondere durch die Aussetzung der Wehrpflicht, außergewöhnlich hoch waren.

Die mit Abstand größte Hochschule ist mit 36 259 Studierenden die Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Es folgen die Universität Trier (14 962), die Universität Koblenz-Landau (14 057) und die Technische Universität Kaiserslautern (13 134). Zwei Drittel der Studierenden besuchen eine Universität bzw. eine sonstige wissenschaftliche oder theologische Hochschule (67 Prozent), ein Drittel sind an einer Fachhochschule oder an einer Verwaltungsfachhochschule eingeschrieben (33 Prozent).

Ein Drittel der Studierenden belegt Studiengänge der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (33 Prozent). Ebenfalls relativ viele Studierende sind in sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern (24 Prozent) sowie in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern immatrikuliert (18 Prozent). Ein Studium im Bereich Ingenieurwissenschaften absolvieren 15 Prozent, sonstige Fächer belegen 9,6 Prozent der angehenden Akademikerinnen und Akademiker.

Studierende in den Wintersemestern 2002/03–2012/13[1] nach Geschlecht



1 2012/13 vorläufige Zahlen.

Info

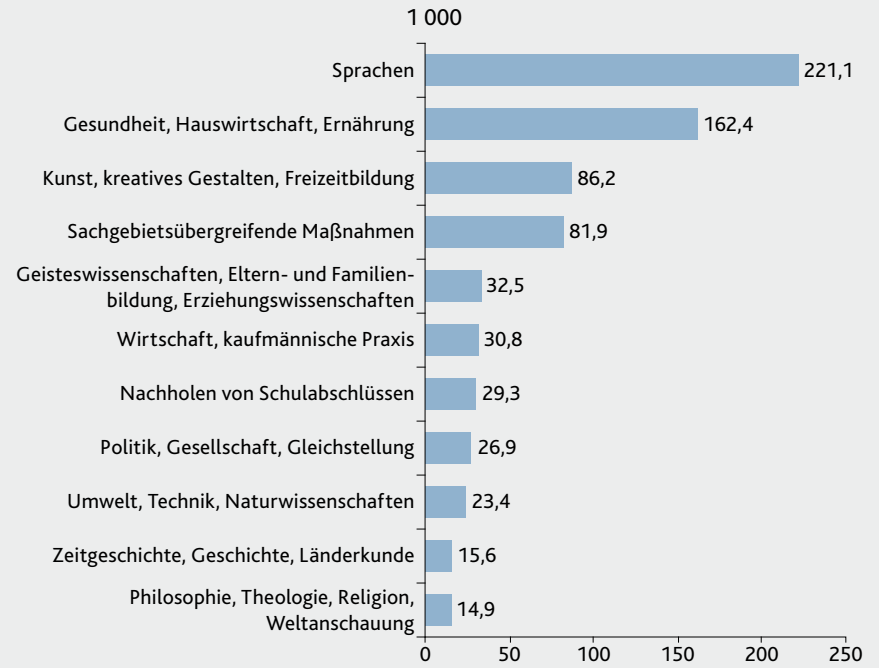
Ausführliche Ergebnisse der Hochschulstatistik 2011/12 finden Sie im Artikel „Hochschulen 2011/12 – Teil 1: Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, Studienanfängerinnen und -anfänger, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen“ ab Seite 1101 in diesem Heft.

Die meisten Weiterbildungsstunden im Bereich Sprachen

Sprachkurse bilden einen Schwerpunkt in der Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen und der sechs weiteren staatlich anerkannten Weiterbildungsträger. Im Jahr 2011 war jede dritte Weiterbildungsstunde dem Bereich Sprachen zuzuordnen (221 120 Stunden). An den insgesamt 6 163 Kursen dieses Bereiches nahmen 61 613 Personen teil. Wie auch in den meisten anderen Weiterbildungsveranstaltungen waren die Teilnehmenden an Sprachkursen mehrheitlich Frauen (70 Prozent). Ebenfalls viele Weiterbildungsstunden wurden in den Themengebieten „Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung“ (162 368) sowie „Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung“ (86 245) erteilt.

Fortgesetzt hat sich der seit fünf Jahren zu beobachtende Rückgang der Teilnehmerzahlen. Besuchten im Jahr 2006 noch 785 543 Personen die Angebote der anerkannten Weiterbildungsträger, so waren es im Jahr 2011 nur noch 688 908 (–12 Prozent). Auch bei den erteilten Unterrichtsstunden (–7,2 Prozent) und der Zahl der durchgeführten Weiterbildungsveranstaltungen (–7,7 Prozent) waren im Vergleich zum Jahr 2006 Rückgänge zu verzeichnen.

Weiterbildungsstunden 2011 nach Themenbereichen



Der mit Abstand größte Weiterbildungsträger waren die Volkshochschulen. Sie organisierten im vergangenen Jahr rund die Hälfte aller Veranstaltungen (50 Prozent) und 70 Prozent der anerkannten Weiterbildungsstunden.

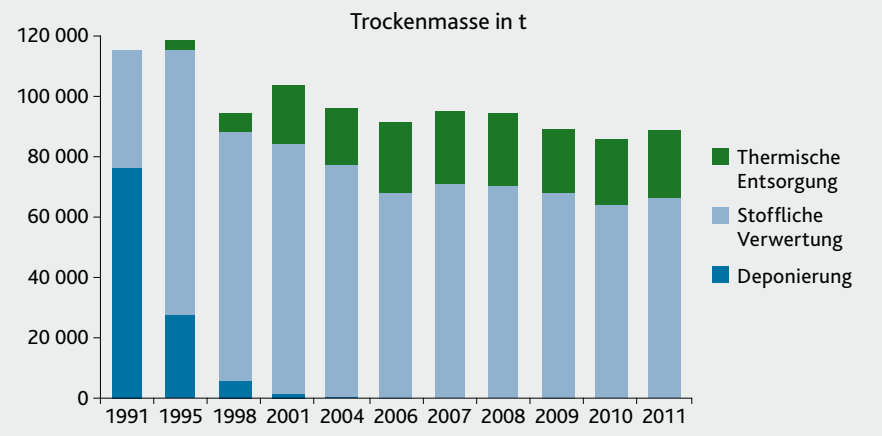
Das Land Rheinland-Pfalz stellte im Haushaltsjahr 2011 mehr als 8,4 Millionen Euro für die Förderung der Weiterbildung zur Verfügung. Hiervon entfielen 8,3 Millionen Euro auf Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und 150 000 Euro auf Ausgleichszahlungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

89 000 Tonnen Klärschlamm in kommunalen Anlagen

In den kommunalen Kläranlagen fielen bei der Reinigung der Abwässer im Jahr 2011 rund 89 100 Tonnen Klärschlamm an (gemessen als Trockenmasse). Das waren gut vier Prozent mehr als im Jahr 2010. Im langjährigen Vergleich ist allerdings ein Rückgang zu verzeichnen. Vor zwanzig Jahren fielen noch 115 000 Tonnen an. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist die geringere Menge an Zuschlagstoffen, die den Klärschlämmen zur Stabilisierung beigegeben werden.

Der wichtigste Entsorgungsweg für Klärschlamm ist in Rheinland-Pfalz die landwirtschaftliche Verwertung. Rund 68 Prozent der angefallenen Menge wurden auf landwirtschaftlich genutzten Böden ausgebracht.

Klärschlammentsorgung der öffentlichen Kläranlagen 1991–2011 nach Entsorgungswegen



Die enthaltenen Nährstoffe, wie Stickstoff oder Phosphate, werden so sinnvoll genutzt und ersetzen entsprechende Düngemittel. Um eine Schädigung der Böden auszuschließen, unterliegt die Ausbringung strengen gesetzlichen Regelungen.

Im Vergleich zu Deutschland wird in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich viel des in kommunalen Anlagen anfallenden Klärschlamms in der Landwirtschaft verwertet. Bundesweit war im Jahr 2010 ein Klärschlammaufkommen von 1,9 Millionen Tonnen zu verzeichnen; hiervon wurden 30 Prozent in der Landwirtschaft genutzt. Weitere 53 Prozent wurden der thermischen Verwertung zugeführt. In Rheinland-Pfalz belief sich der Anteil lediglich auf 25 Prozent. Der im Landschaftsbau – d. h. zur Rekultivierung – eingesetzte Anteil lag bundesweit bei fast 14 Prozent, in Rheinland-Pfalz waren es gut drei Prozent. Der Rest wurde sonstigen stofflichen Verwertungsformen zugeführt, unter anderem in Vererdungsanlagen.

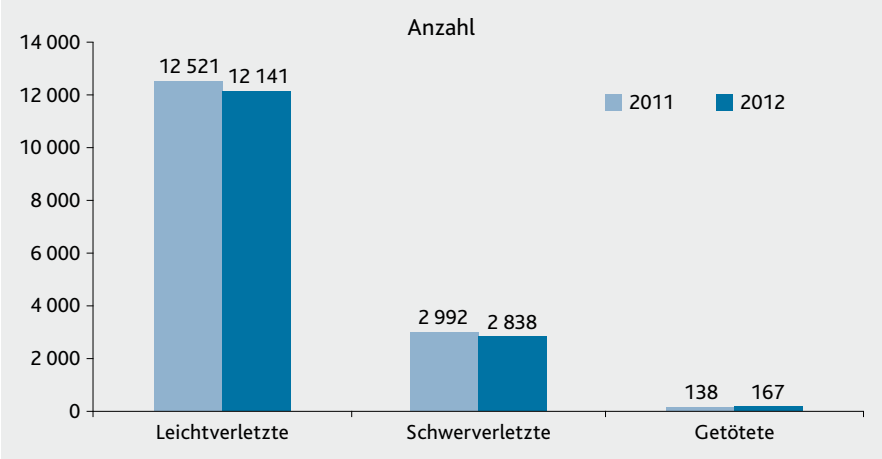
Die Verwertung des Klärschlamms stellt sich in Rheinland-Pfalz regional sehr unterschiedlich dar. Während in den kreisfreien Städten Koblenz, Trier oder Landau der Klärschlamm ausschließlich in der Landwirtschaft verwendet wird, setzen Mainz und Speyer allein auf die thermische Verwertung. Für Ludwigshafen und Frankenthal liegen keine Angaben vor. Hier wird das kommunale Abwasser in den Anlagen industrieller Betriebe behandelt. In den Landkreisen reicht die Spanne der Verwertung in der Landwirtschaft von 100 Prozent in den Landkreisen Alzey-Worms, Donnersbergkreis, Südwestpfalz und Kusel bis zu 31 Prozent im Westerwaldkreis.

Weniger Verletzte, aber mehr Todesopfer im Straßenverkehr

Die Zahl der Menschen, die bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben verloren, lag in den ersten neun Monaten dieses Jahres höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten sank dagegen. Von Januar bis September starben bei Verkehrsunfällen 167 Menschen, 29 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 5,1 Prozent auf 2 838 zurück. Leicht verletzt wurden 12 141 Personen, was einem Rückgang von drei Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten neun Monaten 97 839 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 504 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2011 und 2012



Aus der amtlichen Statistik

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013
Statistisches Landesamt sucht freiwillige Haushalte

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz sucht freiwillige Haushalte für die Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013. Diese Erhebung findet im Turnus von fünf Jahren statt und liefert wichtige Erkenntnisse über die Lebenshaltungskosten, die Verbrauchsgewohnheiten und die Wohnsituation privater Haushalte. Die Ergebnisse werden unter anderem für die Neufestsetzung von Regelbedarfen in der Sozialgesetzgebung benötigt. Darüber hinaus werden die Daten für Regierungsberichte zur Familien- und Sozialpolitik, so zum Beispiel für den Armuts- und Reichtumsbericht, sowie für die Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik verwendet. Außerdem sind sie eine wichtige Grundlage für die Berechnung der Inflationsrate. „Die freiwilligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer leisten also einen wichtigen Beitrag zu belastbaren statistischen Informationen über die Einkommenssituation und das Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte", erklärt der Präsident des Statistischen Landesamtes, Jörg Berres. „Zugleich gewinnen sie über das Führen der Haushaltsbücher Erkenntnisse über das eigene Ausgabeverhalten."

Gesucht werden private Haushalte, die bestimmte Grunddaten sowie ihre Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch aufzeichnen und dem Statistischen Landesamt für anonymisierte statistische Auswertungen zur Verfügung stellen.

Die Ergebnisse der EVS sollen ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in unserem Land zeigen. Daher müssen Haushalte aus allen Schichten und Gruppierungen vertreten sein. Besonders gesucht werden noch Alleinerziehende und Selbstständige sowie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro.

Für die Mitwirkung bei der EVS 2013 erhält jeder Haushalt eine Prämie, die sich unter anderem nach der Haushaltsgröße richtet und mindestens 80 Euro beträgt. Detaillierte Informationen gibt es im Internet unter www.evs2013.de. Wer mitmachen möchte, kann sich dort direkt online anmelden oder sich unter der kostenlosen Rufnummer 0800 3872003 mit dem Statistischen Landesamt in Verbindung setzen.

Kontakt: E-Mail: haushaltserhebungen@statistik.rlp.de
Telefon: 0800 3872003

Statistisches Landesamt veröffentlicht Band 400 „Die Landwirtschaft 2011"

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft wird unverändert vom Weinbau geprägt, aber auch Gemüse und Obstanbau spielen eine bedeutende Rolle. Etwa 45 Prozent der 20 000 landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften 63 300 Hektar Rebflächen und damit neun Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Kein anderes Bundesland erreicht einen derartigen Anteil auch nur annähernd. Auch bezüglich des Gemüse- und des Obstbaus gehört das Land zu den wichtigen Erzeugungsstandorten Deutschlands. Über größere Gemüseflächen als Rheinland-Pfalz (18 500 Hektar) verfügen nur Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Größere Baumobstflächen (4 300 Hektar) wiesen 2007 nur Baden-Württemberg und Niedersachsen auf.

Der Strukturwandel geht indes weiter. Die Zahl der Betriebe geht zurück, die durchschnittliche Fläche je Betrieb steigt. „Da nur bei einem geringen Teil der Betriebe die Hofnachfolge gesichert ist, wird diese Entwicklung sich fortsetzen", erklärt Jörg Berres, Präsident des Statis-

tischen Landesamtes. Immer mehr Betriebe wirtschaften nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus. Auch in diesem Segment nimmt die Betriebsgröße zu. „Außerdem suchen viele Betriebe ein zweites Standbein außerhalb der Landwirtschaft“, so Berres. „Hier sind vor allem der Bereich erneuerbare Energien und Tourismus zu nennen.“
Diese und vielfältige andere statistische Ergebnisse werden in der 39. Auflage der Publikation „Die Landwirtschaft“ präsentiert. Der Band ist als Nachschlagewerk angelegt und enthält neben umfangreichen Tabellen auch Grafiken und Karten, mit denen die wichtigsten Informationen leicht verständlich visualisiert werden.

Der Band kann kostenfrei als PDF-Datei heruntergeladen werden unter http://www.statistik.rlp.de/baende/band400_die_landwirtschaft_2011.pdf. Die gedruckte Fassung ist zum Preis von 11 Euro erhältlich. Bestellungen an: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems. Telefon: 02603 71-2450. Fax: 02603 71-194322. E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt legt Jahrbuch 2012 vor
Ein Gesamtbild von Rheinland-Pfalz in Zahlen

Die Neuauflage des Statistischen Jahrbuches Rheinland-Pfalz hat das Statistische Landesamt in Bad Ems jetzt vorgelegt. Es liefert ein statistisches Gesamtbild des Landes und enthält Zahlen zu allen wichtigen Bereichen der Gesellschaft, des Staates und der Wirtschaft. Die Inhalte des Jahrbuchs, das seit 1958 erscheint, werden ständig an die Veränderungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft angepasst.

Die aktuelle Ausgabe bietet in 24 Kapiteln interessante und teilweise überraschende Informationen über Rheinland-Pfalz. Wussten Sie beispielsweise, dass in Rheinland-Pfalz

… im Schnitt der vergangenen 20 Jahre jährlich rund 2 000 Stunden die Sonne schien?

… eine Ärztin bzw. ein Arzt durchschnittlich 635 Einwohner versorgt?

… im Jahr 2011 rund 8 780 neue Ausbildungsverträge im Handwerk geschlossen wurden?

… fast jeder Zweite im Dienstleistungs-Wirtschaftsbereich „Erziehung und Unterricht“

teilzeitbeschäftigt ist?

… die 18 Theater zuletzt rund 509 000 Besuche im Jahr verzeichneten?

… 30 Gardetanzvereine mit mehr als 1 600 Mitgliedern (darunter 300 Männern) aktiv sind?

… eine Person pro Jahr 515 Kilogramm Haushaltsabfälle verursacht?

… die Arbeitsproduktivität 2009 im Landkreis Cochem-Zell bei 46 700 Euro und in Ludwigshafen bei 80 000 Euro lag?

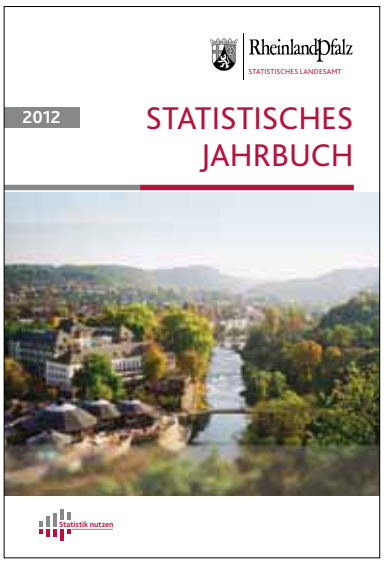
… rund vier Prozent der 20 560 landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch wirtschaften?

… 1 225 Unternehmen und 4 641 Privatpersonen 2011 Insolvenz anmeldeten?

… 2011 rund 175 900 neue Bausparverträge abgeschlossen wurden?

… Ende 2011 rund 34 300 Haushalte Wohngeld erhielten?

Sowohl die aktuelle Ausgabe als auch ältere Publikationen des Statistischen Jahrbuchs stehen als PDF-Datei zum kostenlosen Download unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch zur Verfügung. Die gedruckte Fassung kann zum Preis von 18 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.



Verbraucherpreise im November 2012

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im November zwei Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit hat sich die Teuerung im Vergleich zu den letzten drei Monaten wieder abgeschwächt.

Diese Entwicklung ist unter anderem auf den deutlich verlangsamten Anstieg der Energiepreise (+3,6 Prozent) zurückzuführen. Insbesondere bei Benzin (+2,4 Prozent) und Diesel (+2,7 Prozent) hat der Preisdruck spürbar nachgelassen. Die Preise für Haushaltsenergie stiegen insgesamt um 4,2 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich binnen Jahresfrist deutlich um 4,2 Prozent. Die Preise für Fleisch und Fleischwaren lagen 6,9 Prozent, die Preise für Fisch und Fischwaren fünf Prozent höher als noch im November 2011. So war etwa Schweinebraten um elf Prozent teurer. Angezogen haben auch die Preise für Obst (+9,4 Prozent) und Gemüse (+8,2 Prozent). Für Verbraucherinnen und Verbraucher günstig verlief hingegen die Entwicklung der Preise für Speisefette und -öle (–8,3 Prozent). So war beispielsweise Butter deutlich billiger als im November 2011 (–17 Prozent).

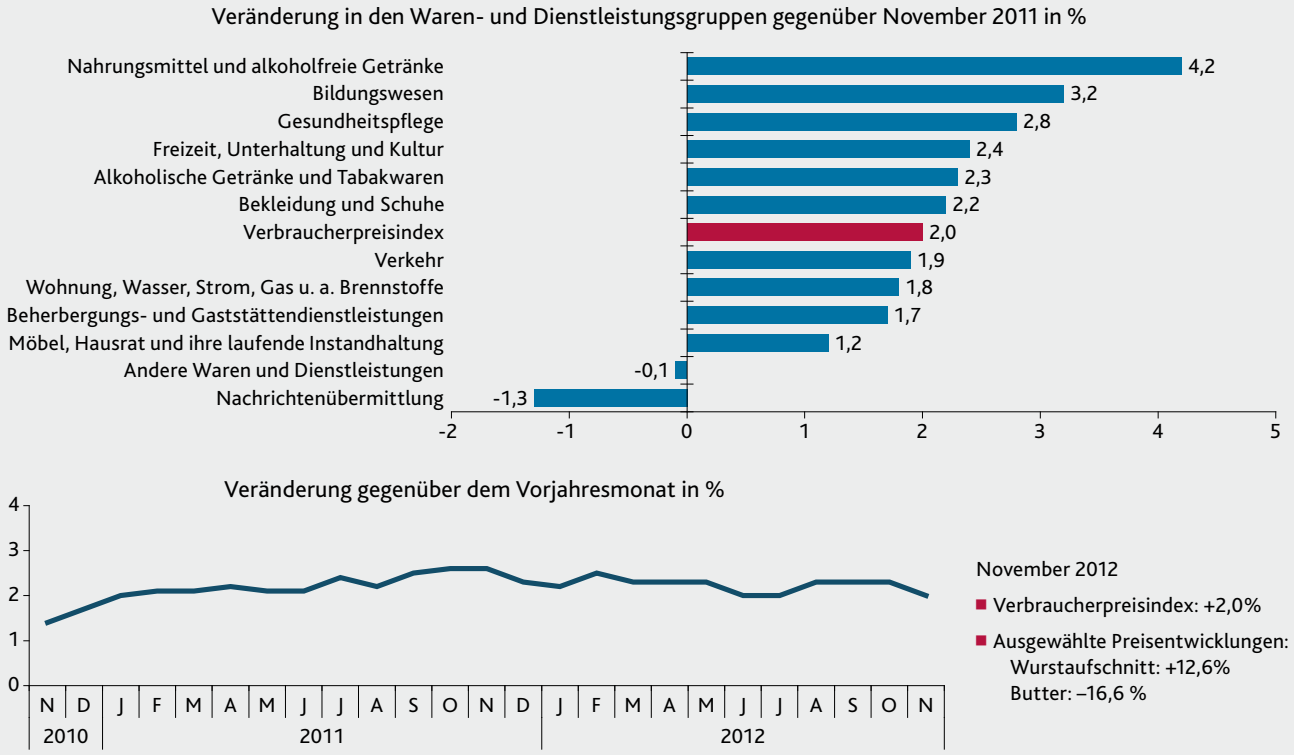
Im Vergleich zum Oktober 2012 gaben die Verbraucherpreise leicht nach (–0,3 Prozent), wobei in den Hauptgruppen unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen waren. Während die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+0,9 Prozent) anzogen, gingen sie in der Hauptgruppe Verkehr (–1,6 Prozent) sowie saisonbedingt bei den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (–0,8 Prozent) zurück.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im November 2012



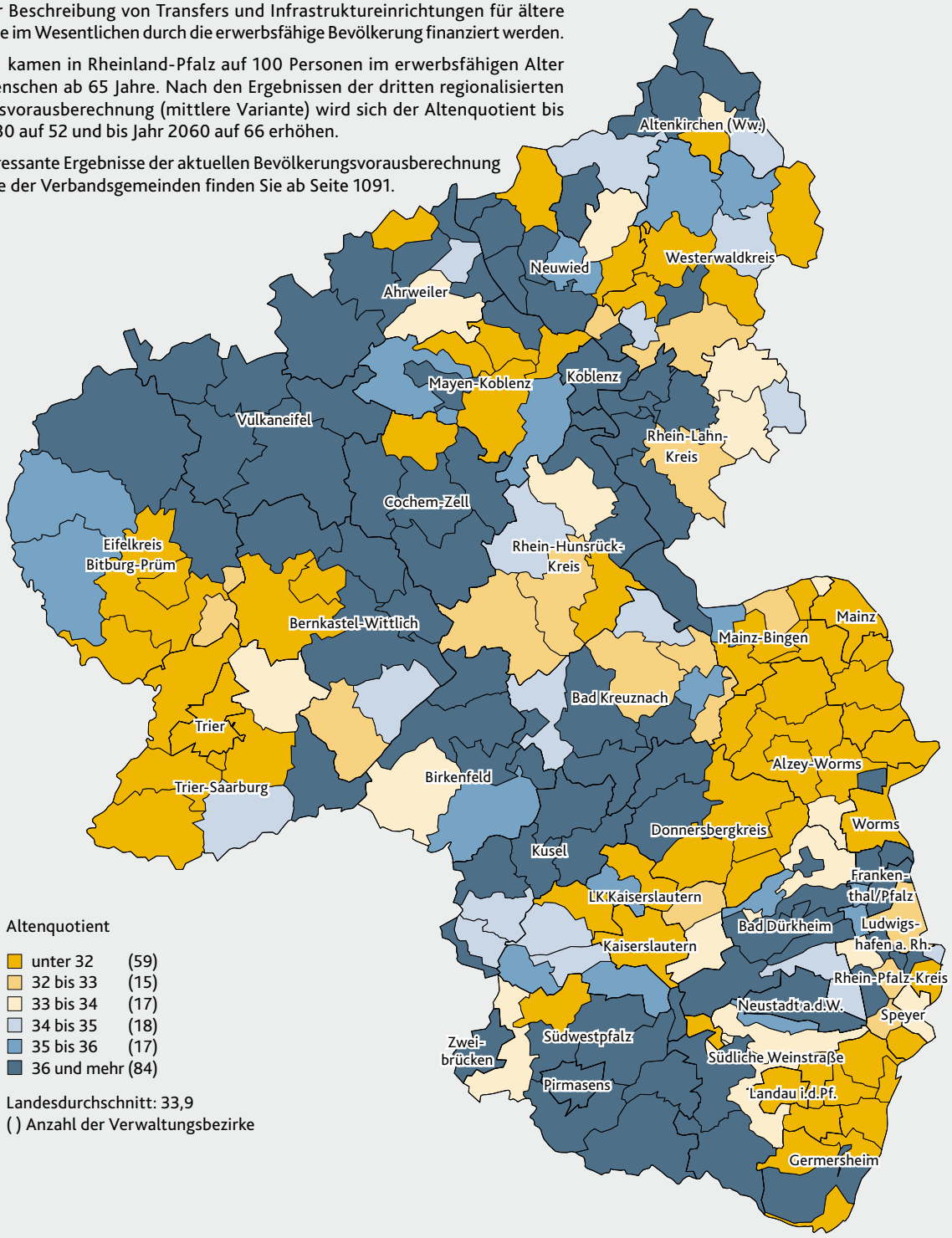
Altenquotient 2011 nach Verwaltungsbezirken

Altenquotient steigt weiter

Der Altenquotient setzt die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Er dient als Kennzahl zur Beschreibung von Transfers und Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen, die im Wesentlichen durch die erwerbsfähige Bevölkerung finanziert werden.

Im Jahr 2011 kamen in Rheinland-Pfalz auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 32 ältere Menschen ab 65 Jahre. Nach den Ergebnissen der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (mittlere Variante) wird sich der Altenquotient bis zum Jahr 2030 auf 52 und bis Jahr 2060 auf 66 erhöhen.

Weitere interessante Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung auf der Ebene der Verbandsgemeinden finden Sie ab Seite 1091.



Kindertagesbetreuung 2012

Anteil der betreuten unter 3-Jährigen steigt auf 27 Prozent

Von Gerhard Hehl und Günter Ickler

Der Anteil der Kinder, die tagsüber außerhalb ihrer Familie betreut werden, ist in Rheinland-Pfalz erneut gestiegen. Im März 2012 nahmen rund 143 600 Kinder im Land die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung in Anspruch. Nahezu 4 500 Kinder wurden von einer Tagesmutter oder von einem Tagesvater betreut.

Insbesondere das Angebot für unter 3-Jährige wurde ausgeweitet; deren Betreuungsquote liegt jetzt bei 27 Prozent. Dabei bestehen große regionale Unterschiede: In den nördlichen Landesteilen sind die Betreuungsquoten eher niedriger als in den südlichen Regionen. Im Jahr 2006 lag der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter im Landesdurchschnitt erst bei 9,4 Prozent.

146 500 Kinder in Tagesbetreuung

143 563 Kinder in Tageseinrichtungen

Im März 2012 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 445 Tageseinrichtungen, in denen 143 563 Kinder betreut wurden. Neben Kindern in Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 8 686 Kinder enthalten, die eine Schule besuchen. Zwei Drittel (64 Prozent) der versorgten Kinder waren zwischen drei und sechs Jahre, gut 16 Prozent der Kinder waren jünger als drei Jahre und fast 17 Prozent zwischen sechs und 14 Jahre.

4 467 Kinder bei registrierter Tagesmutter oder -vater

Außerdem wurden 4 467 Kinder von einer bzw. einem bei einem Jugendamt registrierten Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut. 1 537 dieser Kinder besuchten zusätzlich auch eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagsschule. Somit hatten insgesamt 146 493 Kinder tagsüber eine Betreuung außerhalb des Elternhauses.

In der Statistik wird nur die öffentlich geförderte Kindertagespflege betrachtet, die zumindest eine Vermittlung oder Beratung umfasst. Ausschließlich privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht einbezogen.

31 034 Beschäftigte

In den Einrichtungen waren 31 034 Personen beschäftigt. Davon waren fast 6 200 als hauswirtschaftliches oder technisches Personal tätig.

Rund 45 Prozent der Einrichtungen befinden sich in öffentlicher Trägerschaft von Städten und Gemeinden. Fast 29 Prozent der Tageseinrichtungen werden von der Caritas oder einem anderen katholischen Träger und knapp 17 Prozent von der Diakonie bzw. einem anderen evangelischen Träger geführt. Die restlichen gut neun Prozent verteilen sich auf verschiedene Träger, darunter auch Elterninitiativen.

T 1 Kinder in Tagesbetreuung 2012

	Betreute Kinder insgesamt[1]	**146 493**
Tageseinrichtungen	In Einrichtungen betreute Kinder	**143 563**
	unter 3-Jährige	23 556
	3- bis unter 6-Jährige	95 805
	6- bis unter 14-Jährige	24 202
	Zahl der Einrichtungen	**2 445**
	Öffentliche Träger	1 105
	Caritasverband	700
	Diakonisches Werk	406
	Sonstige Träger	234
	In Einrichtungen beschäftigte Personen	**31 034**
	Pädagogisches Leitungs- und Verwaltungspersonal	24 874
	Hauswirtschaftliches und technisches Personal	6 160
Tagespflege	In Tagespflege betreute Kinder	**4 467**
	unter 3-Jährige	2 236
	3- bis unter 6-Jährige	857
	6- bis unter 14-Jährige	1 374
	Zahl der Tagesmütter und -väter	**1 896**

1 Sowohl in Tagespflege als auch in einer Tageseinrichtung bzw. Ganztagsschule wurden 1537 Kinder betreut.

Von den 3- bis unter 6-Jährigen besuchen über 97 Prozent den Kindergarten

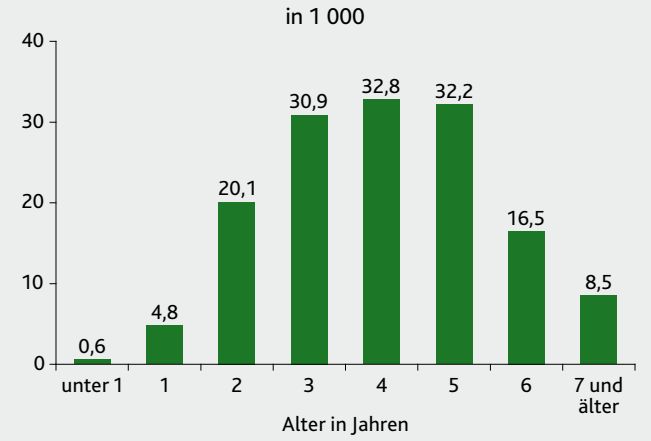
Kinder im üblichen Kindergartenalter werden besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Insgesamt 95 805 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren besuchten zum Stichtag der Erhebung im März dieses Jahres eine Kindertageseinrichtung. Bezogen auf alle Kinder des entsprechenden Alters errechnet sich eine Besuchsquote von 97,3 Prozent.[1]

Rund 900 der 3- bis 6-Jährigen erhalten Tagesbetreuung

Durch eine Tagespflegeperson wurden 857 Kinder betreut, davon waren 753 auch in einer Tageseinrichtung oder befanden sich zusätzlich in einer Ganztagsschule. Damit hatten 95 909 bzw. 97,4 Prozent der 3- bis 6-Jährigen eine Tagesbetreuung.

1 Als Bezugsgröße wird die Bevölkerung zum 31.12. des vorangegangenen Jahres verwendet.

G 1 Kinder in Tagesbetreuung 2012 nach dem Alter



Weniger betreute Kinder ...

Eine Betrachtung im Zeitablauf seit der Umstellung des Erhebungskonzepts im Jahr 2006 zeigt, dass immer weniger Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tageseinrichtung aufsuchen. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels, denn auch die Bevölkerung entsprechenden Alters nimmt aufgrund der tendenziell rückläufigen Geburtenzahlen seit Jahren ab. Im aktuellen Jahr war allerdings ein gegenüber den Vorjahren geringer Anstieg zu verzeichnen, dessen Ursache in den vorübergehend etwas höheren Geburtenzahlen der Jahre 2007 und 2008 zu sehen ist.

Die Begriffe Besuchsquote und Betreuungsquote

Die **Besuchsquote** ist der Anteil der Kinder, die in einer Tageseinrichtung betreut werden, an der Gesamtzahl der Kinder des entsprechenden Alters.

Die **Betreuungsquote** bezieht darüber hinaus auch solche Kinder ein, die in der öffentlich geförderten Tagespflege durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut werden. Die Betreuungsquote ist damit stets größer (oder zumindest genauso groß) wie die Besuchsquote.

Üblicherweise werden die Kinder zum Stichtag der Erhebung (1. März) auf die Bevölkerung zum 31. Dezember des Vorjahres bezogen.

Statistiken zur Kindertagesbetreuung

Die Erhebungen zur Kindertagesbetreuung werden seit dem Jahr 2006 jährlich zum Stichtag 15. März und seit 2009 zum Stichtag 1. März bei allen Kindertageseinrichtungen und den Jugendämtern des Landes durchgeführt. **Rechtsgrundlage** ist das Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII), Neuntes Kapitel (Kinder- und Jugendhilfestatistik) §§ 98 – 103. Dort sind unter anderem die zu erhebenden Merkmale konkret festgelegt. Dabei geht es auch um weitere, über die Tagesbetreuung hinausgehende Tatbestände.

Die Erhebungen zur Kindertagesbetreuung wurden mit dem Jahr 2006 grundlegend modifiziert. Bis zu diesem Zeitpunkt standen – im Abstand von vier Jahren – lediglich Ergebnisse zu den genehmigten Plätzen und dem eingesetzten Personal zur Verfügung. Seit der Reform werden jährlich auch detaillierte Angaben zu den betreuten Kindern erhoben.

Nach dem seit 2006 geltenden Erhebungskonzept werden auch Angaben über Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege sowie über die Tagespflegepersonen ermittelt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die Förderung der Tagespflegepersonen durch die Jugendämter. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Die früher übliche Unterscheidung der Einrichtungen nach Kindergärten, Krippen und Horten liegt dem Erhebungskonzept seit 2006 nicht mehr zugrunde, zumal die Kindertageseinrichtungen zunehmend über altersgemischte Gruppen verfügen. Für eine differenziertere Betrachtung wird eine Unterteilung nach den drei klassischen Altersgruppen (unter 3-Jährige, 3- bis unter 6-Jährige sowie 6- bis unter 14-Jährige) vorgenommen.

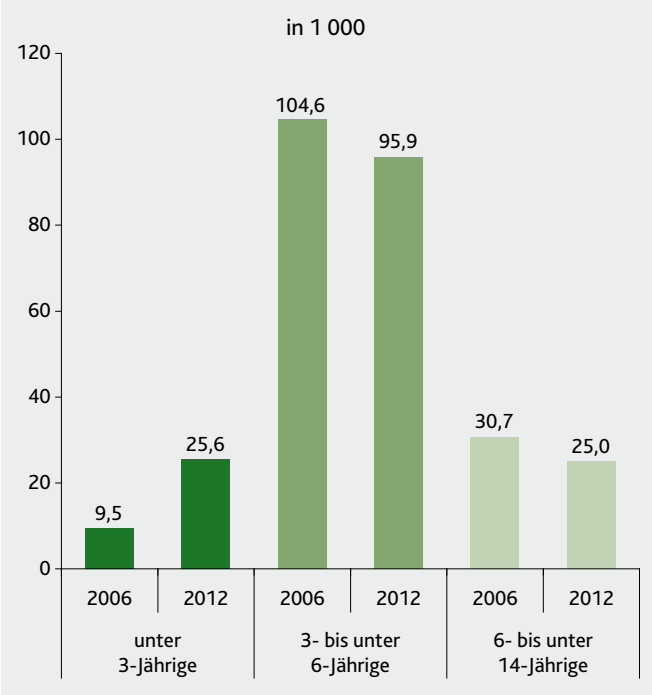
Die wesentlichen Erhebungsmerkmale sind für die **Kinder in Tageseinrichtungen**:
- Alter und Geschlecht
- Zeitlicher Umfang der Betreuung
- Migrationshintergrund
- Erhöhter Förderbedarf
- Schulbesuch

Bei den **in Kindertagespflege betreuten Kindern** wird u. a. erfragt:
- Alter und Geschlecht
- Verwandtschaftsverhältnis zur Tagespflegeperson
- Betreuungszeiten
- Migrationshintergrund
- Umfang der öffentlichen Förderung
- Gleichzeitig bestehende andere Betreuungsarrangements

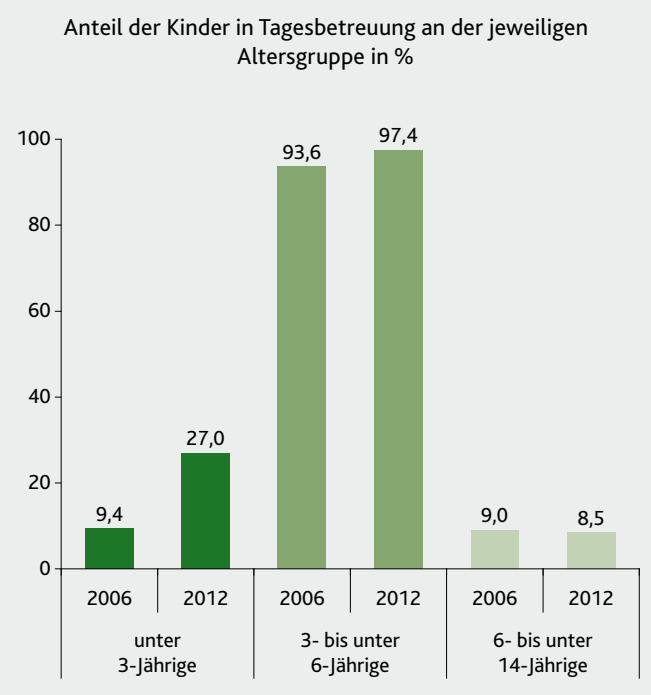
Für die **Tagespflegepersonen** erhobene Angaben betreffen:
- Alter und Geschlecht
- Qualifikationsnachweis
- Zahl der betreuten Kinder
- Betreuungsort

Darüber hinaus werden Merkmale zu dem in den Tageseinrichtungen eingesetzten **Personal** und zur **Trägerschaft** der Einrichtung erhoben.

G 2 Kinder in Tagesbetreuung 2006 und 2012 nach Altersgruppen



G 3 Betreuungsquote 2006 und 2012 nach Altersgruppen



… aber steigende Betreuungsquote

Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat im Betrachtungszeitraum hingegen leicht zugenommen: Die Betreuungsquote beträgt derzeit über 97 Prozent, während sie im Jahr 2006 noch bei weniger als 94 Prozent lag. Dies kann zum einen Ausdruck dafür sein, dass vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein größerer Teil der Eltern ihre Kinder außerhalb der Familie betreut sehen will. Zum anderen können aber auch die durch die Einrichtungen vorgehaltenen Plätze bei sinkender absoluter Nachfrage verstärkt in Anspruch genommen werden.

Anstieg der Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen zeigen sich bei einer insgesamt wesentlich niedrigeren Betreuungsquote weitaus größere Veränderungen im Zeitablauf.

25 Prozent der unter 3-Jährigen besuchen Tageseinrichtungen …

Zum Stichtag 1. März 2012 gingen 23 556 Jungen und Mädchen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren fast 25 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe. Bei der Erhebung im März 2006 waren es lediglich 8 949 Kinder bzw. 8,8 Prozent.

Insgesamt 2 236 Kinder unter drei Jahren wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und Tagesvätern betreut. Das waren mehr als dreimal so viele wie 2006.

Die entsprechende Quote stieg hier innerhalb von sechs Jahren von 0,6 auf 2,4 Prozent.

Gut 200 Kinder wurden sowohl in einer Tageseinrichtung als auch von einer Tagesmutter betreut. Damit hatten im März 2012 insgesamt 25 589 unter 3-Jährige – das sind 27 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe – eine Tagesbetreuung; im Jahr 2006 waren es erst 9,4 Prozent.

Betreuungsangebot für mehr als ein Drittel aller Kinder vorgesehen

Die Zahl der unter 3-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder von einer Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut werden, wird auch in Zukunft weiter steigen. Nach dem im September 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz sollen bis zum Jahr 2013 für mehr als ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. In welchem Ausmaß sich das aktuell verabschiedete Betreuungsgeld auf die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung auswirkt, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Auswirkungen des Betreuungsgeldes noch unklar

Schulkinder seltener in Tagesbetreuung

Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 31. August das sechste Lebensjahr vollendet haben, mit dem folgenden Schuljahr.[2]

8,5 Prozent der Schulkinder in Betreuung

Zahlreiche Schulkinder befinden sich darüber hinaus in der Obhut einer Tagesbetreuung. So wurden zum Stichtag im März 2012 von den 295 063 Kindern zwischen sechs und 14 Jahren insgesamt knapp 25 000 in einer Tageseinrichtung (24 202 Kinder) bzw. in Tagespflege (1 374 Kinder) betreut.[3] Damit lag deren Betreuungsquote bei 8,5 Prozent. Im Zeitverlauf hat diese Quote, die 2006 noch bei neun Prozent lag, leicht abgenommen. Auch die absolute Zahl ist – der demografischen Entwicklung folgend – gesunken: Wurden im Jahr 2006 noch 30 700 Kinder dieser Altersgruppe betreut, waren es 2012 nur noch 25 000.

Große regionale Unterschiede

Ein Blick auf die Tagesbetreuung in den kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt große regionale Unterschiede. Die Bandbreite der Betreuungsquoten erstreckt sich bei den

- unter 3-Jährigen von unter 18 Prozent in der kreisfreien Stadt Worms bis fast 38 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen,
- 3- bis 6-Jährigen von weniger als 91 Prozent in der kreisfreien Stadt Pirmasens bis über 109 Prozent im Landkreis Kaiserslautern,
- 6- bis 14-Jährigen von 5,3 Prozent im Donnersbergkreis bis gut 16 Prozent in Speyer.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass die Betreuungseinrichtungen auch von Kindern aus benachbarten kreisfreien Städten und Landkreisen aufgesucht werden können. Die Berechnung der Quoten bezieht sich aber auf die Bevölkerung des jeweiligen Gebietes. Daher können sich Quoten von mehr als 100 Prozent ergeben.

Betreuungssituation der unter 3-Jährigen hat besonders hohen Stellenwert

Im Rahmen der Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt der Betreuungssituation der unter 3-Jährigen eine besondere Bedeutung zu. Während bereits die überwiegende Mehrheit der Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tagesbetreuung außerhalb des Elternhauses hat, strebt die Politik den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter 3-Jährigen an. Damit sollen insbesondere Frauen mit kleinen Kindern die Möglichkeit erhalten, einer Berufstätigkeit nachzugehen, wovon letztlich eine Erhöhung der Geburtenrate erhofft wird.

Betreuungsquote für unter 3-Jährige ist rasant gestiegen

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist in allen kreisfreien Städten und Landkreisen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die höchsten Werte unter den kreis-

2 Diese Regelung gilt in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2008/09. Bis dahin galt der 30. Juni als Stichtag.

3 Hierzu zählen auch (überwiegend 6-jährige) Kinder, die noch nicht zur Schule gehen. 581 Kinder wurden sowohl in einer Tageseinrichtung als auch von einer Tagesmutter betreut.

T 2 Kinder in Tagesbetreuung nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken sowie Tageseinrichtungen und Tagespflegepersonen 2012 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Insgesamt	Davon im Alter von … bis unter … Jahren						Tageseinrichtungen	Tagespflegepersonen
		0–3		3–6		6–14			
		zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]		
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Frankenthal (Pfalz), St.	1 588	216	18,4	1 079	95,3	293	9,0	22	24
Kaiserslautern, St.	3 545	618	25,8	2 174	94,7	753	12,3	57	44
Koblenz, St.	3 943	617	22,4	2 502	96,3	824	12,1	63	33
Landau i. d. Pfalz, St.	1 787	355	32,7	1 085	102,6	347	11,4	31	29
Ludwigshafen a. Rh., St.	6 859	854	18,1	4 384	96,4	1 621	13,7	88	106
Mainz, St.	7 585	1 264	23,6	4 797	95,6	1 524	12,2	115	60
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 933	348	27,6	1 274	99,2	311	8,3	37	36
Pirmasens, St.	1 308	161	17,7	841	90,5	306	12,0	29	20
Speyer, St.	2 272	428	32,1	1 247	98,7	597	16,2	31	45
Trier, St.	4 164	856	32,7	2 364	98,8	944	14,7	74	139
Worms, St.	3 006	365	17,5	2 100	95,4	541	9,0	49	40
Zweibrücken, St.	1 237	152	20,7	777	97,6	308	13,0	29	20
Ahrweiler	4 049	723	26,9	2 774	100,0	552	5,9	67	25
Altenkirchen (Ww.)	4 322	573	19,2	3 114	94,1	635	6,4	78	86
Alzey-Worms	4 723	918	30,7	3 086	96,4	719	7,1	83	51
Bad Dürkheim	4 834	951	33,8	2 927	98,0	956	9,9	88	33
Bad Kreuznach	5 455	972	25,9	3 691	96,1	792	6,8	96	33
Bernkastel-Wittlich	3 829	674	26,1	2 606	97,5	549	6,7	78	43
Birkenfeld	2 596	413	22,4	1 834	94,3	349	5,9	51	32
Cochem-Zell	2 055	316	24,1	1 425	97,5	314	6,5	47	45
Donnersbergkreis	2 687	518	29,2	1 848	97,1	321	5,3	50	35
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 449	580	25,3	2 392	101,7	477	6,5	58	69
Germersheim	5 431	908	29,4	3 316	98,6	1 207	12,4	79	65
Kaiserslautern	4 053	789	32,5	2 782	109,4	482	5,9	66	80
Kusel	2 321	402	26,6	1 608	100,1	311	6,1	47	30
Mainz-Bingen	8 833	1 912	37,9	5 399	97,8	1 522	9,4	134	95
Mayen-Koblenz	7 691	1 356	27,7	5 067	97,4	1 268	8,0	124	70
Neuwied	6 182	981	23,1	4 227	93,5	974	6,8	88	69
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 369	562	25,1	2 313	96,7	494	6,2	55	38
Rhein-Lahn-Kreis	4 315	746	28,3	2 902	98,4	667	7,5	77	30
Rhein-Pfalz-Kreis	5 419	1 089	32,6	3 433	97,7	897	8,3	84	77
Südliche Weinstraße	3 769	790	32,9	2 535	98,9	444	5,6	73	72
Südwestpfalz	3 490	672	35,5	2 008	98,5	810	12,2	71	37
Trier-Saarburg	5 512	1 177	32,7	3 708	99,4	627	5,7	78	64
Vulkaneifel	1 963	296	23,1	1 360	96,7	307	6,5	29	88
Westerwaldkreis	6 919	1 037	21,9	4 930	95,8	952	5,9	119	33
Rheinland-Pfalz	146 493	25 589	27,0	95 909	97,4	24 995	8,5	2 445	1 896
Kreisfreie Städte	39 227	6 234	23,6	24 624	96,5	8 369	12,2	625	596
Landkreise	107 266	19 355	28,3	71 285	97,7	16 626	7,3	1 820	1 300

1 Kinder in Kindertageseinrichtungen oder öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2012 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2011.

freien Städten verzeichneten in dem sechsjährigen Betrachtungszeitraum die Städte Trier und Landau mit zuletzt knapp 33 Prozent (2006: 16 Prozent bzw. elf Prozent).

Hohe Quote im Landkreis Mainz-Bingen

Bei den Kreisen wies der Landkreis Mainz-Bingen im März 2012 mit fast 38 Prozent (2006: neun Prozent) die höchste Quote auf.

Niedrige Quote in Worms und im Landkreis Altenkirchen

Die niedrigsten Betreuungsquoten unter den kreisfreien Städten hatte in allen sechs Jahren Worms (2012: 18 Prozent, 2006: 5,7 Prozent). Unter den Kreisen bildete der Landkreis Altenkirchen (Ww.) im Jahr 2012 mit gut 19 Prozent das Schlusslicht (2006: 5,2 Prozent). Werte unter 20 Prozent waren im aktuellen Jahr auch in Pirmasens, Ludwigshafen und Frankenthal festzustellen. Mit Ausnahme der Stadt Zweibrücken, die einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatte, ist die Betreuungsquote der unter 3-jährigen gegenüber März 2011 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen gestiegen.

Mehr Tagesmütter in den Städten

Der Anteil der Kinder, die bei Tagesmüttern oder Tagesvätern betreut werden, war in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. In den Städten wurden 3,3 Prozent der unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, in den Landkreisen waren es nur 1,7 Prozent. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugendamt registriert werden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Deutliches Süd-Nord-Gefälle

Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Die 16 kreisfreien Städte und Landkreise mit überdurchschnittlichen Betreuungsquoten liegen überwiegend im südlichen bzw. südöstlichen Teil des Landes. Außerdem weisen die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saarburg deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Betreuungsquoten auf.

Fast ein Drittel der betreuten Kinder haben Migrationshintergrund

Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund steigt ständig

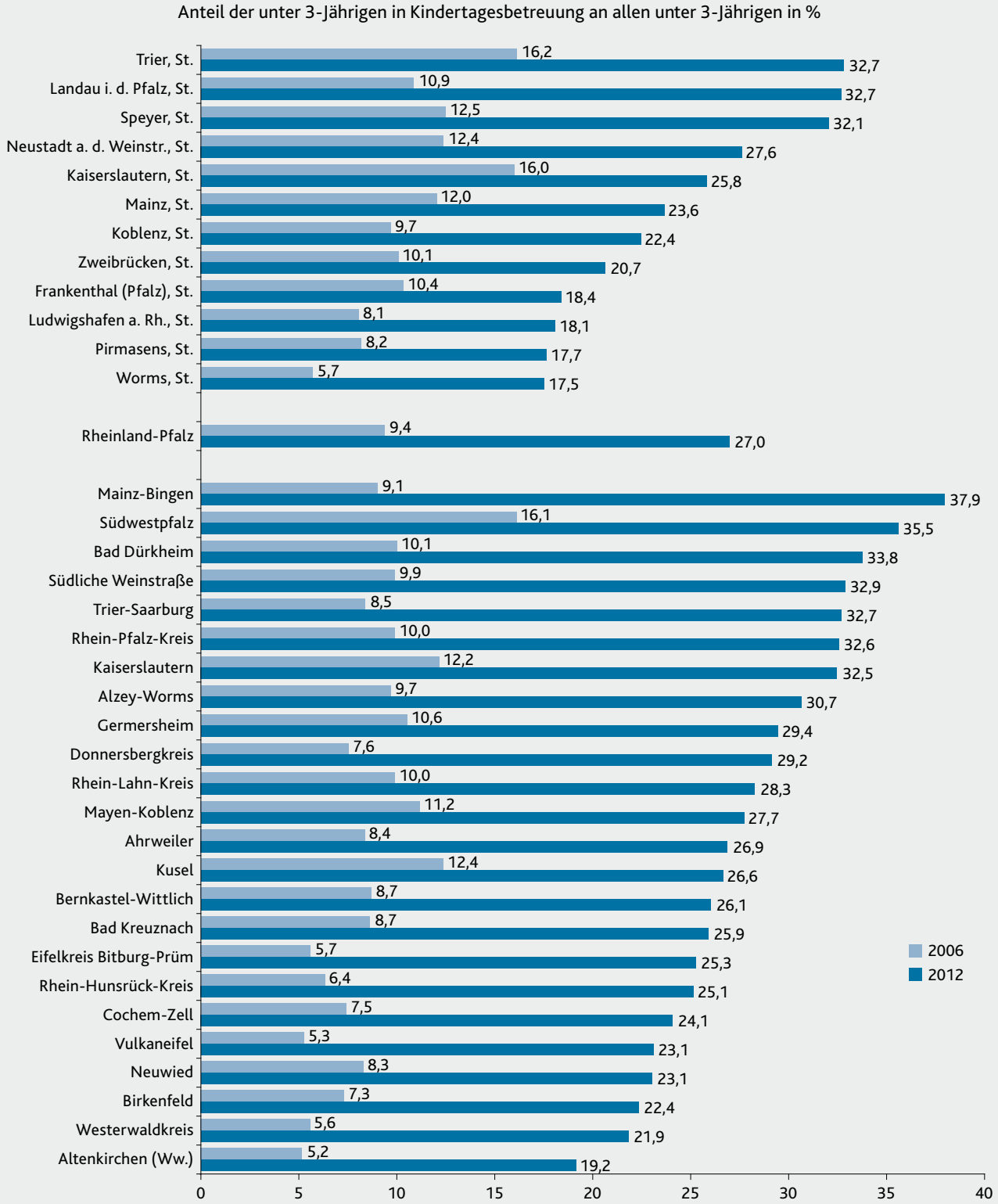
Die Statistik zur Kindertagesbetreuung bietet auch Informationen zum Migrationshintergrund: Von den in Tageseinrichtungen und Tagespflege betreuten Kindern hatte nahezu ein Drittel mindestens einen Elternteil mit ausländischer Herkunft. Dieser Anteil ist im Zeitablauf kontinuierlich gestiegen; im Jahr 2006 hatte nur jedes vierte Kind einen Migrationshintergund. Bei den Kindern unter drei Jahren ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit zuletzt gut 24 Prozent (2006: 21 Prozent) geringer als bei den Kindern der älteren Jahrgänge.

T 3 Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege 2006–2012 nach Migrationsstatus[1] und Altersgruppen

Alter in Jahren	2006	2010	2012
Kinder in Tagesbetreuung insgesamt			
0–3	9 527	19 365	25 589
3–6	104 633	96 053	95 909
6–14	30 739	26 009	24 995
Insgesamt	144 899	141 427	146 493
Kinder in Tagesbetreuung ohne Migrationshintergrund			
0–3	7 524	14 948	19 337
3–6	78 006	66 917	65 358
6–14	22 649	18 184	17 335
Zusammen	108 179	100 049	102 030
Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund			
0–3	2 003	4 417	6 252
3–6	26 627	29 136	30 551
6–14	8 090	7 825	7 660
Zusammen	36 720	41 378	44 463
Anteil der Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund in %			
0–3	21,0	22,8	24,4
3–6	25,4	30,3	31,9
6–14	26,3	30,1	30,6
Zusammen	25,3	29,3	30,4

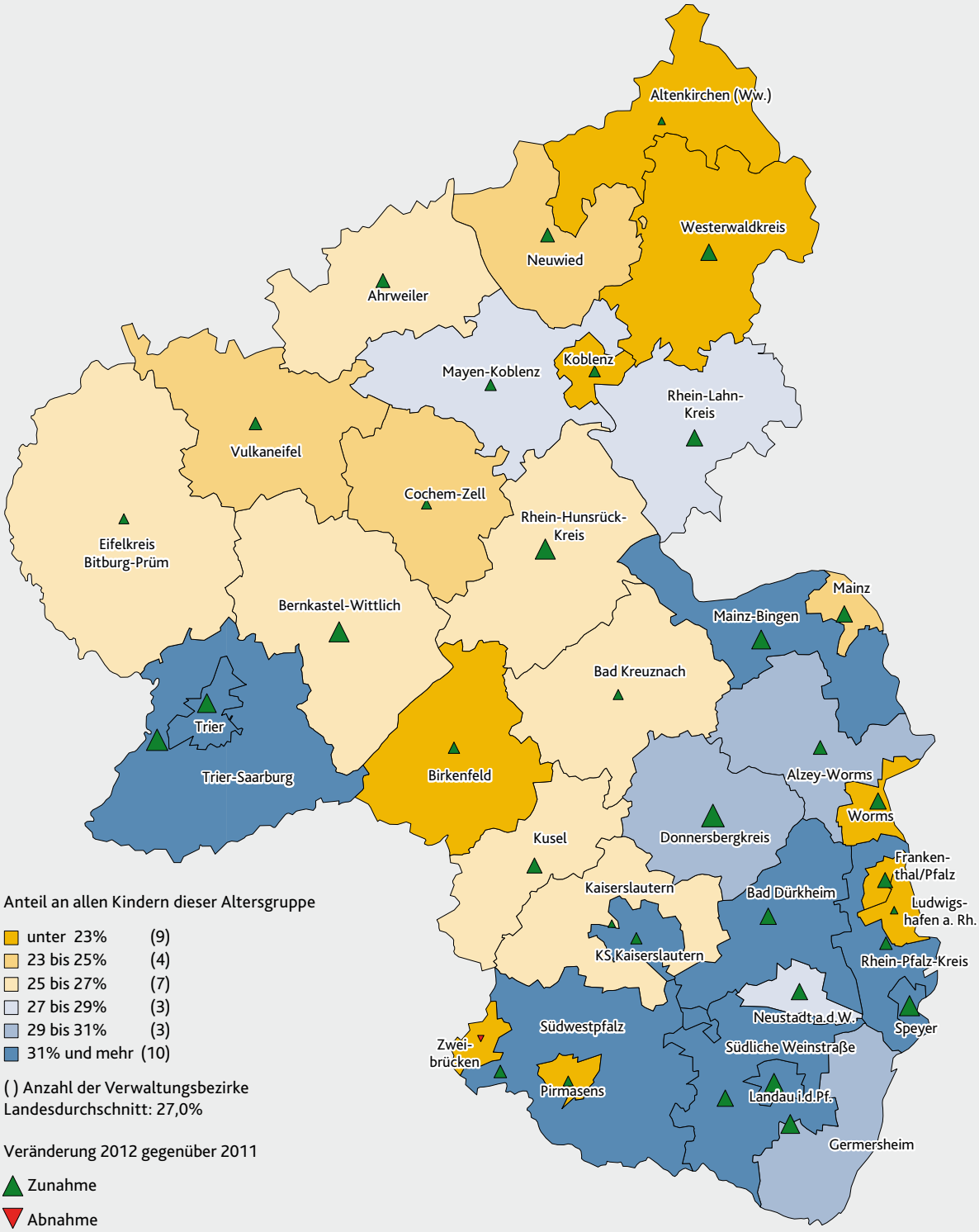
1 Migrationshintergrund: mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft.

G 4 Betreuungsquote[1] unter 3-Jähriger 2006 und 2012 nach Verwaltungsbezirken



1 Kinder in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege.

K 1 Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2012 nach Verwaltungsbezirken



Anteil an allen Kindern dieser Altersgruppe

- unter 23% (9)
- 23 bis 25% (4)
- 25 bis 27% (7)
- 27 bis 29% (3)
- 29 bis 31% (3)
- 31% und mehr (10)

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke
Landesdurchschnitt: 27,0%

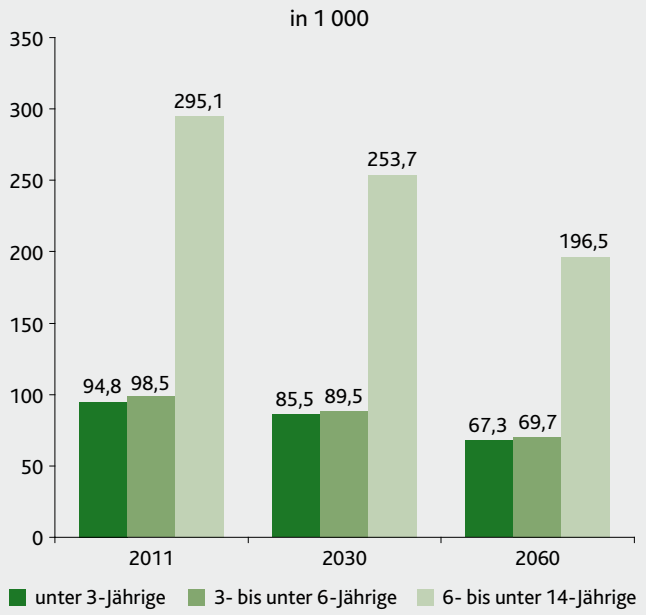
Veränderung 2012 gegenüber 2011

▲ Zunahme

▼ Abnahme

Die Höhe der Veränderung beeinflusst die Symbolgröße
Spannweite: -0,5 Prozentpunkte bis +5,1 Prozentpunkte

G 5 Bevölkerung unter 14 Jahren 2011–2060 nach Altersgruppen[1]



1 2011: Bevölkerungsfortschreibung, 2030 und 2060: Bevölkerungsvorausberechnung, Basisjahr 2010 – mittlere Variante.

Ausblick

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel, der sich durch eine stetig zunehmende Zahl älterer Menschen und zugleich geringere Zahl an Kindern auszeichnet, hat bereits Auswirkungen auf die Kindertageseinrichtungen, die in einer tendenziell rückläufigen Zahl der betreuten 3- bis 6-Jährigen zum Ausdruck kommen. Da sich der Umfang entsprechender Elternjahrgänge in den nächsten Jahren erheblich reduzieren wird, sind deutlich rückläufige Geburtenzahlen vorhersehbar.

Bis 2060 30 Prozent weniger unter 6-Jährige

Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass bis 2060 die Zahl der unter 3-Jährigen und die der 3- bis 6-Jährigen um fast 30 Prozent zurückgehen wird. Die Zahl der 6- bis 14-Jährigen wird danach noch stärker abnehmen.[4] Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf die Nachfrage nach Tagesbetreuung für die Kinder haben.

Nach den obigen Ausführungen ist aber eine weiterhin steigende Betreuungsquote für die unter 3-jährigen zu erwarten. Das bedeutet, dass die Zahl der benötigten Plätze langfristig nicht in einem der demografischen Entwicklung entsprechenden Ausmaß zurückgehen wird, sondern eher noch steigen wird.

Dagegen stellt sich die Situation für die 3- bis unter 6-jährigen Kinder anders dar. Bei den bereits sehr hohen Ausgangswerten ist hier in Zukunft mit keinen nennenswert höheren Betreuungsquoten zu rechnen; damit werden die rückläufigen Bevölkerungszahlen in dieser Altersgruppe auch einen sinkenden absoluten Bedarf der Tagesbetreuung nach sich ziehen.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“. Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet in diesem Referat das Sachgebiet „Soziale Leistungen“.

4 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analyse N° 25 „Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)“, Bad Ems 2012.

Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2030

Von Thomas Kirschey

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat im Juli 2012 in der Statistischen Analyse „Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)" die Ergebnisse einer neuen Bevölkerungsprojektion für das Land und seine kreisfreien Städte und Landkreise vorgelegt. Die August-Ausgabe der Statistischen Monatshefte enthält einen Beitrag zu den mittel- und langfristigen demografischen Entwicklungen auf der Landesebene. In der September-Ausgabe wurden die Ergebnisse der Projektion für die kreisfreien Städte und Landkreise dargestellt.

Dieser Aufsatz gibt einen Überblick über die kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis zum Jahr 2030 und beschreibt die Methode, die für die Vorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene verwendet wurde. Zudem werden Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Projektionsergebnisse gegeben.

Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz

In der Studie „Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)" wurden drei Modellvarianten zur künftigen Entwicklung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz vorgestellt.

In allen Varianten liegt die Geburtenrate über den gesamten Zeitraum bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung nimmt bis 2060 bei Frauen und Männern um etwa sieben Jahre zu.

Die Varianten unterscheiden sich nur hinsichtlich der Annahmen zur Wanderung. In der mittleren Variante, die als Grundlage der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung dient, liegt der jährliche Wanderungsüberschuss bis 2060 bei +4 000 Personen.

Bevölkerungszahl sinkt im Land mittelfristig um 5,8 Prozent

Mittelfristig wird sich im Land bis zum Jahr 2030 die Einwohnerzahl gegenüber 2010, dem Basisjahr der Berechnungen, bereits deutlich verringern. Unter den Annahmen der mittleren Variante ist mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl um 5,8 Prozent zu rechnen; sie würde von derzeit knapp über vier auf 3,77 Millionen Einwohner sinken. Rheinland-Pfalz hätte 2030 etwa 232 800 Einwohner weniger als im Basisjahr. Damit wäre in etwa wieder die Bevölkerungszahl des Jahres 1990 erreicht.

Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnungen

Die dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden basiert auf der mittleren Variante der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010).

Dieser liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die **Geburtenrate** steigt bis 2013 von jetzt 1,38 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2060 konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt – im Vergleich zur Sterbetafel 2008/2010 – bis 2060 bei Frauen von 82,4 auf 89,2 Jahre und bei Männern von 77,5 auf 85 Jahre zu. Sie steigt also um etwa sieben Jahre.
- Der jährliche **Wanderungsüberschuss** sinkt bis zum Jahr 2015 auf 4 000 Personen und bleibt danach über den weiteren Zeitraum bis 2060 konstant.

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise: Den Berechnungen liegt der sogenannte **„Ceteris-paribus-Ansatz"** zugrunde. Das bedeutet, dass sich die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge auch in der Zukunft so fortsetzen wird, wie sie im Stützzeitraum von 2006 bis 2010 stattgefunden hat.

Bevölkerungszahl geht langfristig um 20 Prozent zurück

Im Jahr 2060 würden nach der mittleren Variante der Vorausberechnungen noch 3,19 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz leben. Das entspricht etwa der Bevölkerungszahl des Jahres 1952. Der Bevölkerungsrückgang beläuft sich damit über den gesamten Projektionszeitraum auf 817 200 Personen bzw. 20 Prozent.

Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Regionale Entwicklung auf Kreisebene bis 2030

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch künftig regional unterschiedlich verlaufen. Das zeigen die Untersuchungen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Die kreisfreien Städte Trier (+4,2 Prozent), Landau in der Pfalz (+2,8 Prozent) und Mainz (+2,1 Prozent) sowie die Landkreise Trier-Saarburg (+3,9 Prozent) und Mainz-Bingen (+0,9 Prozent) werden mittelfristig voraussichtlich noch Bevölkerungszuwächse aufweisen.

Die stärksten Rückgänge sind bis 2030 in den Landkreisen Kusel und Birkenfeld (jeweils –15 Prozent), im Landkreis Südwestpfalz (–16 Prozent) sowie in der kreisfreien Stadt Pirmasens (–20 Prozent) zu erwarten.

Bevölkerungsentwicklung in den verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Kleinräumige Entwicklung auf Verbandsgemeindeebene bis 2030

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden basiert auf den Berechnungen für die Landkreise. Der kleinräumigen Projektion liegt der Gebietsstand zum 1. Juli 2012 zugrunde. Rheinland-Pfalz gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Zu den Landkreisen zählen aktuell 36 verbandsfreie Gemeinden und 161 Verbandsgemeinden. Die Auflösung der Verbandsgemeinde Neumagen-Drohn sowie der Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley sind in der Modellrechnung bereits berücksichtigt.

Bevölkerungszuwächse bis 2030

Die Spannweite der Ergebnisse fällt etwas größer aus als auf der Kreisebene. Neben den drei genannten kreisfreien Städten, werden für 25 der 197 untersuchten Gebiete der Verbandsgemeindeebene Bevölkerungszuwächse vorausberechnet. Die meisten Zuwächse ergeben sich in den Landkreisen Trier-Saarburg (fünf Verbandsgemeinden) und Mainz-Bingen (sechs Verbandsgemeinden) sowie im Rhein-Pfalz-Kreis (jeweils drei verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden). Für die Verbandsgemeinden Saarburg (+9,2 Prozent), Bodenheim

(+8,2 Prozent), Konz (+7,3 Prozent) sowie Nierstein-Oppenheim (+7,1 Prozent) sind bis 2030 die höchsten Bevölkerungsanstiege zu erwarten. Diese Verbandsgemeinden verzeichneten bereits im Stützzeitraum der Bevölkerungsvorausberechnung, den Jahren 2006 bis 2010, deutliche Zuwächse. Dagegen verringerte sich im Land die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um 1,4 Prozent.

Bevölkerungsrückgänge bis 2030

Entsprechend werden – neben neun kreisfreien Städten – für 172 der 197 untersuchten Gebiete der Verbandsgemeindeebene sinkende Bevölkerungszahlen vorausberechnet. Für 25 Gebiete ergeben sich Rückgänge von mehr als 16 Prozent. Diese liegen größtenteils im Südwesten des Landes, insbesondere in der Region Westpfalz. Am häufigsten betroffen ist der Landkreis Südwestpfalz (sechs Verbandsgemeinden) sowie die Landkreise Kusel (drei Verbandsgemeinden) und Birkenfeld (eine verbandsfreie Gemeinde und zwei Verbandsgemeinden). Noch stärkere Rückgänge als in der kreisfreien Stadt Pirmasens (–20 Prozent) sind in den Verbandsgemeinden Dahner Felsenland, Herrstein und Meisenheim (jeweils –21 Prozent) sowie in Lauterecken (–24 Prozent) zu erwarten. Diese Verbandsgemeinden verzeichneten bereits im Stützzeitraum der Bevölkerungsvorausberechnung deutlich sinkende Bevölkerungszahlen. Den mit Abstand höchsten relativen Rückgang (–8 Prozent) gab es im Stützzeitraum in der Verbandsgemeinde Lauterecken. Dort sank die Bevölkerung von 11 860 auf 10 900 Personen.

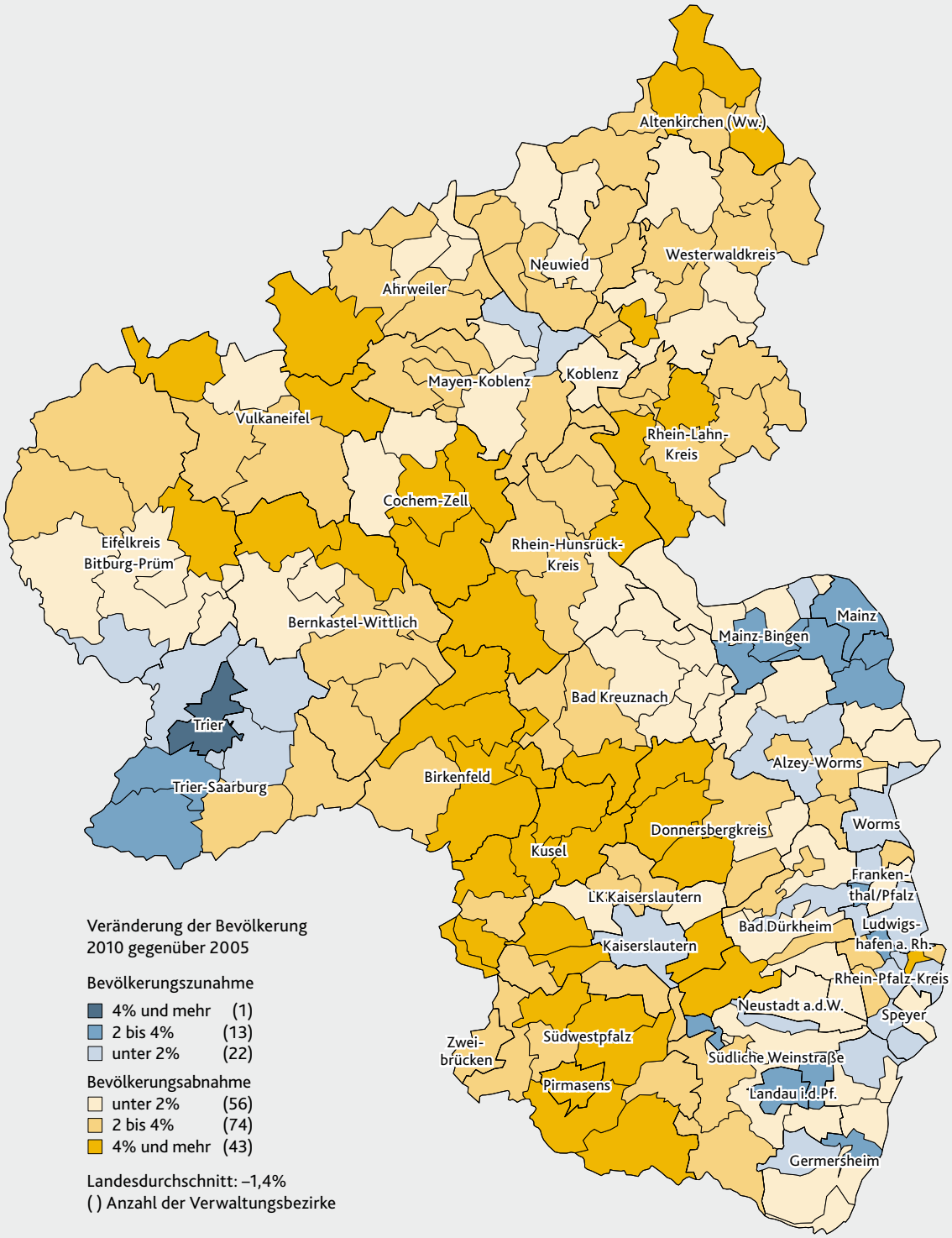
Abweichungen gegenüber der zweiten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung

Wie bei der Vorausberechnung für das Land sowie für die kreisfreien Städte und Landkreise ergeben sich auch auf der Verbandsgemeindeebene Abweichungen gegenüber der zweiten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahre 2008. Diese sind in erster Linie auf die geänderten Modellannahmen sowie auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den jeweiligen Stützzeiträumen der Vorausberechnungen (2006 bis 2010 gegenüber 2002 bis 2006) zurückzuführen.

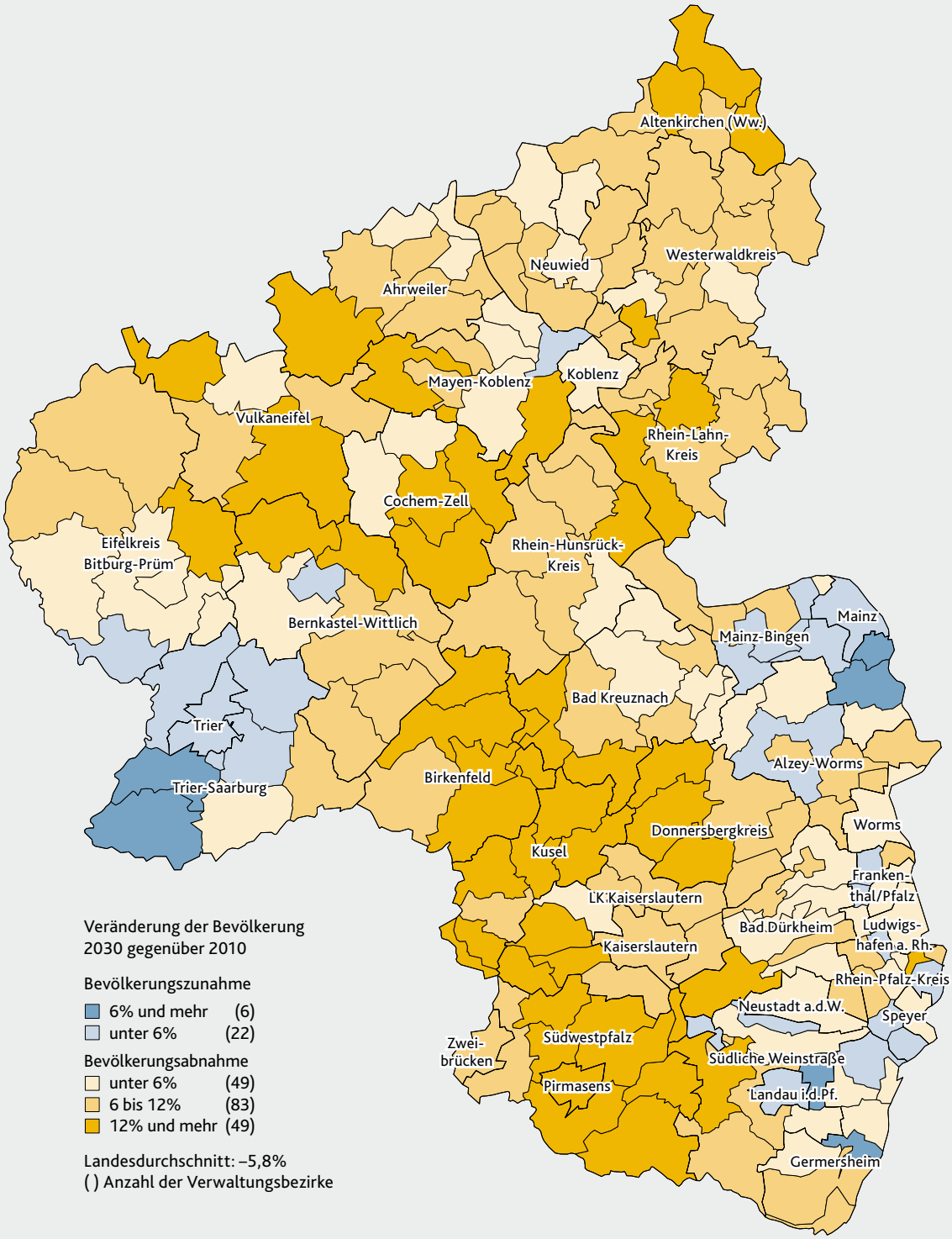
Insgesamt wichen die Ergebnisse der zweiten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung für das Jahr 2010 vom tatsächlichen Bevölkerungsstand in 177 der 197 untersuchten Gebiete in einem engen Korridor von –3 bis +2 Prozent ab (Rheinland-Pfalz: –0,5 Prozent). Diese Abweichungen verstärken sich gegenüber der jetzt aktualisierten Vorausberechnung bis zum Jahr 2020 (Projektionshorizont der zweiten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung). Für das Jahr 2020 weichen in 166 der 197 Gebiete die Ergebnisse in einem Korridor von –6 bis +6 Prozent ab. In zwei Fällen ist die Abweichung größer, in 29 Fällen niedriger. Dort zeigen sich in der Regel gegenläufige Entwicklungen in den beiden Stützzeiträumen, die zudem von der Landesentwicklung deutlich differieren.

So übertreffen beispielsweise in der verbandsfreien Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2020 die Ergebnisse der aktuellen Vorausberechnung die alte Vorausberechnung um zwölf Prozent. Für das Jahr 2010 lag der Wert der alten Vorausberechnung bereits um 3,6 Prozent unter der tatsächlichen Bevölkerungszahl. Mutterstadt wies im alten Stützzeitraum einen Bevölkerungsrückgang von 1,3 Prozent auf (Rheinland-Pfalz: +0,1 Prozent), im neuen Stützzeitraum gab es dagegen einen Anstieg um zwei Prozent (Rheinland-Pfalz: –1,4 Prozent). Die deutlichste „Verschlechterung" gegenüber der alten Vorausberechnung gab es in der Verbandsgemeinde Winnweiler (–12 Prozent).

K 1 Bevölkerung 2005–2010 nach Verwaltungsbezirken



K 2 Bevölkerung 2010–2030 nach Verwaltungsbezirken



Dort wurde im neuen Stützzeitraum ein Bevölkerungsrückgang um 4,6 Prozent registriert, während im alten Stützeitraum noch ein Bevölkerungszuwachs von 1,3 Prozent zu verzeichnen war.

Gebietsreform im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

Bisher fanden im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz drei Gebietsänderungsmaßnahmen statt: Zusammenschluss der verbandsfreien Gemeinde Cochem und der Verbandsgemeinde Cochem-Land, Auflösung der Verbandsgemeinde Neumagen-Drohn sowie Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley. Darüber hinaus besteht ein Landesgesetz für den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Otterbach und Otterberg. Für acht weitere Zusammenschlüsse bzw. Eingliederungen sind Vereinbarungen abgeschlossen worden oder es steht der Abschluss solcher Vereinbarungen bevor. In zwölf weiteren Fällen sind vom Ministerrat Gebietsänderungsvorschläge per Gesetz vorgesehen.

Insgesamt sind in dieser ersten Phase der Reform bis 2014 rund 45 Veränderungen vorgesehen, von denen 35 Gebiete im Basisjahr 2010 nicht die gesetzlich vorgegebenen Mindestgrößen (10 000 Einwohner für verbandsfreie Gemeinden bzw. 12 000 für Verbandsgemeinden) erreichen. Gebiete, die über diesen Grenzen liegen und keinen eigenen Gebietsänderungsbedarf haben, kommen als Partner für Gebiete mit Gebietsänderungsbedarf in Betracht.

Für alle verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, die bereits im Basisjahr 2010 unter den genannten Grenzen lagen, wird dies auch in der mittleren Frist bis 2030 gelten. Mit einer Ausnahme bleiben alle verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, die im Basisjahr 2010 über den genannten Grenzen lagen, auch in der mittleren Frist darüber. Lediglich in der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn könnte die Grenze von 12 000 Einwohnern im Jahr 2030 geringfügig unterschritten werden. Enkenbach-Alsenborn ist allerdings ohnehin der größere Fusionspartner im geplanten Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Hochspeyer.

Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Ergebnisse kleinräumiger Bevölkerungsvorausberechnungen

Bevölkerungsvorausberechnungen als Planungsgrundlagen

Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen werden von den Kommunen als Grundlage für Planungen benötigt. Neben den Infrastruktureinrichtungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Kindertageseinrichtungen, Schulen, Senioren- und Pflegeeinrichtungen sind insbesondere die Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur sowie der Gesundheitsbereich zu nennen. Darüber hinaus sind Gesamtzahl und Altersstruktur der Bevölkerung auch für die Flächennutzungsplanung (z. B. für den Wohnungsbau und die Gewerbeansiedlung) von Bedeutung.

Besondere Schwierigkeit: Schätzung der Parameter der Bevölkerungsbewegungen

Die Schwierigkeit einer Bevölkerungsvorausberechnung besteht darin, die Parameter zu schätzen, die benötigt werden, um für das jeweilige Projektionsjahr die Höhe der Geburten und Sterbefälle sowie das Ausmaß der Zuzüge und Fortzüge zu bestimmen. Diese Aufgabe ist umso schwieriger, je kleiner die Gebietseinheiten sind, für welche Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt werden sollen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Um die künftigen Geburten berechnen zu können, müssen für die Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren Geburtenziffern geschätzt werden. Für die Berechnung der Sterbefälle sind altersspezifische Sterbeziffern zu ermitteln. Beides geschieht in der Regel mithilfe von Vergangenheitswerten dieser Parameter. Je kleiner die Bevölkerung eines Gebietes und damit die Besetzung der einzelnen Altersjahre ist, desto stärker schwanken von einem Jahr zum anderen die Vergangenheitswerte der altersspezifischen Geburten- bzw. Sterbeziffern, und umso schwieriger ist es, die

Werte dieser Parameter für die Zukunft zu schätzen.

Räumliche Bevölkerungsbewegung

Noch größer sind die Schwierigkeiten bei der Abschätzung der künftigen Zu- und Fortzugsziffern, mit denen das Ausmaß der Zuzüge und der Fortzüge im Projektionszeitraum berechnet wird. Insbesondere kleinräumige Wanderungen sind schwankungsanfällig. So kann z. B. die Ausweisung eines neuen Baugebietes, die Ansiedlung oder Vergrößerung eines Gewerbebetriebs oder der Ausbau einer Verkehrsachse für eine kurze Zeit zu einem starken Anstieg der Zuzüge aus Nachbargemeinden oder auch aus weiter entfernten Gemeinden führen. Ein solcher Zuwanderungsstrom ebbt ab, wenn beispielsweise das Baugebiet ausgeschöpft ist oder der neue Gewerbebetrieb die angestrebte Zahl von Mitarbeitern eingestellt hat. Wenn in der Zeitreihe der Vergangenheitswerte eine solche kurzfristige „Spitze" aufgetreten ist, geht diese in die Vorausberechnung ein und wird in die Zukunft fortgeschrieben. Dies führt zu einer Überschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung in solchen Gebieten.

Die Entwicklung kann aber auch unterschätzt werden, wenn bereits abgeschlossene Bau- oder Ansiedlungsplanungen der Kommunen, die erst im Vorausberechnungszeitraum realisiert werden, Auswirkungen auf die zukünftigen Wanderungsströme haben. In den nur aus Vergangenheitswerten geschätzten Zu- und Fortzügen des Projektionszeitraumes sind diese bevölkerungswirksamen Planrealisationen noch nicht enthalten.

Ergänzung um Vor-Ort-Kenntnisse erforderlich

Trotz dieser Schwierigkeiten können kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen für einen mittelfristigen Zeitraum gute Planungsgrundlagen liefern, wenn sie von den Nutzern – um Vor-Ort-Kenntnisse ergänzt – interpretiert werden.

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen für die Verbandsgemeindeebene

Verbandsgemeindeergebnisse auf mittlere Variante der Kreisergebnisse abgestimmt

Um zu gewährleisten, dass die kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis zum Jahr 2030 auf die dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung abgestimmt ist, wurden die Ergebnisse der mittleren Variante für die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise auf die jeweils zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden „heruntergebrochen". Es handelt sich also um eine tiefere Regionalisierung der auf der Kreisebene bereits vorgelegten Zahlen.

Verbandsgemeindeergebnisse nur bis 2030

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgt nur für eine mittlere Frist, also bis zum Jahr 2030. Angesichts der zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen bei kleinräumigen Vorausberechnungen ist eine längerfristige Projektion nicht sinnvoll. Da die Ergebnisse der drei Varianten der Vorausberechnung auf der Kreisebene hinsichtlich der Bevölkerungszahl und -struktur mittelfristig nicht sehr stark voneinander abweichen, werden nur die Ergebnisse der mittleren Variante der Bevölkerungsprojektionen für die Verbandsgemeindeebene berechnet. Die unterschiedlichen Annahmen der drei Varianten wirken sich erst langfristig deutlicher aus.

Um die methodische Vorgehensweise zu beschreiben, wird das grundsätzliche Vorgehen bei den Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung kurz skizziert und die Verteilung der Kreisergebnisse auf die Verbandsgemeindeebene erläutert.

Methode zur Berechnung der Kreisergebnisse ...

Als Basis der Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2010. Das Jahr 2010 wird deshalb als Basisjahr bezeichnet. Für die Berechnung der künftigen Entwicklung ist die Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung gewählt worden. Sie erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Bevölkerung. In die originären Berechnungen gehen diese Daten auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise in das Modell ein.

Der Ablauf der Bevölkerungsvorausberechnung stellt sich folgendermaßen dar: Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der Sterbefälle vermindert. Die überlebenden Personen rücken anschließend in das jeweils nächste Altersjahr vor. Danach wird die Zahl der Neugeborenen errechnet. Diese bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Die Bevölkerung zum Ende des ersten Jahres der Projektion wird um die Fortzüge über die Kreisgrenzen vermindert. Die in eine kreisfreie Stadt bzw. einen Landkreis zuziehenden Personen erhöhen entsprechend die dortige Bevölkerungszahl.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum und erzeugt für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsstand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Bei der Berechnung der Bevölkerungszahlen für die Verbandsgemeindeebene wird im ersten Rechenschritt nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung – also die Geburten und Sterbefälle – einbezogen. Die Verteilung der Zuzüge und Fortzüge wird in weiteren Rechenschritten anhand des Wanderungsgeschehens auf der Verbandsgemeindeebene in der jüngeren Vergangenheit vorgenommen.

... und der Verbandsgemeindeergebnisse

Berechnung der Geburten auf der Kreisebene ...

Die Berechnung der Zahl der Geburten auf der Kreisebene erfolgt mittels altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 45-jährigen Frauen. Die Geburtenrate, die sich als Summe dieser Ziffern ergibt, ist in Rheinland-Pfalz seit drei Jahrzehnten auf dem Niveau von etwa 1,4 Neugeborenen je Frau relativ konstant. Deshalb ist in den Modellrechnungen für den gesamten Zeitraum dieser Wert unterstellt worden. Um die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen, wurden bei den Kreisberechnungen allerdings kreisspezifische Werte zugrunde gelegt.

... und Verteilung auf die Verbandsgemeindeebene

Die für die Landkreise vorausberechnete Zahl der Geburten wird für alle Projektionsjahre anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2006 bis 2010 auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Berechnung der Sterbefälle auf der Kreisebene ...

Da das Sterberisiko vom Alter abhängt, werden zur Berechnung der Zahl der Gestorbenen auf der Kreisebene altersspezifische Sterbeziffern verwendet. Darüber hinaus ist das Sterberisiko von Männern höher als das von Frauen gleichen Alters; dies erfordert auch eine geschlechtsspezifische Betrachtung. Zurückliegend lässt sich fast durchgängig über alle Altersjahre ein Rückgang der Sterbeziffern feststellen. In der mittleren Variante der Modellrechnungen ist die beobachtete Entwicklung der Sterblichkeit fortgeschrieben worden, was auf der Landes-

ebene bis 2060 zu einer Erhöhung der Lebenserwartung – sowohl bei Frauen als auch bei Männern – um etwa sieben Jahre führt.

… und Verteilung auf die Verbandsgemeindeebene

Die für die Landkreise vorausberechnete Zahl der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht wird für alle Projektionsjahre anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2006 bis 2010 auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Berücksichtigung der Wanderungen auf der Kreisebene …

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Berechnungen auf der Kreisebene und der Verbandsgemeindeebene ist die regionale Verteilung der Wanderungen. Bei den Modellrechnungen auf der Ebene der kreisfreien Städte werden nur die Wanderungen über die Kreisgrenzen berücksichtigt.

Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Aufgrund der Trennung zwischen Außen- und Binnenwanderung wird dabei zwischen Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) und Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) unterschieden. Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort zu den entsprechenden Binnenzuzügen.

Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage zur Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet, in Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet bzw. Zuzüge aus dem Ausland unterschieden und auf die kreisfreien Städte und Landkreise gemäß den bisherigen Wanderungen im Stützzeitraum verteilt.

Rechenverfahren auf der Verbandsgemeindeebene

Für jedes Projektionsjahr bis 2030 wurden drei Rechenschritte durchgeführt:

Schritt 1: Mit der jeweiligen Ausgangsbevölkerung erfolgt zunächst die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Dabei wird die in der mittleren Variante der Kreisberechnung vorausberechnete Zahl der Geburten nach Geschlecht sowie die Zahl der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2006 bis 2010 verteilt.

Schritt 2: Für jeden Landkreis werden die Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze aus der mittleren Variante der Modellrechnungen (Außenwanderung und Binnenwanderung) nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand des Wanderungsgeschehens der Jahre von 2006 bis 2010 verteilt.

Schritt 3: Für jeden Landkreis werden die Zuzüge und Fortzüge innerhalb des Landkreises (Kreisbinnenwanderung) nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand der Wanderungsverflechtungen der Jahre von 2006 bis 2010 verteilt.

… und Verteilung auf die Verbandsgemeindeebene

Um für die Verbandsgemeindeebene Ergebnisse zu erhalten, die auf die Kreisberechnungen abgestimmt sind, wird das dort ermittelte Wanderungsgeschehen bis zum Jahr 2030 zugrunde gelegt. Für die Berechnungen ist für die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise ein Verteilungsverfahren der künftigen Wanderungsströme auf die jeweils

zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden entwickelt worden. Dabei muss für jeden Landkreis zwischen den Wanderungen über seine Kreisgrenze (also den Zuzügen und Fortzügen aus dem Ausland, den anderen Bundesländern und den anderen rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten und Landkreisen) sowie den Wanderungen innerhalb des Landkreises (Kreisbinnenwanderungen) unterschieden werden.

Im Anschluss an den ersten Rechenschritt zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung werden für jeden Landkreis die Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze – getrennt nach Geschlecht und Altersjahren – anhand des Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum von 2006 bis 2010 auf die einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Bei der Berechnung der Verbandsgemeindeergebnisse muss darüber hinaus in einem dritten Rechenschritt mit der Betrachtung der Kreisbinnenwanderung, d. h. mit den Wanderungen innerhalb eines Landkreises zwischen den einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, ein zusätzlicher Aspekt berücksichtigt werden. Anhand des Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum von 2006 bis 2010 wird die durchschnittliche Verteilung in die Zukunft fortgeschrieben, und zwar nach einzelnen Altersjahren und dem Geschlecht.

Wo finden sich die Ergebnisse?

Karten auf der Verbandsgemeindeebene

Einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung im fünfjährigen Stützzeitraum von 2006 bis 2010 – hierzu ist ein Vergleich der Bevölkerungszahlen zum 31.12.2005 und zum 31.12.2010 notwendig – sowie für den Projektionszeitraum von 2010 bis 2030 in den verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden geben die Karten.

Detaillierte Ergebnisse kostenfrei im Internet

Für jeden Landkreis stehen detaillierte Ergebnisse für die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zum kostenfreien Download im Internet. Die Übersichtstabellen enthalten die Bevölkerungszahlen seit 1970, die Projektionsergebnisse bis 2030 sowie die künftige Entwicklung der Bevölkerung nach Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis unter 65 Jahre, 65 Jahre und älter) für das Basisjahr 2010 sowie für das Projektionsjahr 2030.

Darüber hinaus gibt es für jede verbandsfreie Gemeinde und Verbandsgemeinde ein Datenblatt, das neben der Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Hauptaltersgruppen auch die Entwicklungen in zehn bedarfsgerecht abgegrenzten Altersgruppen von 2010 bis 2030 enthält.

Um die Ergebnisse größenmäßig besser einordnen zu können, sind in den Datenblättern zusätzlich die Werte für den jeweiligen Landkreis und für Rheinland-Pfalz für die Jahre 2010 und 2030 dargestellt.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist im Referat „Analysen, Europa“ als Referent tätig.

Ergebnisse der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Detaillierte Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für die Verbandsgemeindeebene stehen als PDF-Dateien zum kostenfreien Download im Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes unter http://www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/demografischer-wandel/ zur Verfügung. Für jeden Landkreis sind die Ergebnisse der zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden für ausgewählte Projektionsjahre nach Altersgruppen der Bevölkerung dargestellt.

Hochschulen 2011/12

Teil 1: Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, Studienanfängerinnen und -anfänger, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen

Von Bettina Link

Die Hochschulen verzeichnen seit gut zehn Jahren einen kräftigen Anstieg der Studierendenzahlen. Ursächlich hierfür sind die demografische Entwicklung und die anhaltend steigenden Studienberechtigtenquoten. Darüber hinaus erhöhen zurzeit die Aussetzung der Wehrpflicht sowie die doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern die Studierendenzahlen zusätzlich. Für die Hochschulen ergibt sich damit die Notwendigkeit eines massiven Ausbaus der Studienkapazitäten. Zudem müssen sie ihre Bildungsangebote an eine in Bezug auf Herkunft, Alter und Vorbildung zunehmend heterogener werdende Studierendenschaft anpassen. Die Daten und Kennzahlen der amtlichen Hochschulstatistik geben Hinweise darauf, wie erfolgreich die Hochschulen mit den aktuellen Herausforderungen umgehen.

Zahl der Studierenden seit 2006 um knapp 14 Prozent gestiegen

Zahl der Studierenden auf Rekordniveau

Im Wintersemester 2011/12 erreichte die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Mehr als 117 100 Personen absolvierten ein Studium an einer der 19 Hochschulen im Land. Das waren 14 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife

In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren Zunahme der Studierendenzahlen zu rechnen. Das liegt zum einen an der demografischen Entwicklung. So verlassen derzeit die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre die weiterführenden Schulen. Zum anderen zeigen sich die Effekte eines geänderten Bildungsverhaltens. Immer mehr Schülerinnen und Schüler eines Altersjahrgangs erreichen einen Schulabschluss, der zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt. Im Jahr 2011 verließen 23 488 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen mit der Studienberechtigung. Das waren 33 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Schulentlassenen mit Hochschulzugangsberechtigung an der Bevölkerung im entsprechenden Alter, stieg im selben Zeitraum um zwölf Prozentpunkte auf nunmehr 50 Prozent. Zudem sorgen zurzeit die Aussetzung der Wehrpflicht zum Jahr 2011 sowie die doppelten Abiturjahrgänge einiger

G 1 Studienberechtigte 2001–2011 nach Geschlecht

Bundesländer für eine zusätzliche Erhöhung der Studierendenzahlen.

36 Prozent mehr Studienanfängerinnen und -anfänger als 2006

Infolge der höheren Studienberechtigtenzahlen stieg auch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger. So begannen im Jahr 2011 insgesamt 24 180 Personen ein Hochschulstudium in Rheinland-Pfalz. Das waren gut 36 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Für die Hochschulen bedeuten die zusätzlichen Studierenden zunächst eine Herausforderung. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der absehbar wachsenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften stellen die zukünftigen Akademikerinnen und Akademiker aber auch eine wichtige Grundlage zur Absicherung des gesellschaftlichen Wohlstandes und der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dar. Die Akteure der Bildungspolitik sind sich daher einig, dass die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen weiter erhöht werden soll. Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine Studienberechtigtenquote von 50 Prozent. Für die Studienanfängerquote wurden 40 Prozent und für die Absolventenquote 35 Prozent angeraten.[1]

Hochschulpakt für zusätzliche Studienplätze

Um die Hochschulen für den erwarteten Studierendenzuwachs zu rüsten, vereinbarten Bund und Länder im Jahr 2007 den Hochschulpakt 2020.

In diesem verpflichtete sich das Land Rheinland-Pfalz bis 2010 – ausgehend vom Vergleichsjahr 2005 – kumulativ 5 796 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger aufzunehmen. Für den Ausbau der Hochschulen investierte das Land bis zum Jahr 2010 rund 28 Millionen Euro aus Bundesmitteln und ebenso viel aus eigenen Mitteln.

20 000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger bis 2015

Im Jahr 2011 startete die zweite Phase des Hochschulpaktes. Sie zielt darauf ab, in den Jahren 2011 bis 2015 rund 20 000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen aufzunehmen. Auch hier gilt das Bezugsjahr

1 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, Berlin 2006.

Erläuterungen

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger allgemeinbildender und berufsbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im entsprechenden Alter an. Bis zum Berichtsjahr 2005 wurde dieser Wert mit Bezug auf die 18- bis unter 21-Jährigen ermittelt. Ab dem Berichtsjahr 2006 erfolgt die Berechnung – wie auch bei der Studienanfänger- und der Absolventenquote – nach dem sogenannten Quotensummenverfahren. Das neue Verfahren führt zu belastbareren Ergebnissen, die nicht von Ausreißern in der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst werden.

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder das Land des Studienortes gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren.

Absolventenquote

Die Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren.

Erfolgsquote

Die Erfolgsquote gibt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben, an den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Studienjahres an. Bei der Berechnung werden sowohl Studienfach- und Prüfungsgruppenwechsel als auch die Abschlusswahrscheinlichkeit der im Berichtsjahr noch Studierenden berücksichtigt.

Fach- und Gesamtstudiendauer

Die Fachstudiendauer gibt die durchschnittliche Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss benötigt werden. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem verbracht werden.

Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängerinnen und -anfängern,
- Studierenden, Gasthörerinnen und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen und
- Hochschulfinanzen

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bildung/.

T 1 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2001–2011 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte			Studienberechtigtenquote (neu): Berechnung nach dem Quotensummenverfahren			Studienberechtigtenquote (alt): Studienberechtige im Verhältnis zum Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			%		
2001	15 912	8 449	7 463	.	.	.	35,2	38,4	32,2
2002	16 623	8 933	7 690	.	.	.	36,9	40,6	33,5
2003	16 912	9 162	7 750	.	.	.	38,0	42,0	34,1
2004	17 194	9 231	7 963	.	.	.	37,9	41,6	34,4
2005	16 861	8 985	7 876	.	.	.	36,4	39,6	33,3
2006	17 631	9 635	7 996	37,7	41,9	33,7	36,6	40,7	32,7
2007	19 855	10 727	9 128	41,3	45,3	37,6	41,0	45,1	37,0
2008	21 201	11 450	9 751	43,8	48,2	39,7	43,5	48,1	39,1
2009	21 881	11 795	10 086	45,3	49,9	40,9	45,4	50,4	40,8
2010	22 967	12 420	10 547	47,7	53,0	42,8	48,2	53,2	43,3
2011	23 488	12 796	10 692	49,8	55,4	44,3	50,7	56,6	45,0

2005. Hierbei soll der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an Fachhochschulen und in naturwissenschaftlichtechnischen Fächern erhöht werden. Zudem wird mit der zweiten Phase des Hochschulpaktes eine qualitative Weiterentwicklung in den Hochschulen angestrebt. Dies betrifft unter anderem die Sicherung und Entwicklung der Qualität von Studium und Lehre sowie die Förderung von Frauen und der sozialen Vielfalt und Attraktivität der Hochschulen. Für die zweite Hälfte des Hochschulpaktes stehen voraussichtlich insgesamt 200 Millionen Euro aus Bundes- und ebenso viel aus Landesmitteln zur Verfügung.[2]

Studienanfängerquote steigt auf 50 Prozent

Studienanfängerquote seit 2006 um zwölf Prozentpunkte gestiegen

Die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger in Rheinland-Pfalz an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes, lag im Jahr 2011 bei 50 Prozent und damit zwölf Prozentpunkte höher als im Jahr 2006. Der Wert liegt somit über der von der Bundesregierung angestrebten Quote von 40 Prozent. Dieser im Bundesvergleich überdurchschnittliche Wert geht zu einem wesentlichen Teil auf die Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer zurück, die zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen und ist ein Indiz für die überregionale Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen.

Studierneigung in Rheinland-Pfalz erhöht

Von den Personen, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangten, begannen im vergangenen Jahr 43 Prozent ein Studium an einer deutschen Hochschule. Im Vergleich zum Jahr 2006 ist somit ein deutlicher Anstieg der Studierneigung der rheinland-pfälzischen „Landeskinder" festzustellen (+13 Prozentpunkte).

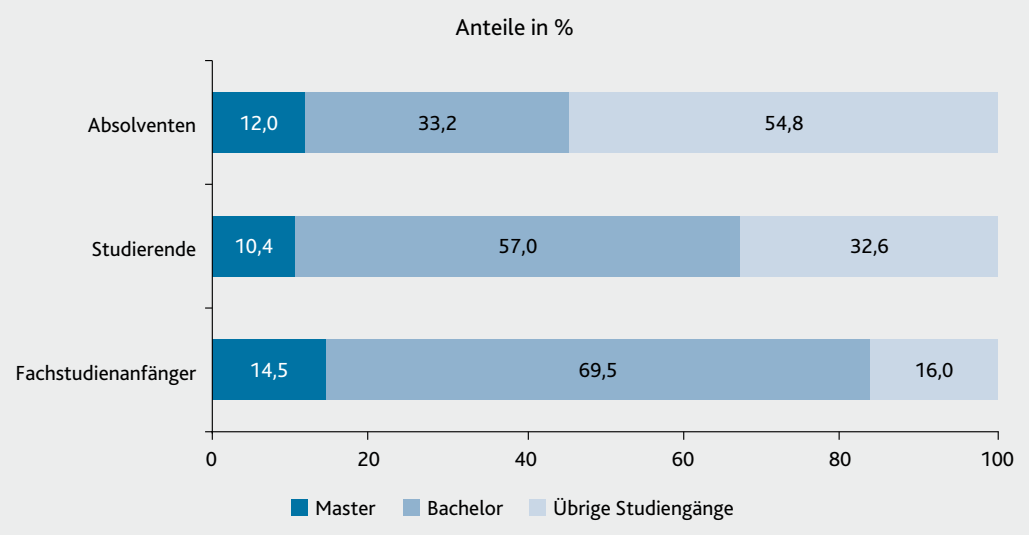
Studium ohne Abitur

Hochschulen öffnen sich für beruflich Qualifizierte

Bereits seit Mitte der 90er-Jahre gibt es in Rheinland-Pfalz für Personen ohne Abitur oder Fachhochschulreife vergleichsweise liberale Regelungen zur Aufnahme eines Hochschulstudiums. Angetrieben durch

2 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur: „Hochschulpakt sichert gute Studienbedingungen – Bologna-Prozess erfolgreich weiterentwickelt", Pressemitteilung vom 28.10.2010.

G 2 Fachstudienanfängerinnen und -anfänger, Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen 2011 nach angestrebtem Abschluss



die demografische Entwicklung, den wachsenden Bedarf an Fachkräften sowie durch den Druck internationaler Vergleiche und europäischer Bildungsreformen gewann die Diskussion um den Hochschulzugang für sogenannte „Beruflich Qualifizierte" zunehmend auch auf Bundesebene an Bedeutung. Im Jahr 2009 führte ein Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) in den meisten Bundesländern zur Öffnung der Hochschulen für Personen mit beruflicher Aufstiegsfortbildung (z. B. Meisterabschluss) sowie für Absolventinnen und Absolventen einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung.[3]

Zulassungsvoraussetzungen für beruflich Qualifizierte weiter gelockert

Mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes im Jahr 2010 übernahm Rheinland-Pfalz die Regelungen für beruflich Hochqualifizierte vollständig. Darüber hinaus wurden die Zulassungsvoraussetzungen für Absolventinnen und Absolventen einer Berufsausbildung gelockert. So werden im Land lediglich zwei Jahre Berufserfahrung gefordert, die zudem keine fachliche Nähe zum Studium aufweisen muss. Auch ein Probestudium oder ein Eignungstest sind keine Voraussetzung für die Aufnahme eines (beliebigen) Fachhochschulstudiums oder eines ausbildungsbezogenen wissenschaftlichen Hochschulstudiums. Vorausgesetzt wird allerdings ein Berufsabschluss mit einem Notenschnitt von mindestens 2,5.

Fünf Fachhochschulen nehmen am Modellversuch teil

Darüber hinaus läuft derzeit noch bis einschließlich Wintersemester 2012/13 an fünf Fachhochschulen in ausgewählten Studiengängen ein Modellversuch. Für diese Studiengänge wird bei Studieninteressierten im Anschluss an eine Berufsausbildung auf die sonst geforderte zweijährige Berufserfahrung verzichtet. Dem Studium muss eine umfassende Beratung durch die Hochschule vorausgehen.

Im Wintersemester 2011/12 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen 1 216 Personen eingeschrieben, die ihre Hochschulzugangsberechtigung über eine entsprechende berufliche Ausbildung oder Tätigkeit erlangt hatten. Gut die Hälfte die-

3 Nickel, Sigrun und Duong, Sindy (Zentrum für Hochschulentwicklung), Studieren ohne Abitur: Monitoring der Entwicklungen in Bund, Ländern und Hochschulen, Gütersloh 2012.

T 2 Eckdaten zu Studierenden und Studienanfängern 2001–2011 nach Geschlecht

Jahr[1]	Hochschulstandort Rheinland-Pfalz						Studienanfängerquote					
	Studierende			Studienanfänger			am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz			der rheinland-pfälzischen Studierenden in Deutschland		
	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer
	Anzahl						%					
2001	85 881	42 284	43 597	16 355	8 623	7 732	36,6	39,1	34,4	29,1	28,5	29,7
2002	91 123	45 522	45 601	17 841	9 484	8 357	39,2	42,4	36,3	31,0	31,7	30,5
2003	96 139	47 821	48 318	18 030	9 033	8 997	39,4	40,2	38,7	31,8	30,5	33,1
2004	99 138	49 431	49 707	17 807	8 979	8 828	39,0	40,0	38,1	30,6	29,6	31,6
2005	101 845	50 770	51 075	17 535	8 931	8 604	38,4	39,8	37,1	30,5	29,8	31,2
2006	103 156	51 723	51 433	17 725	9 404	8 321	38,4	41,3	35,7	30,0	30,7	29,3
2007	105 630	53 396	52 234	19 222	10 158	9 064	40,7	43,4	38,1	31,4	31,8	31,1
2008	107 116	54 181	52 935	20 004	10 427	9 577	41,7	43,9	39,7	34,4	34,1	34,7
2009	109 478	55 438	54 040	20 842	10 926	9 916	43,3	46,1	40,7	35,4	35,7	35,2
2010	113 069	57 405	55 664	22 161	11 667	10 494	45,9	49,3	42,8	37,9	38,0	37,9
2011	117 105	58 654	58 451	24 180	11 689	12 491	50,2	49,6	50,7	43,4	40,4	46,4

1 Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester.

ser Studierenden absolvierte Fächer der Studienbereiche „Wirtschaftswissenschaften“ (243), „Sozialwesen“ (149), „Maschinenbau und Verfahrenstechnik“ (140) sowie „Erziehungswissenschaften“ (115).

Die meisten beruflich qualifizierten Studierenden gab es an der Universität Mainz sowie an den Fachhochschulen in Koblenz und Ludwigshafen.

Umsetzung der Bologna-Reform fast abgeschlossen

95 Prozent aller Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt

Die infolge der Bologna-Erklärung begonnene Umstellung der Studiengänge auf ein zweistufiges System aus Bachelor- und Master-Studiengängen ist nahezu umgesetzt. Im Wintersemester 2011/12 waren nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz 95 Prozent aller Studiengänge in Rheinland-Pfalz auf das neue Bachelor- und Mastersystem umgestellt (Deutschland: 85 Prozent).[4]

4 Hochschulrektorenkonferenz, Statistische Daten zu Bachelor- und Masterstudiengängen, Bonn 2011.

Im Jahr 2011 begannen mehr als acht von zehn Studierenden im ersten Fachsemester ein auf die Erlangung des Bachelor- oder Masterabschlusses ausgerichtetes Studium. Unter den Absolventinnen und Absolventen lag der Anteil der Bachelor- und Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2011 bei 45 Prozent. Deutliche Unterschiede bezüglich der Umstellung gab es zwischen den verschiedenen Hochschularten. An den Fachhochschulen war die Umstellung am weitesten vorangeschritten. Hier befanden sich im Jahr 2011 bereits 97 Prozent aller Studierenden im ersten Fachsemester in einem Bachelor- oder Masterstudiengang. An wissenschaftlichen Hochschulen betrug dieser Anteil 77 Prozent.

Absolventinnen und Absolventen werden jünger

14 425 Studierende schließen Erststudium erfolgreich ab

Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren ebenfalls merklich gestiegen. Im Prüfungsjahr 2011

T 3 Eckdaten zu Absolventen 2001–2011 nach Geschlecht

Jahr[1]	Absolventen[2]			Absolventenquote[2]			Durchschnittsalter bei Erstabschluss			Mittlere Fachstudiendauer[2] (Median)		
	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			Jahre			Fachsemester		
2001	8 531	4 199	4 332	18,2	18,7	17,6	28,0	27,3	28,7	9,8	9,6	10,1
2002	7 909	4 072	3 837	17,2	18,3	16,2	28,0	27,4	28,6	9,9	9,9	10,1
2003	8 374	4 464	3 910	18,3	19,9	16,7	28,1	27,5	28,7	9,8	9,7	9,9
2004	8 893	4 813	4 080	19,6	21,3	17,8	27,7	27,2	28,3	9,5	9,3	9,8
2005	10 008	5 391	4 617	21,9	23,7	20,2	27,6	27,1	28,1	9,5	9,4	9,6
2006	9 937	5 500	4 437	21,5	23,8	19,3	27,6	27,2	28,0	9,5	9,4	9,7
2007	11 198	6 183	5 015	24,0	26,5	21,6	27,5	27,2	27,9	9,4	9,3	9,5
2008	12 077	6 669	5 408	25,9	28,6	23,2	27,5	27,2	27,9	9,5	9,5	9,6
2009	12 898	6 877	6 021	27,9	29,9	26,0	27,2	26,9	27,6	9,4	9,3	9,4
2010	12 992	7 178	5 814	28,2	31,3	25,1	27,1	26,7	27,4	9,1	9,0	9,3
2011	14 425	8 025	6 400	31,1	34,8	27,4	26,8	26,4	27,2	8,6	8,5	8,8

1 Prüfungsjahr. – 2 Erstabsolventen.

– also im Wintersemester 2010/11 und im Sommersemester 2011 – schlossen 14 425 Studierende ein erstes Studium erfolgreich ab. Gegenüber 2006 ist das ein Zuwachs um 45 Prozent. Die Absolventenquote erhöhte sich seit dem Jahr 2006 um 9,6 Prozentpunkte auf 31 Prozent im Jahr 2011.

Neues Verfahren ermöglicht Berechnung der Erfolgsquoten

Wie effektiv die Hochschulen ihre Studierenden zum Hochschulabschluss führen, zeigt sich an der sogenannten Erfolgsquote. Die Erfolgsquote beschreibt den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger eines bestimmten Studienjahres, die ihr Studium bis zum Berichtsjahr abgeschlossen haben (bzw. noch abschließen werden), an allen Studienanfängerinnen und -anfängern dieses Studienjahres. Da die Studierenden- und die Prüfungsstatistik keine Merkmale zum Studienverlauf enthalten, sind die Aussagen zum Studienerfolg allerdings nicht direkt aus den Daten ablesbar. Das Statistische Bundesamt hat daher ein Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Erfolgsquote entwickelt.

Drei von Vier Studierenden erlangen Studienabschluss

Diese Berechnung basiert auf einer Verknüpfung der Datensätze der Prüfungsstatistik und jenen der Studierendenstatistik. Berücksichtigt wird auch die Abschlusswahrscheinlichkeit der Studierenden, die bis zum Berichtsjahr noch keinen Abschluss erlangt haben.[5] Für den Studienanfängerjahrgang 2002 hat das Statistische Bundesamt bundesweit eine Erfolgsquote von 75 Prozent ermittelt. Das heißt, dass etwa drei von vier Studienanfängerinnen und -anfängern des Jahres 2002 ihr Studium auch beendet haben bzw. voraussichtlich noch beenden werden. Für Studierende in Rheinland-Pfalz lag die Erfolgsquote mit 76 Prozent etwas höher. Deutliche Unterschiede gab es zwischen den einzelnen Fächergruppen, den Hochschularten sowie zwischen Frauen und Männern. Ergebnisse nach diesen Untergliederungen liegen leider nur auf Bundesebene vor. In Deutschland lag die Erfolgsquote des Jahres 2002 am höchsten in der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (95 Prozent). Deutlich geringer war sie dagegen in der Fächergruppe Mathe-

5 Statistisches Bundesamt, Bildung und Kultur, Erfolgsquoten 2010, Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 1999 bis 2002, Wiesbaden 2012.

matik/Naturwissenschaften (65 Prozent). Fachhochschulen führten 83 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger zum Abschluss, an Universitäten lag dieser Wert bei 70 Prozent.

Ein wichtiges Thema in der hochschulpolitischen Diskussion ist neben den Absolventenzahlen und den Erfolgsquoten die Studiendauer, da von ihr unter anderem auch der finanzielle Aufwand für ein Studium abhängt.

Absolventinnen und Absolventen im Durchschnitt 26,8 Jahre alt

Für den erfolgreichen Berufseinstieg der Absolventinnen und Absolventen spielt zudem das Alter bei Erreichen des Studienabschlusses eine wichtige Rolle. Die Absolventinnen und Absolventen des Jahrganges 2011 erreichten ihren Erstabschluss nach einer mittleren Fachstudiendauer von 8,6 Semestern im Alter von 26,8 Jahren und damit früher als in der Vergangenheit.

Durch die zunehmende Etablierung der neuen Bachelorabschlüsse ist mit einer weiteren Verringerung der mittleren Studiendauer und des Alters der Erstabsolventen zu rechnen. Das Bachelorstudium führt üblicherweise bereits nach einer Regelstudienzeit von sechs bis sieben Semestern zu einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss. Bei den klassischen Magister- und Diplomstudiengängen beträgt die Regelstudienzeit demgegenüber sieben bis zwölf Semester.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat „Bildung“.

Vorschau

In der nächsten Ausgabe des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse der Hochschulstatistik 2010/11 vorgestellt. Die Schwerpunkte werden bei den sogenannten MINT-Fächern, dem Studierendenwanderungsverhalten sowie den Entwicklungen beim Hochschulpersonal und der Hochschulfinanzierung liegen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

Überraschender Anstieg des ifo Geschäftsklimaindex

ifo Geschäftsklima steigt, ZEW Konjunkturerwartungen fallen

Die Talfahrt des ifo Geschäftsklimaindex für die deutsche Wirtschaft ist beendet. Nach sechs Rückgängen in Folge ist der Index im November von 100 auf 101,4 Punkte geklettert. Konjunkturexperten hatten mit einer weiteren Eintrübung gerechnet. Die Unternehmen waren sowohl mit ihrer aktuellen Geschäftslage als auch mit den Aussichten für die kommenden sechs Monate zufriedener als noch im Vormonat. Die Stimmung hat sich in allen vier Bereichen der gewerblichen Wirtschaft (verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Groß- und Einzelhandel) verbessert.

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland haben sich dagegen wieder verschlechtert, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Monaten günstiger ausgefallen waren. Der Indikator ist im November um 4,2 Punkte auf minus 15,7 Punkte gefallen. Begründet wird dies mit schwachen Frühindikatoren, wie z. B. den Auftragseingängen im verarbeitenden Gewerbe.

Konsumklima eingetrübt

Die Kauflaune der Verbraucher in Deutschland trübt sich ausgerechnet in der Vorweihnachtszeit ein. Die GfK prognostiziert für Dezember einen Indexwert von 5,9 und damit gegenüber November ein Minus von 0,2 Punkten. Die Einkommenserwartung der Verbraucher und ihre Ausgabenbereitschaft haben sich verschlechtert; die Konjunkturerwartungen legten dagegen leicht zu.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe sinkt; Auftragseingänge stagnieren

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten einen Rückgang der Produktion; davon sind alle drei großen Industriebranchen des Landes betroffen. Die Auftragslage verbessert sich geringfügig, wobei sie von einem kräftigen Rückgang der Bestellungen in der Konsumgüterindustrie belastet wird.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: –2,5 Prozent

Im Berichtsmonat September 2012 sank der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex der Industrie im Vergleich zum Vormonat um 2,5 Prozent und signalisiert damit für das verarbeitende Gewerbe insgesamt einen Outputrückgang. Im Vorjahresvergleich sank der Güterausstoß im September um 4,1 Prozent.

Produktionsrückgang in der Vorleistungsgüterindustrie

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2011: 56 Prozent). Im September 2012 verringerte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 1,7 Prozent. Im Vorjahresvergleich schwächt sich die Produktion schon seit Oktober 2011 ab (gegenüber September 2011: –6,1 Prozent).

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 26 Prozent) verbuchte im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang ihrer Produktion um 5,8 Prozent. Im Vorjahresvergleich verzeichnete sie erstmals seit März 2010 ein Minus (gegenüber September 2011: –2,5 Prozent).

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 18 Prozent) verringerte sich der bereinigte Produktionsindex im September um 3,3 Prozent. Im Vorjahresvergleich sank der Güterausstoß um 4,5 Prozent.

Produktionsrückgang in allen drei großen Branchen des verarbeitenden Gewerbes

In der chemischen Industrie, der größten Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 32 Prozent), werden überwiegend Vorleistungsgüter hergestellt. Ihre Produktion verringerte sich im September preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,7 Prozent. Auch im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier im Berichtsmonat eine kräftige Verringerung des Güterausstoßes (–7,7 Prozent).

Von den Investitionsgüterproduzenten verzeichnete der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent) einen deutlichen Outputrückgang. Im September waren es preis-, kalender- und saisonbereinigt elf Prozent. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Güterausstoß um 2,8 Prozent.

Auch im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, sank die Produktion im September (–3 Prozent gegenüber dem Vormonat). Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine deutliche Verringerung um 6,6 Prozent.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stagnieren

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im September 2012 stagnierten die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum August (+0,3 Prozent). Während die Inlandsnachfrage stieg (+4,1 Prozent), verringerte sich die Auslandsnachfrage (–2,6 Prozent). Im Vorjahresvergleich überwog der Zuwachs der Aufträge aus dem Ausland (+1,8 Prozent gegenüber September 2011) den geringfügigen Rückgang der Bestellungen aus dem Inland (–0,1 Prozent). Dadurch gingen im Berichtsmonat ein Prozent mehr Aufträge ein als im September 2011.

Sinkende Aufträge in der Konsumgüterindustrie

In der Vorleistungsgüterindustrie (+2,1 Prozent) und der Investitionsgüterindustrie (+1,3 Prozent) stiegen die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt. Dagegen verbuchte die Konsumgüterindustrie einen kräftigen Rückgang der Auftragseingänge (–11 Prozent). Im Vorjahresvergleich ergab sich in der Vorleistungsgüterindustrie ein Auftragsplus (+8,4 Prozent), während die Investitionsgüterhersteller (–5 Prozent) und die Produzenten von Konsumgütern (–6,3 Prozent) sinkende Auftragseingänge verzeichneten.

Steigende Auftragseingänge in der chemischen Industrie

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verbesserung ihrer Auftragslage im Vergleich zum Vormonat um 1,2 Prozent. Während sich die Nachfrage aus dem Inland (+5,9 Prozent) erhöhte, verringerten sich die Auslandsbestellungen (–1,3 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte kräftig steigende Bestellungen (+15 Prozent).

Leicht steigende Nachfrage im Fahrzeugbau

Im Fahrzeugbau verbesserte sich die Auftragslage im September preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,8 Prozent. Die Aufträge aus dem Ausland sanken zwar (–5,1 Prozent), dafür nahm aber die Inlandsnachfrage kräftig zu (+6,2 Prozent). Im Vorjahresvergleich zum September 2011 ergab sich dagegen ein Rückgang von 4,7 Prozent.

Maschinenbau: Auftragsplus

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsplus von 6,5 Prozent. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland (+6,6 Prozent) als auch aus dem Ausland (+6,3 Prozent) verbesserte sich. Im Vorjahresvergleich gehen die Bestellungen

in dieser Branche bereits seit Dezember 2011 zurück (gegenüber September 2011: –3,7 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter im Plus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +2,8 Prozent

Im Bauhauptgewerbe ist der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im August 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,8 Prozent gestiegen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nehmen bereits seit Januar 2011 ununterbrochen zu.

Auftragseingänge im Hochbau: +7,8 Prozent

Die Zuwächse sind im Wesentlichen auf die gute Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen, der weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen und den wachsenden Sorgen um die Geldwertstabilität profitiert. Der Hochbau insgesamt konnte im August 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen Auftragszuwachs von 7,8 Prozent verbuchen. Davor hatte es von April bis Juli ebenfalls deutliche Verbesserungen in einem Bereich von sechs bis 9,7 Prozent gegeben.

Auftragseingänge im Tiefbau: –1,3 Prozent

Im Tiefbau gingen die Auftragseingänge im Berichtsmonat im Vorjahresvergleich dagegen um 1,3 Prozent zurück. Davor war es bereits von April bis Juli zu sinkenden Auftragseingängen zwischen zwei und 6,7 Prozent gekommen.

Im Bauhauptgewerbe ist zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten beeinflusst sein können.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um 6,3 Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator der Baukonjunktur, ist im August 2012 um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Von Mai bis Juli waren Zuwächse zwischen 7,8 und 13 Prozent registriert worden, nachdem es seit Dezember 2011 Rückgänge gegeben hatte.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Beurteilung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge messen den Verlauf der Industriekonjunktur. Die Originalwerte dieser Indizes werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung im verarbeitenden Gewerbe Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Baugewerbe und Handel wird der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** der Originalwerte verwendet.

Umsatzrückgänge im Einzelhandel und Gastgewerbe

Das getrübte Konsumklima spiegelt sich in den Umsätzen des Einzelhandels und des Gastgewerbes wider. Für den Großhandel und Kfz-Handel liegen aufgrund einer Umstellung der Erhebung für den aktuellen Berichtsmonat keine Werte vor.

Umsatz im Einzelhandel sinkt

Die geglätteten preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im August 2012 ein Minus von 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im August gegenüber dem Vorjahreswert um 6,3 Prozent. Damit gehen die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich bereits seit März zurück.

Jahresteuerungsrate im November bei zwei Prozent

Verlangsamter Anstieg der Energiepreise trägt zur Abschwächung der Teuerung bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im November 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um zwei Prozent. Davor hatte der Anstieg der Jahresteuerungsrate von August bis Oktober (jeweils +2,3 Prozent) die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke übertroffen. Zu der Abschwächung des Preisauftriebs trugen vor allem die im Vorjahresvergleich verlangsamte Teuerung für Kraftstoffe (+2,5 Prozent) sowie für Heizöl (+5,3 Prozent) bei. Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel" wies einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" (+4,2 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Bildungswesen" (+3,2 Prozent) sowie Gesundheitspflege (+2,8 Prozent) überdurchschnittlich. In der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung" (–1,3 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im November erneut gesunken

Arbeitslosigkeit sinkt gegenüber Vormonat um 0,2 Prozent

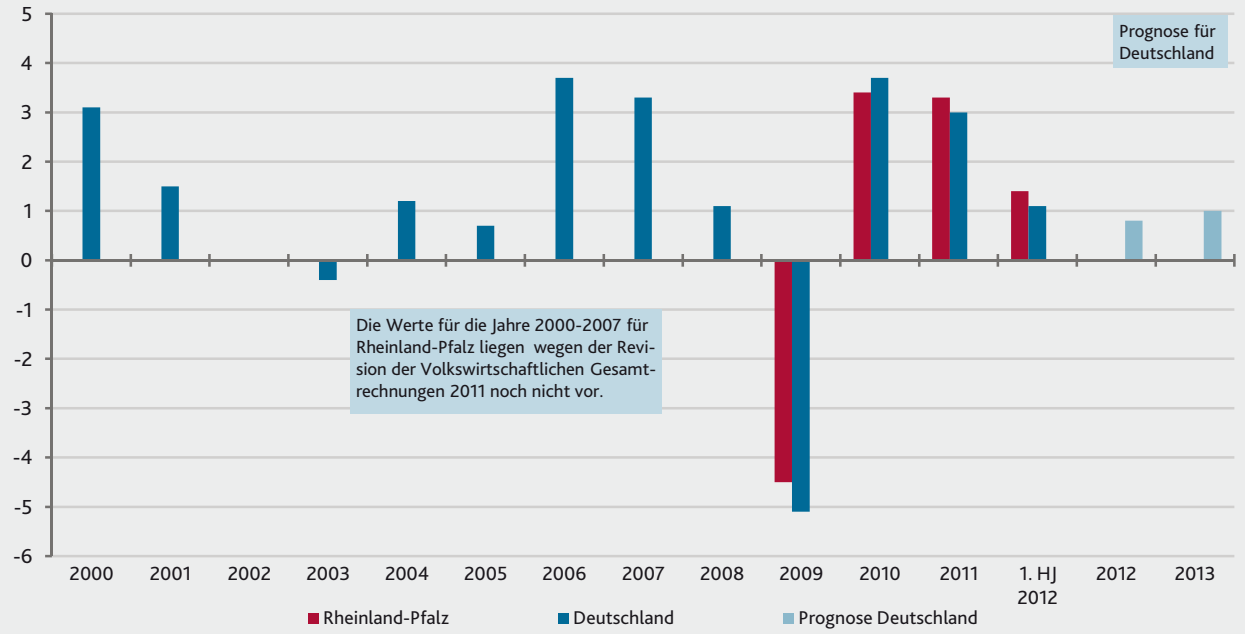
Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz im November erneut gesunken, nachdem sie bereits im Oktober zurückgegangen war. Diese erfreuliche Entwicklung ist vor allem auf die Neuansiedlung eines großen Unternehmens in der Region Koblenz und auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung zurückzuführen. Nach Mitteilung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Berichtsmonat 104 500 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind rund 200 bzw. 0,2 Prozent weniger als im Vormonat. Im Vergleich zum November 2011 hat sich die Arbeitslosenzahl allerdings um 3 300 Personen erhöht (+3,2 Prozent).

Arbeitslosenquote bei 4,9 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich im November 2012 im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent. Im November 2011 hatte sie noch bei 4,8 Prozent gelegen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa"; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

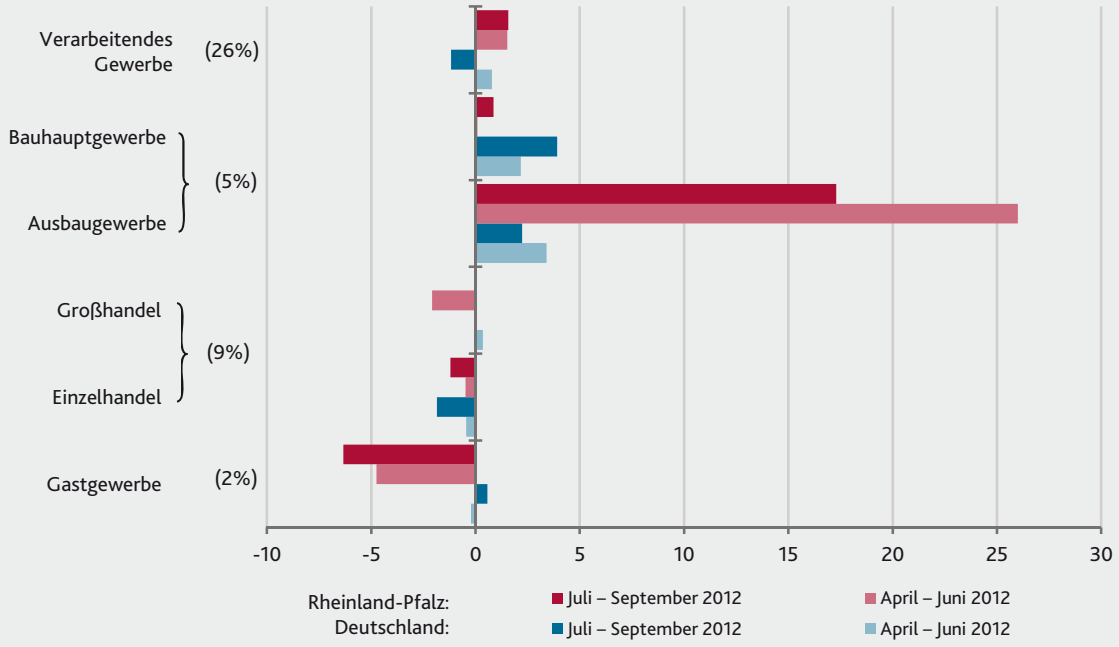
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 2000 bis 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2012; 1. HJ 2012 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012; nächster Forschungstermin im März 2013. Quelle Prognosewert 2012/2013: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

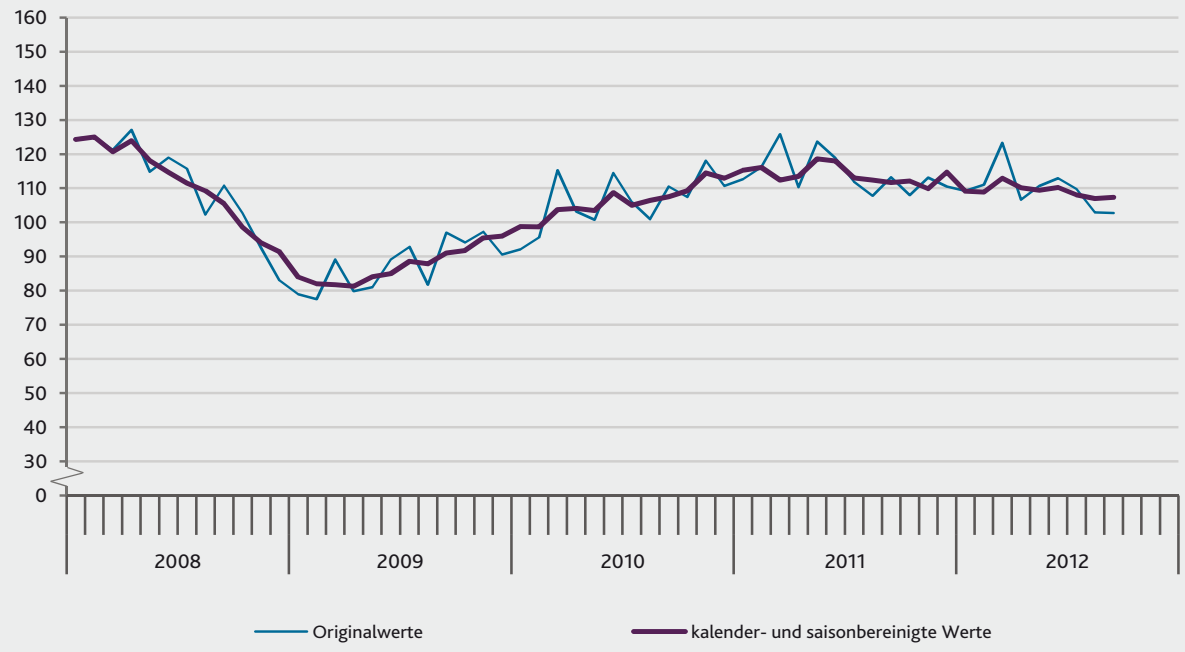
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2,3,4] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2011. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – 4 Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

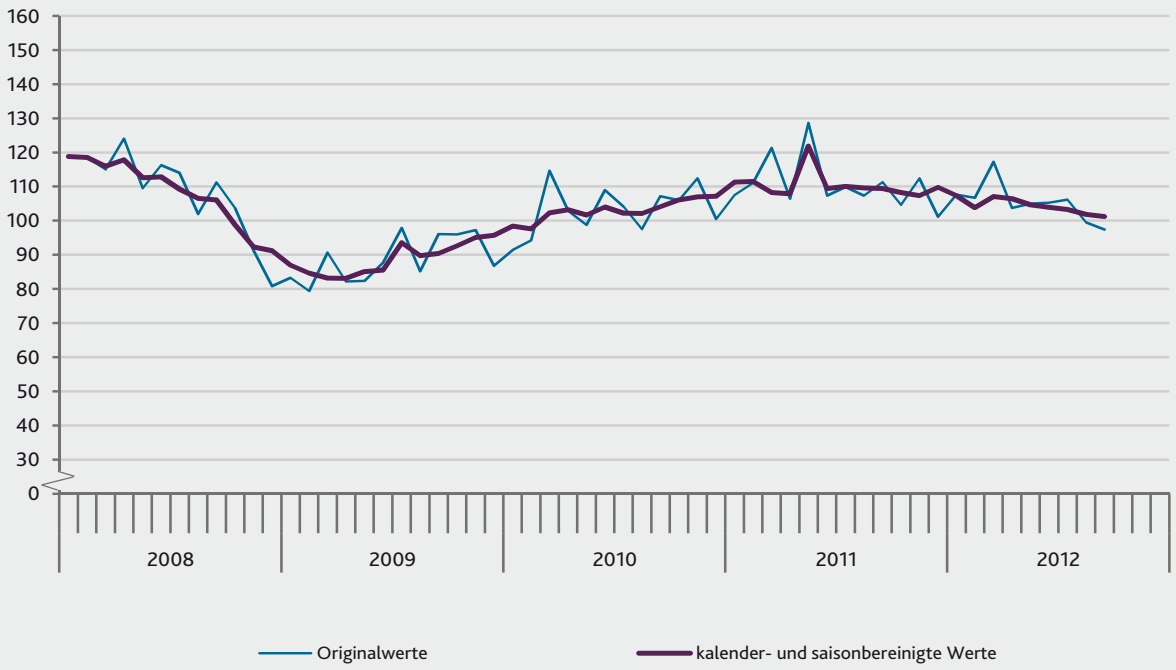
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



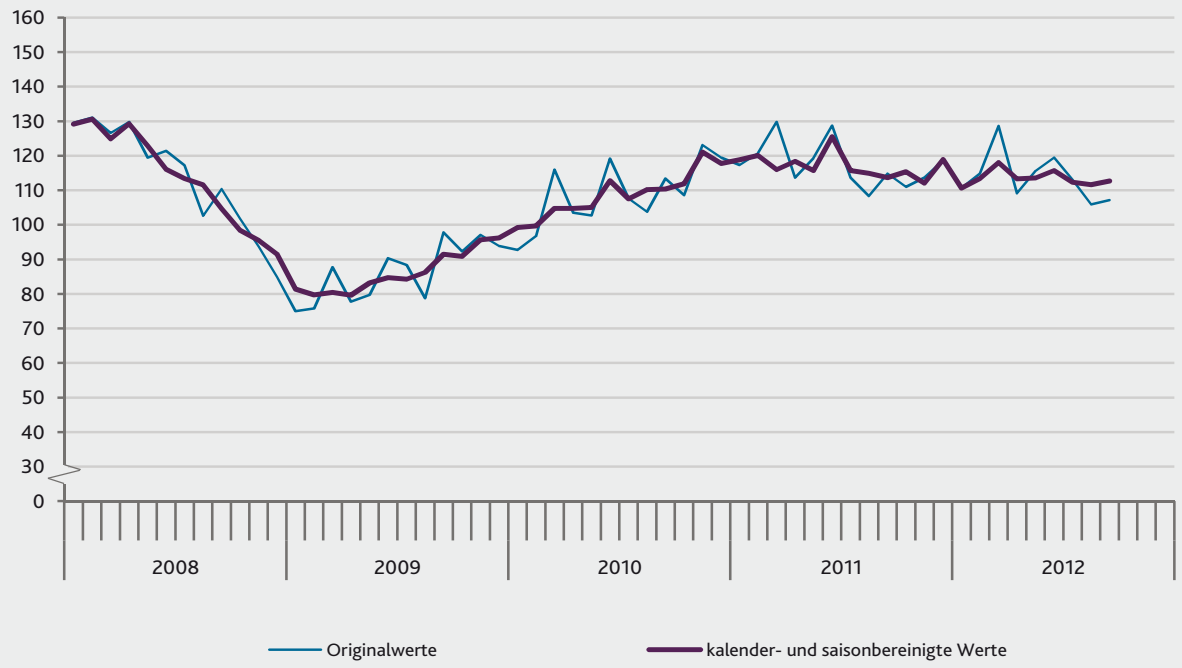
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



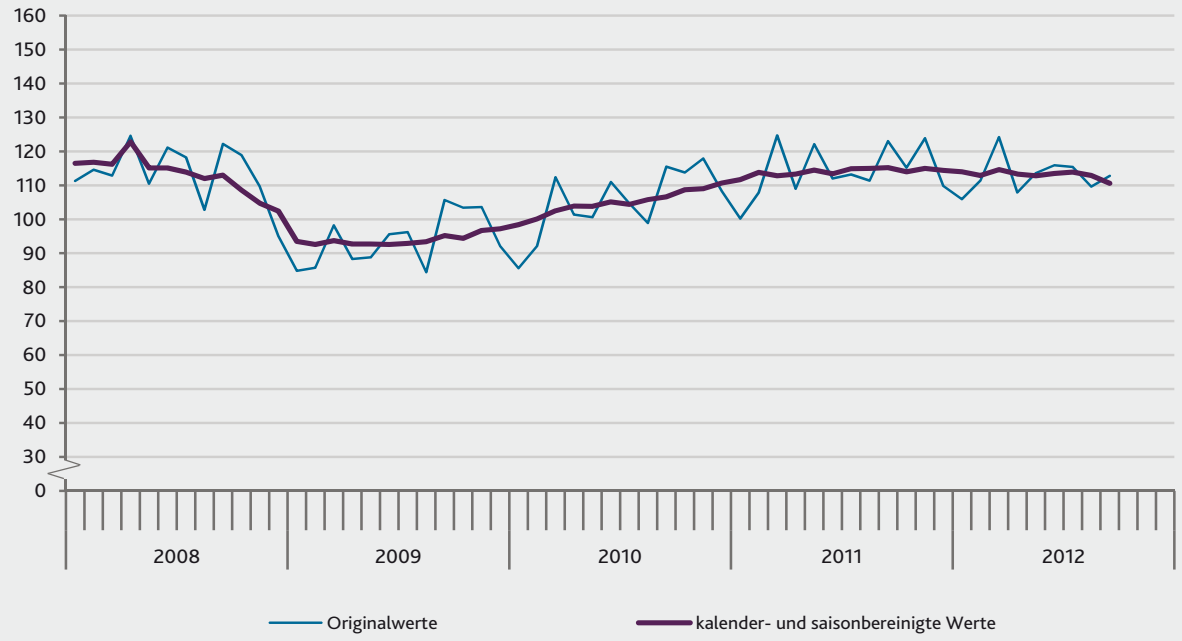
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



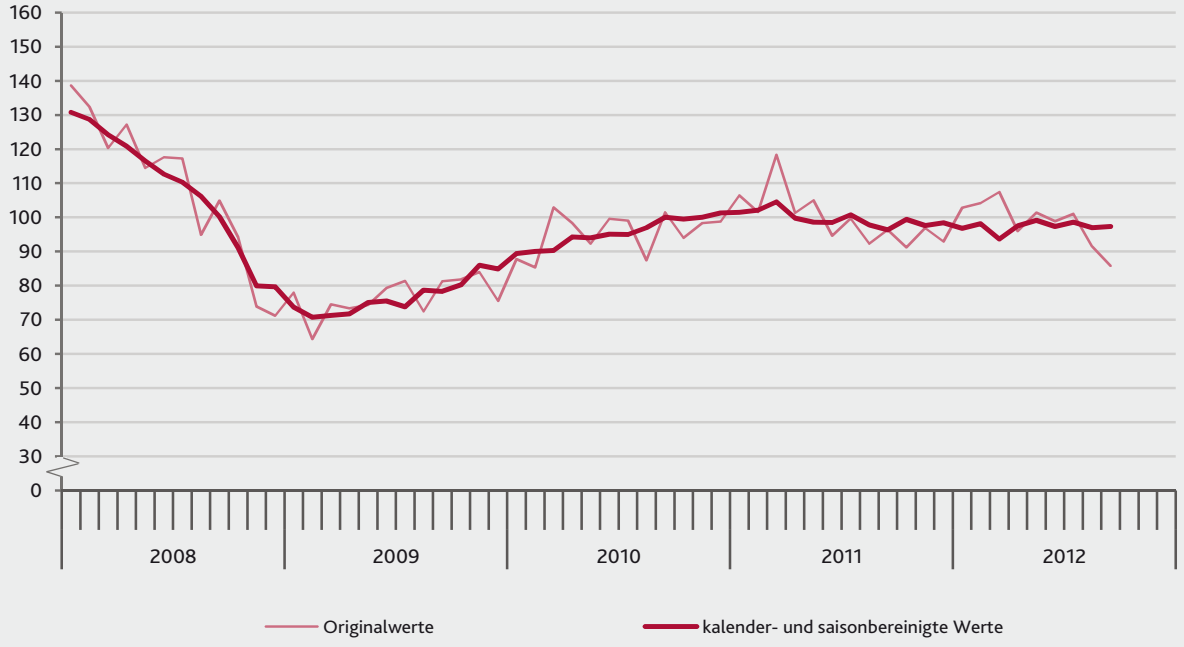
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



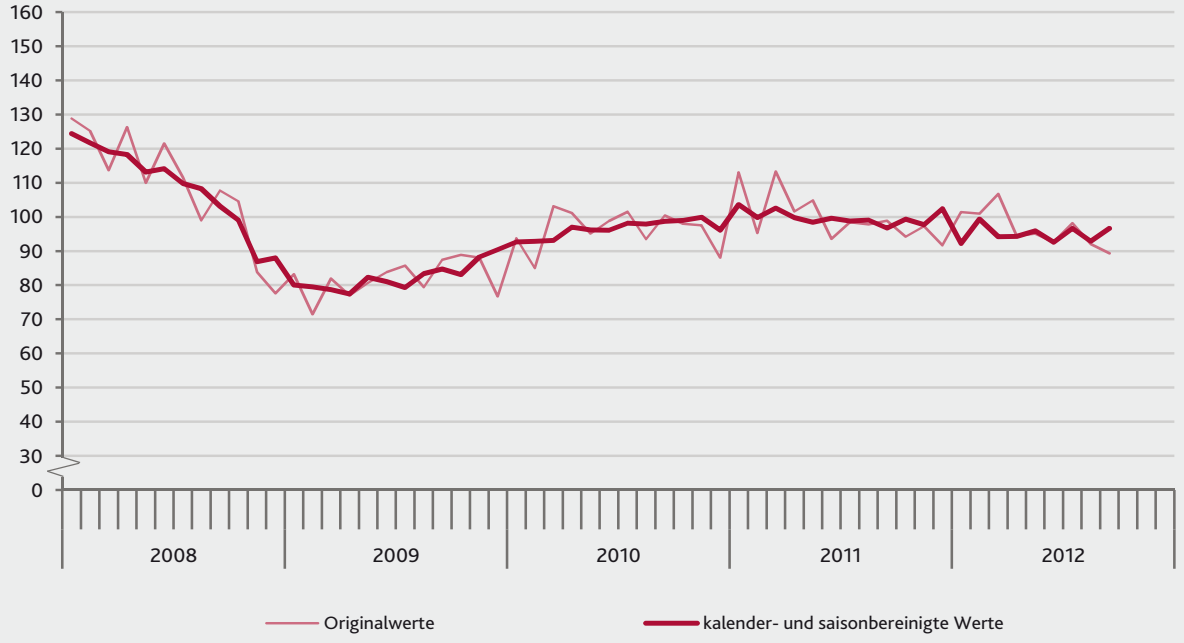
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



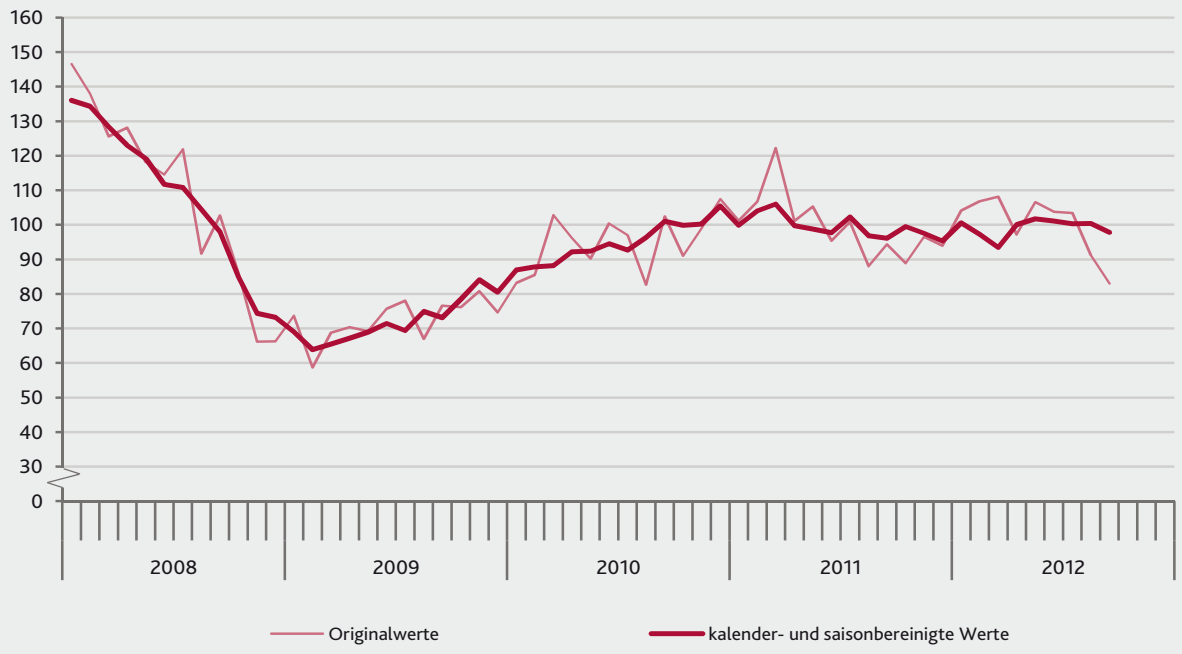
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



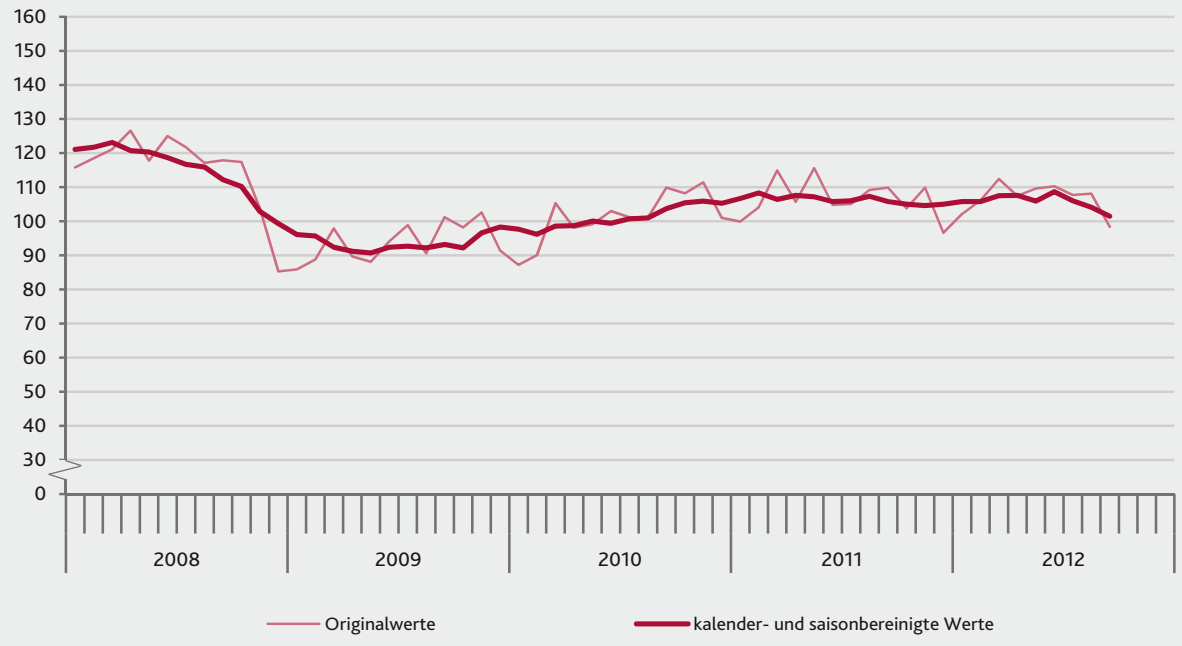
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



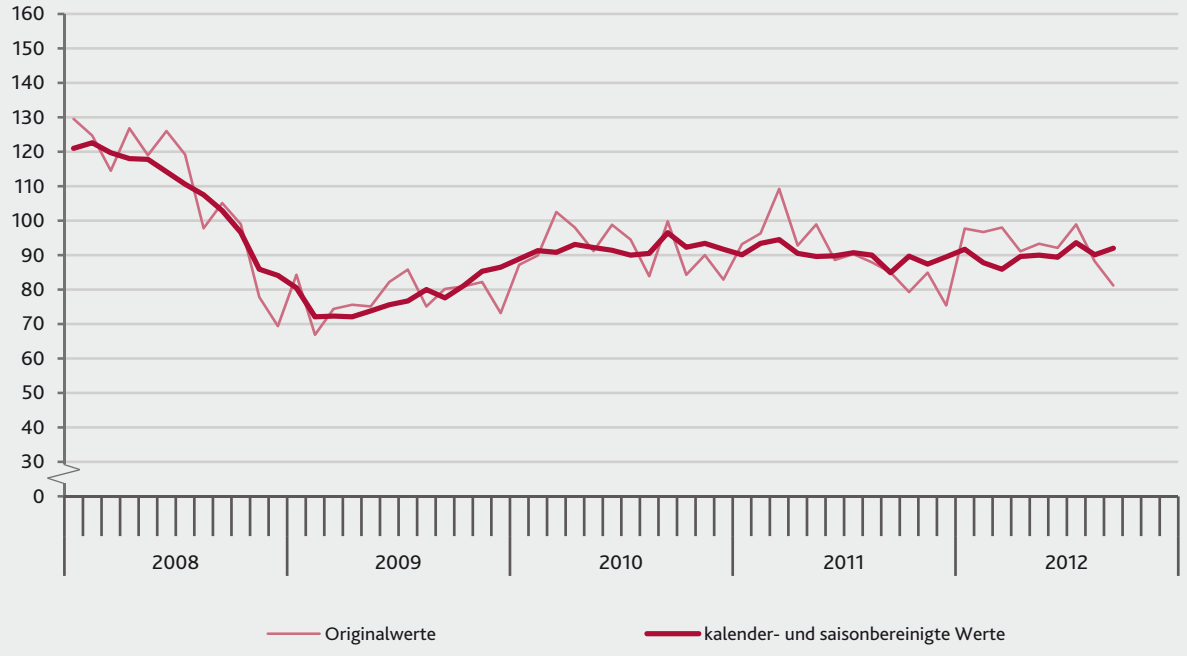
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



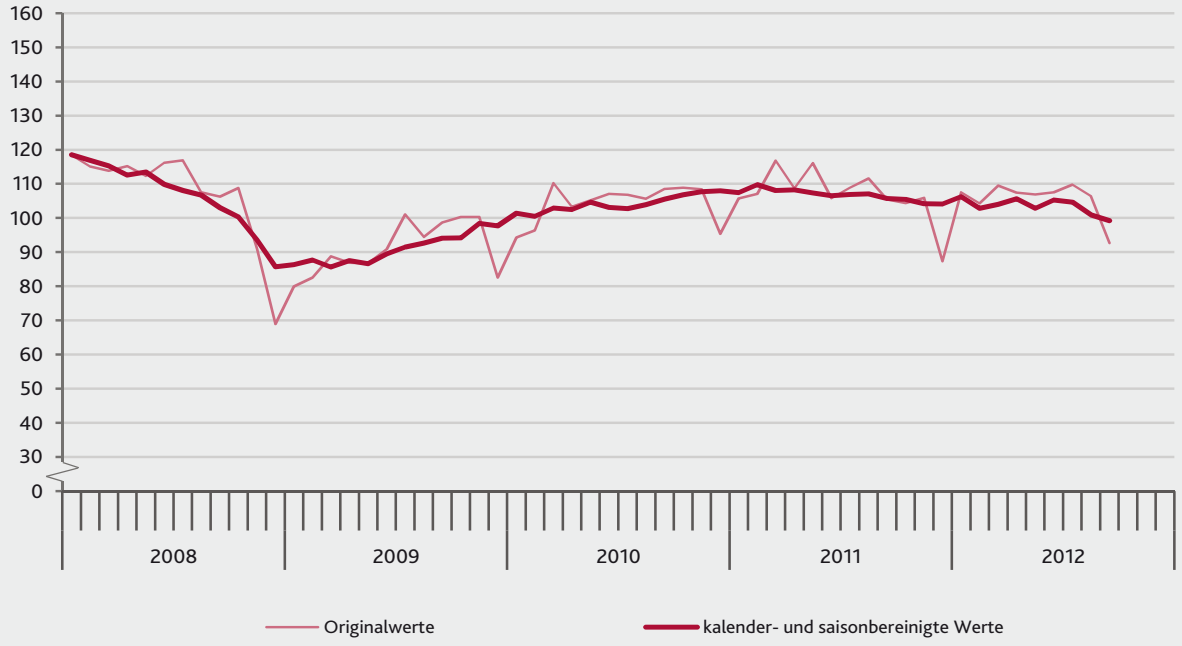
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



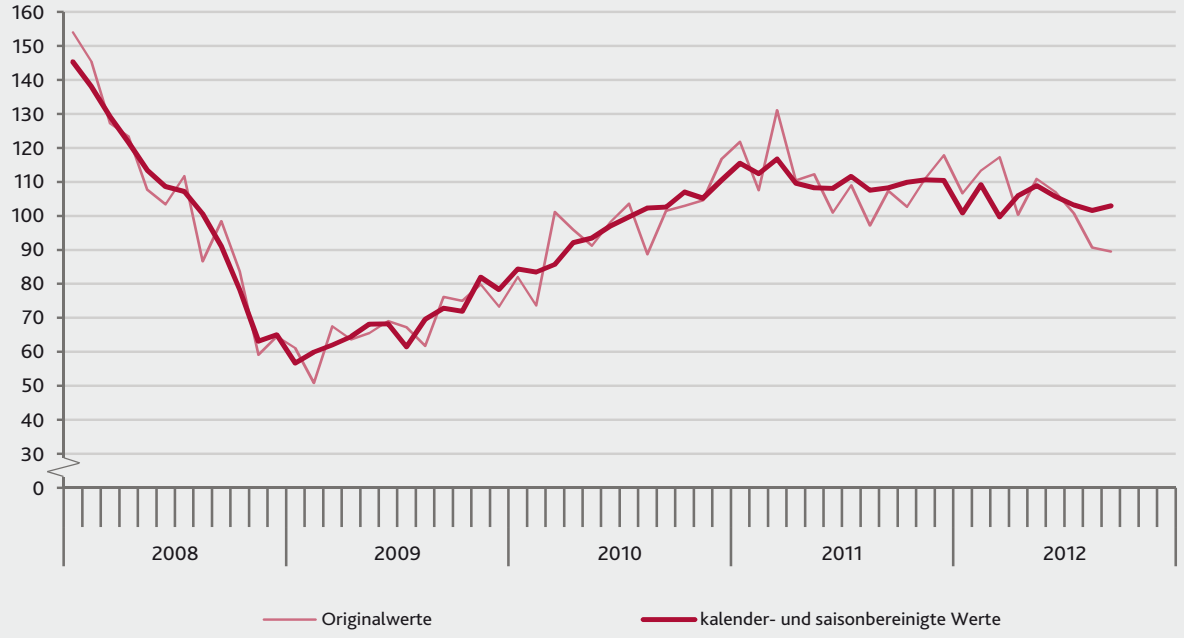
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



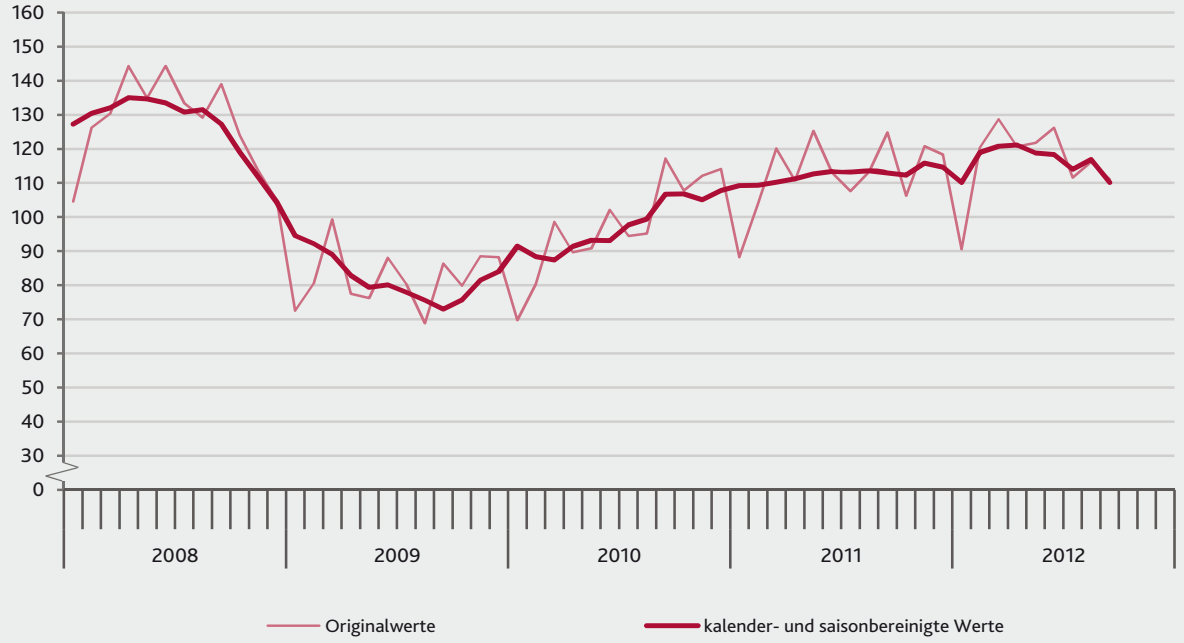
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



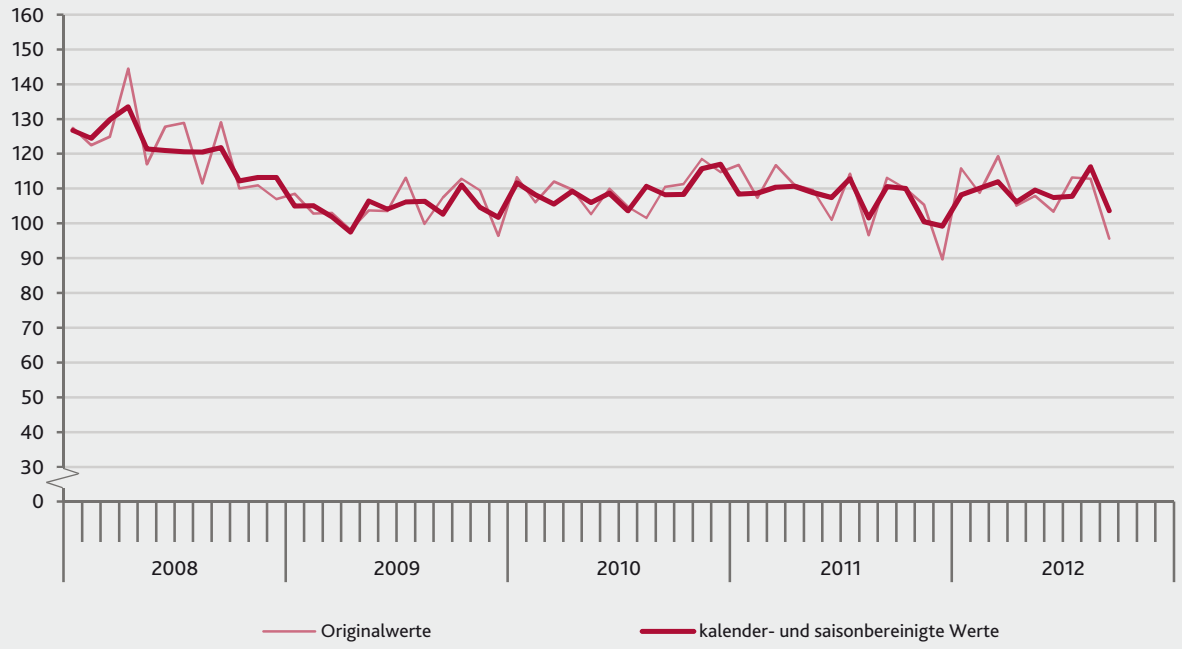
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



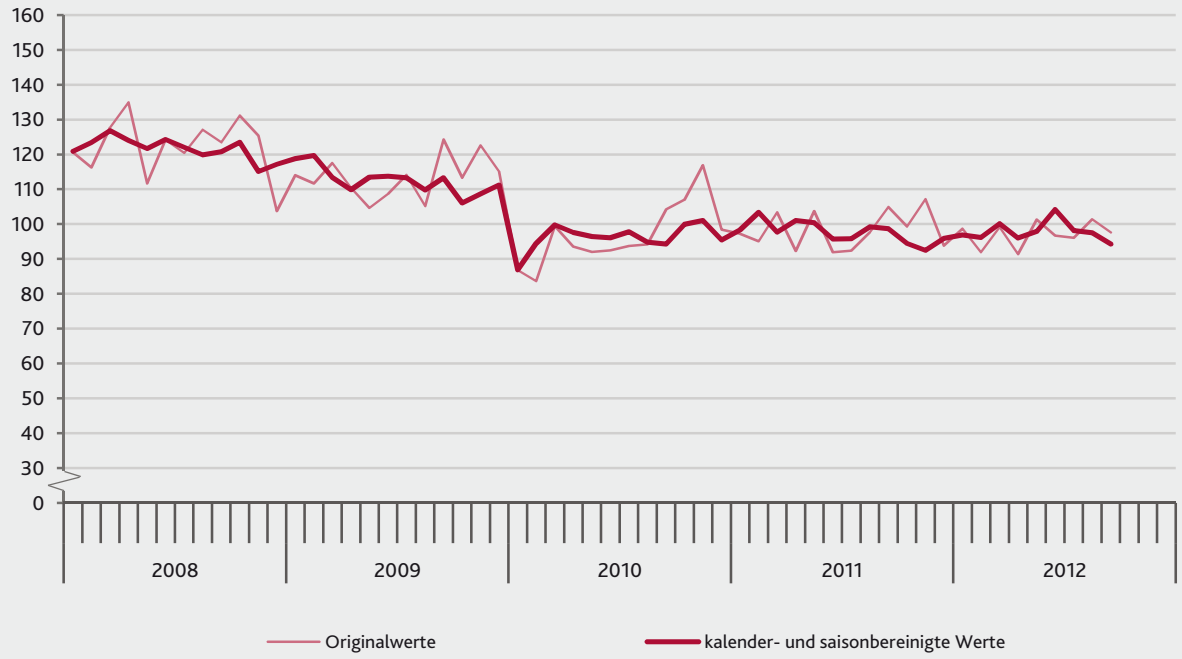
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



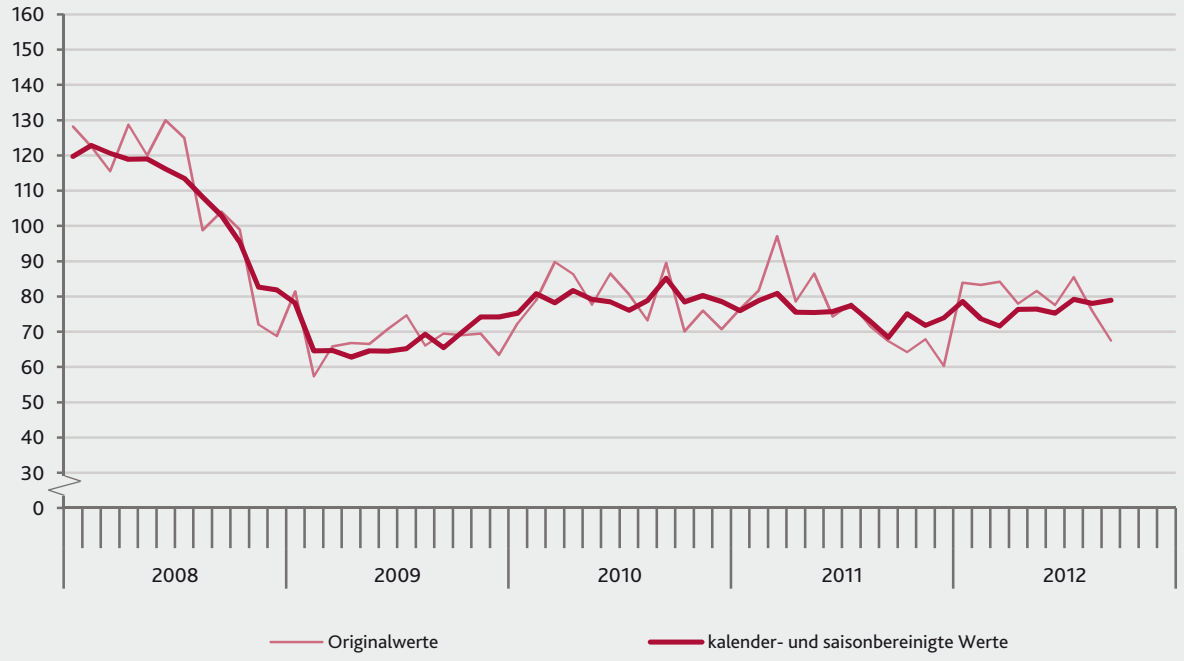
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



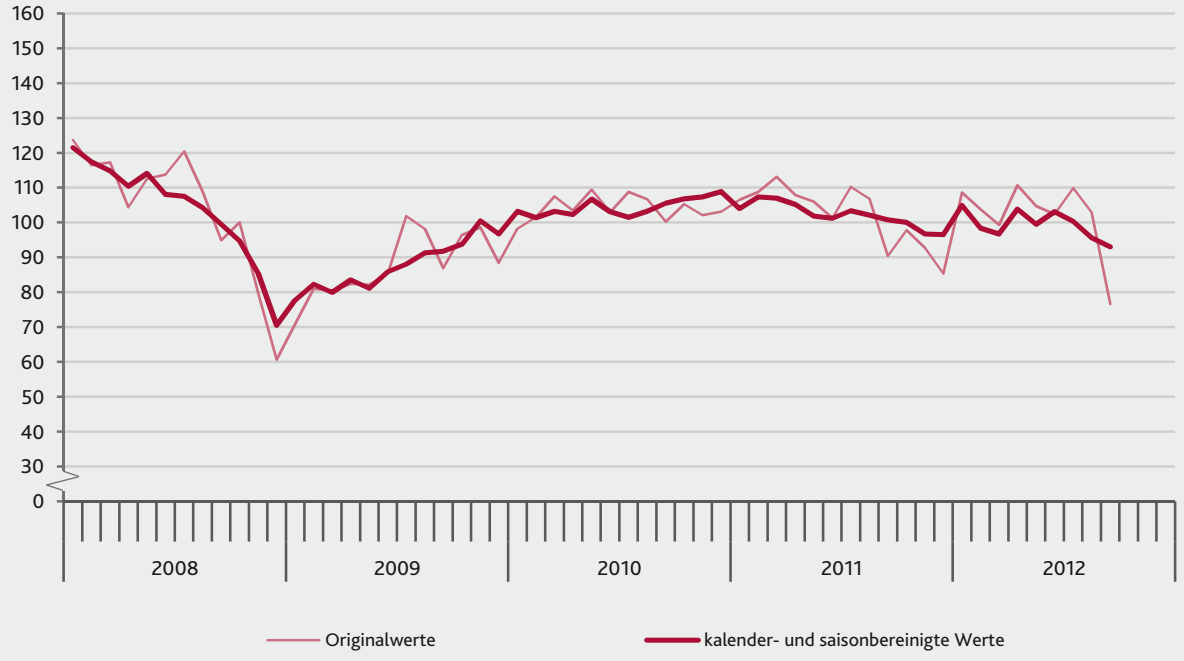
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



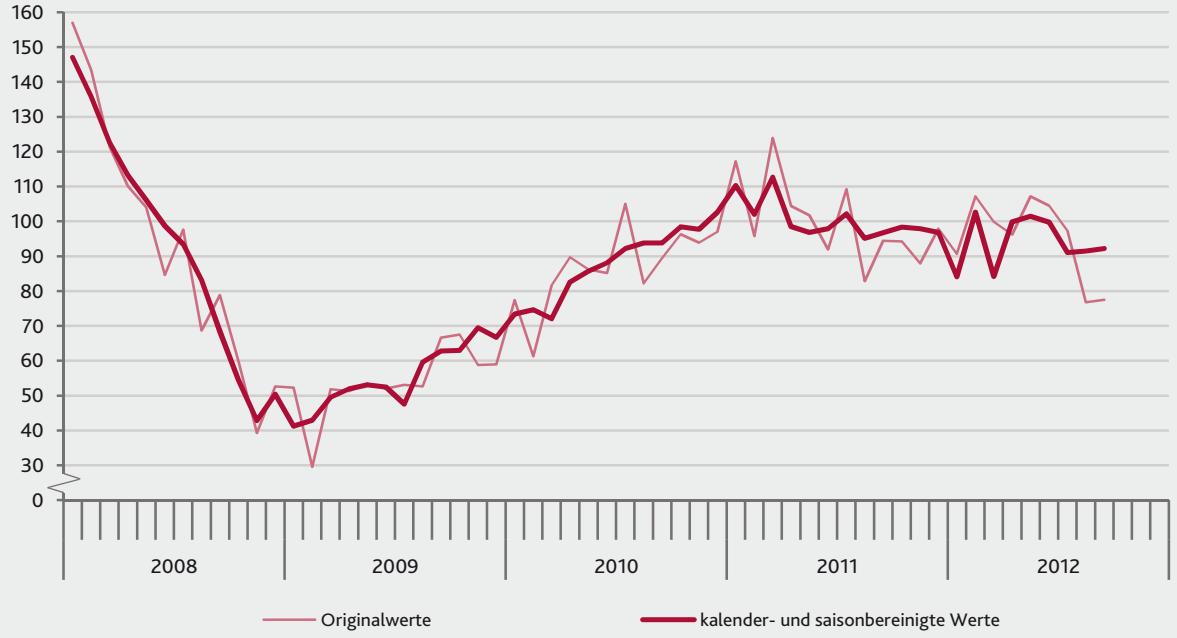
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

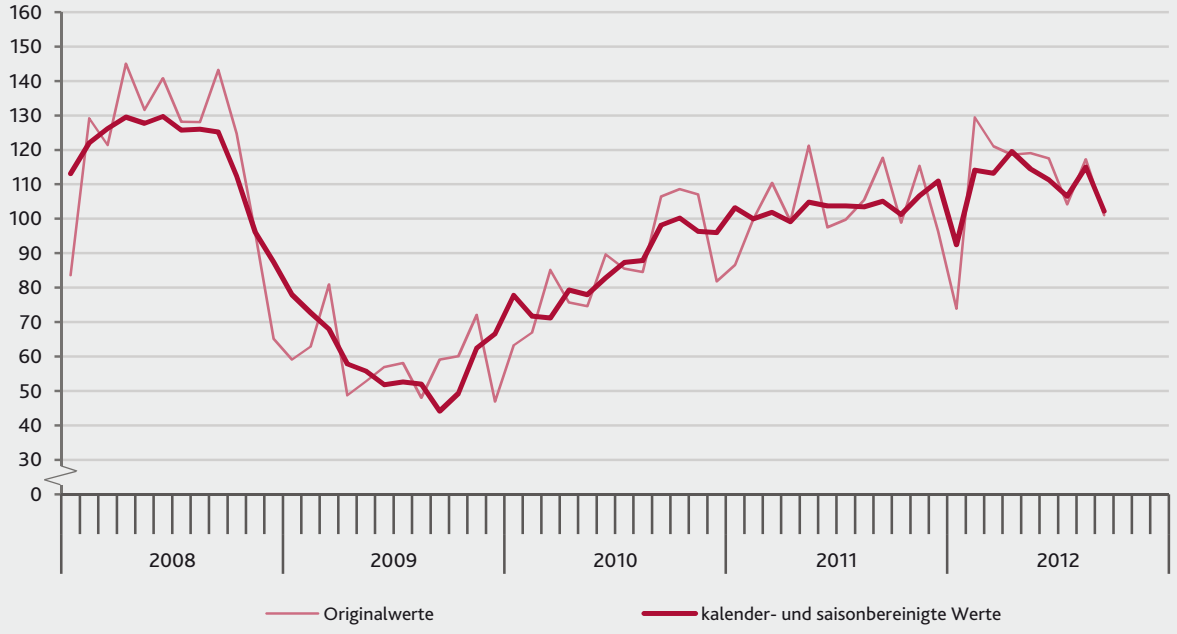
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

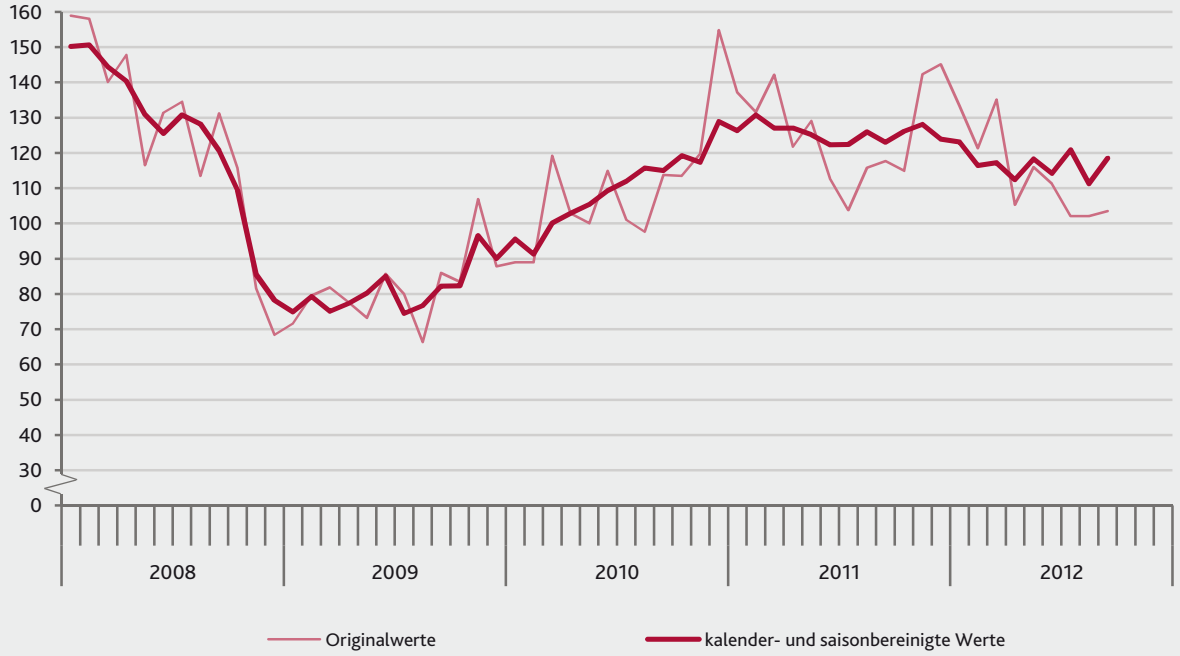
Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

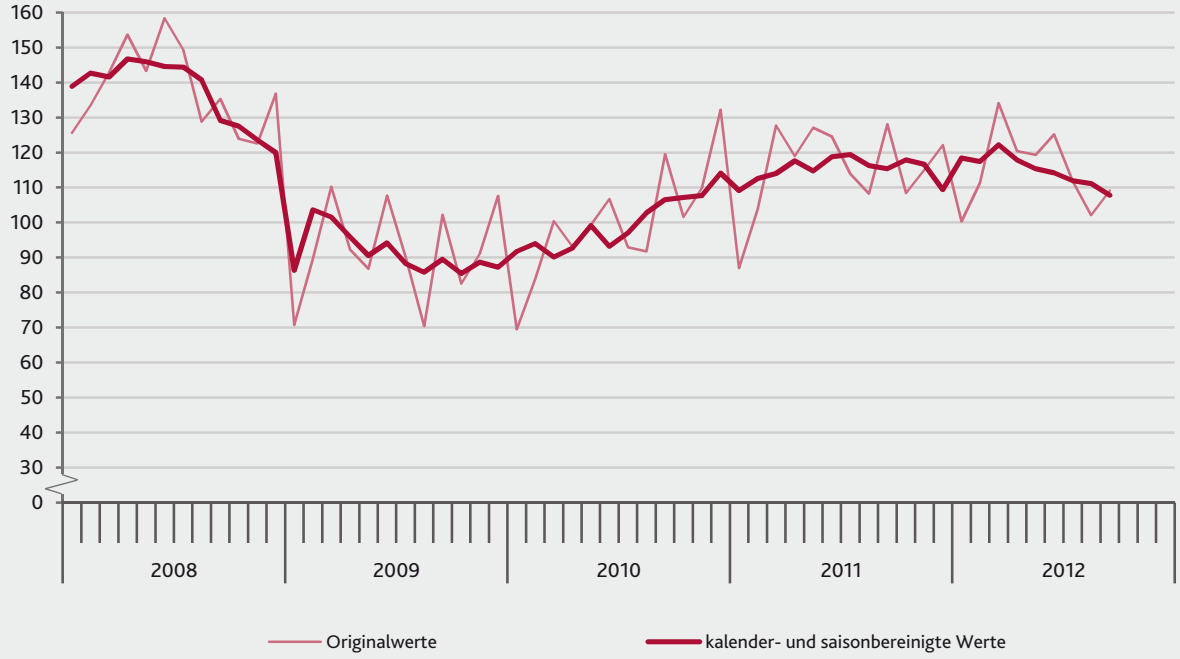
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



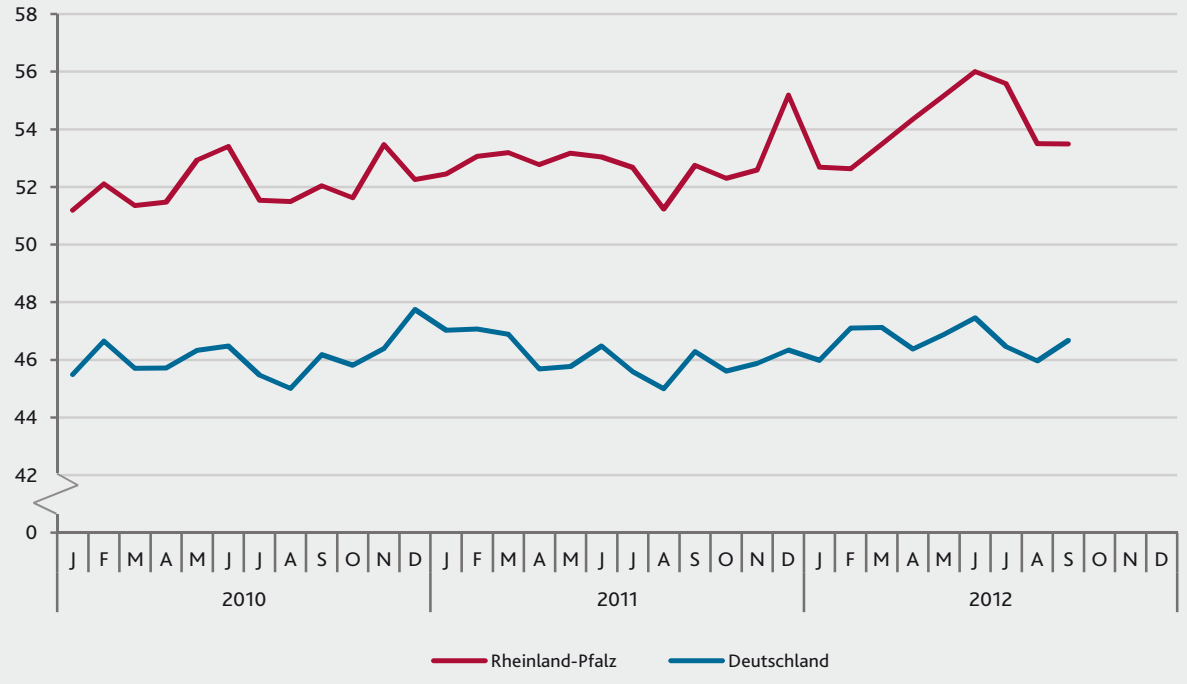
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



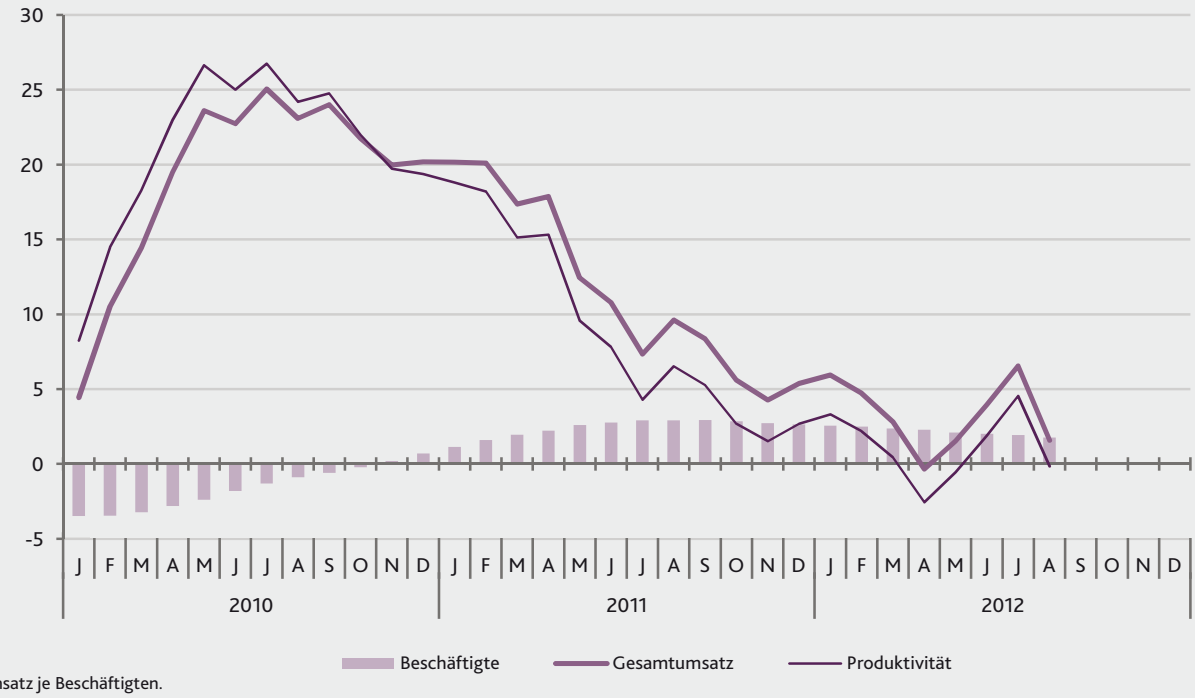
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

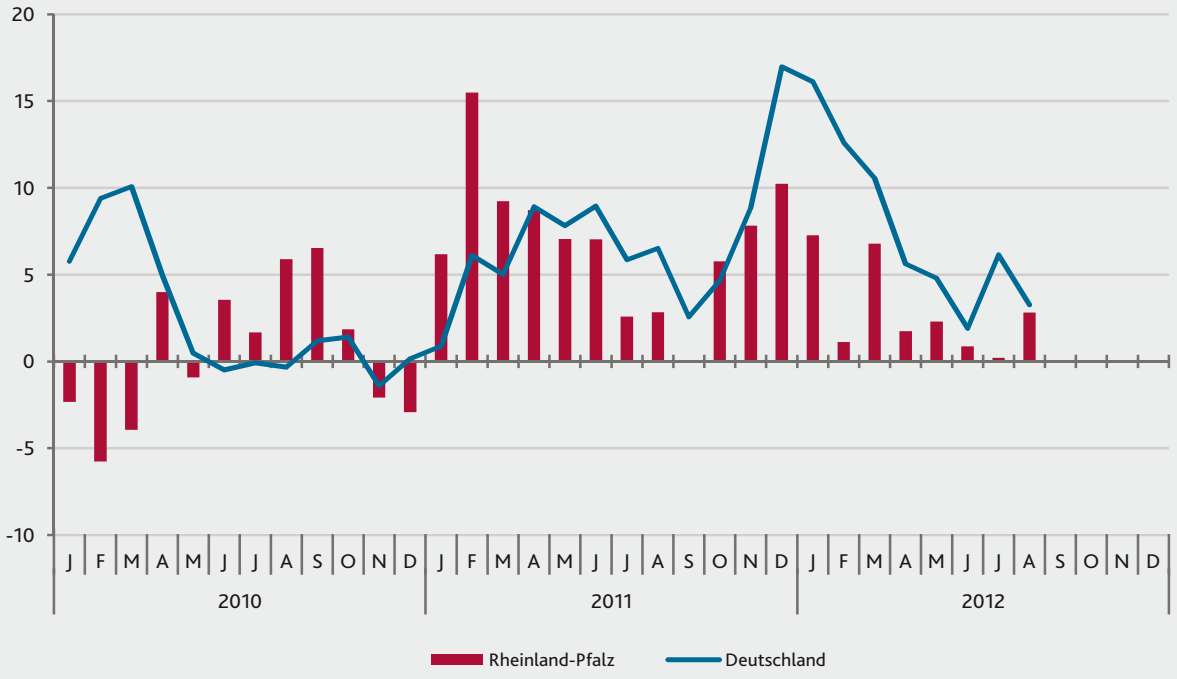
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

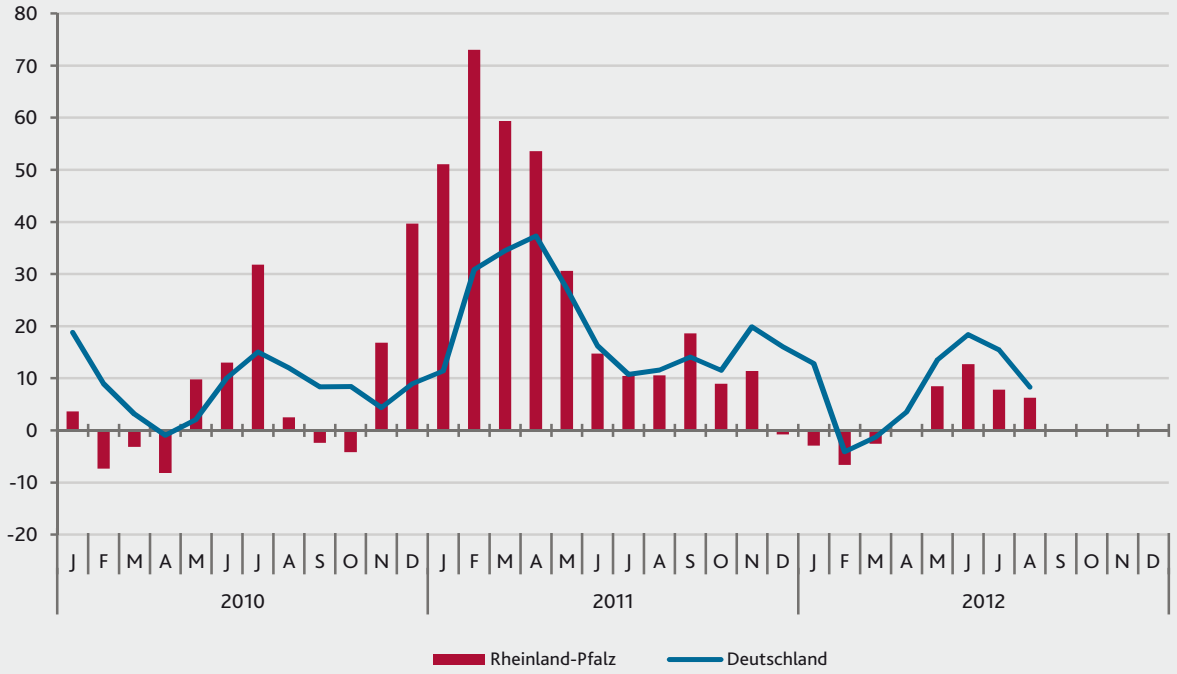
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

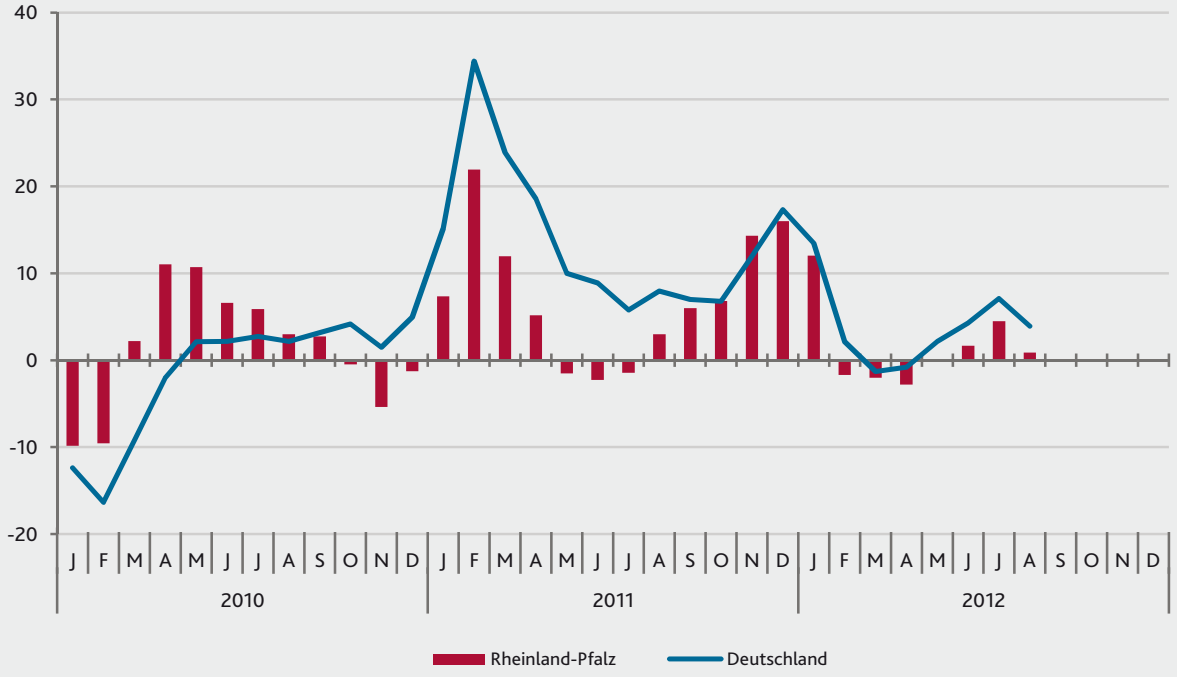
Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

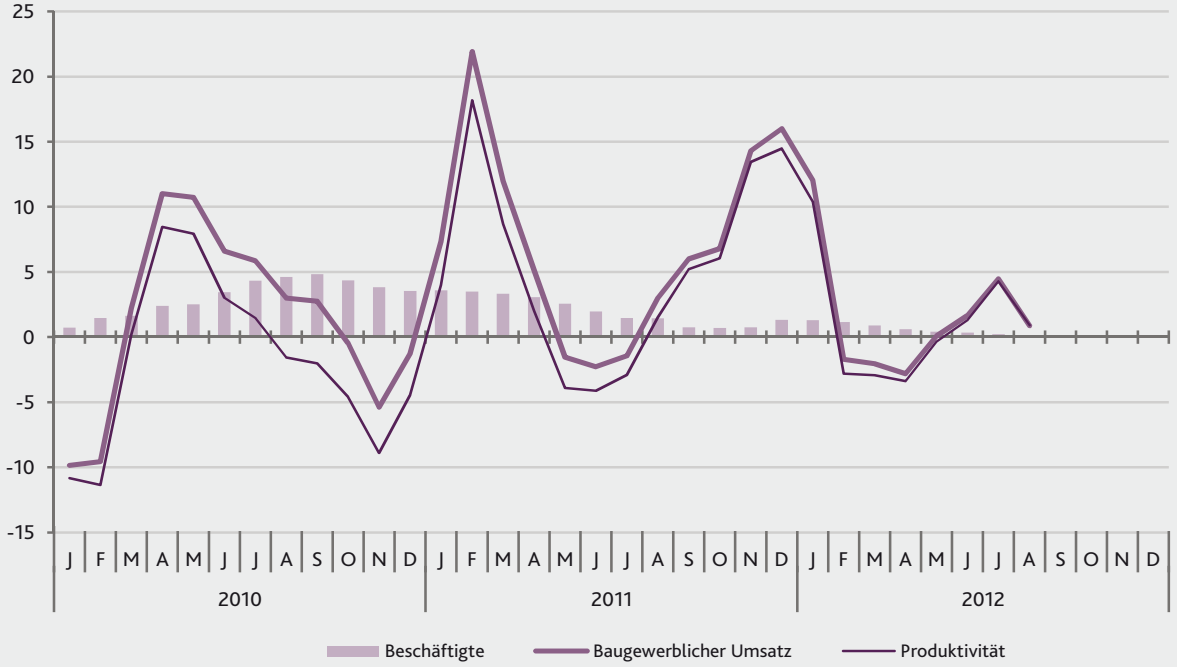
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

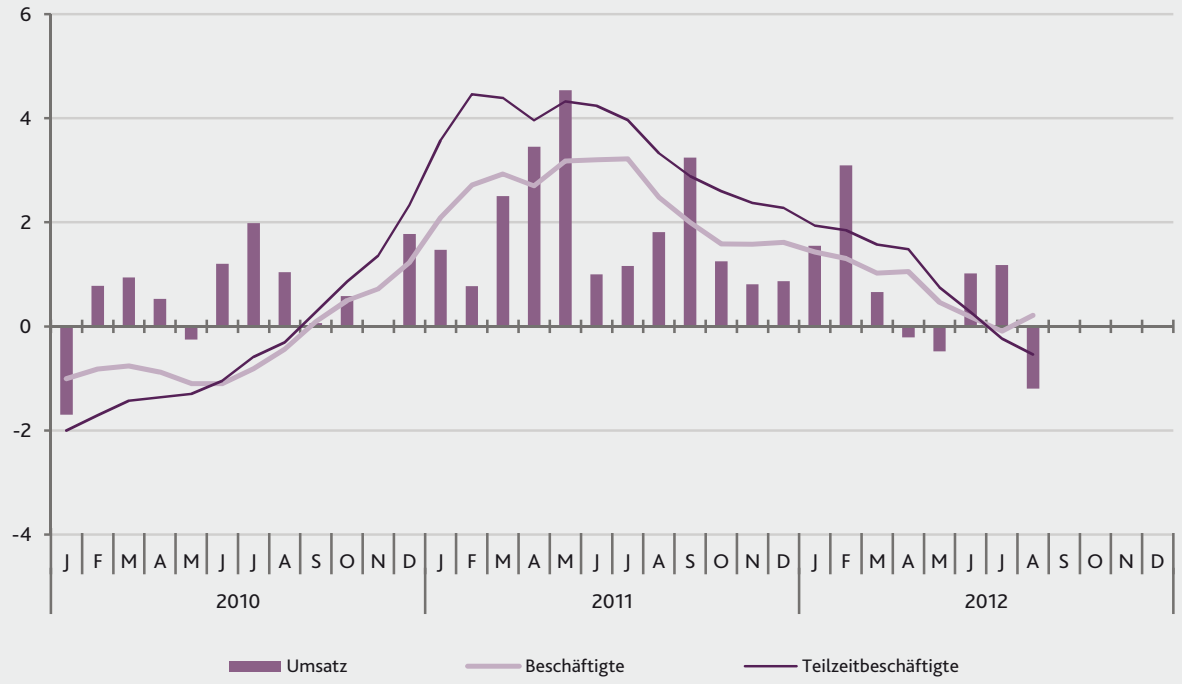
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

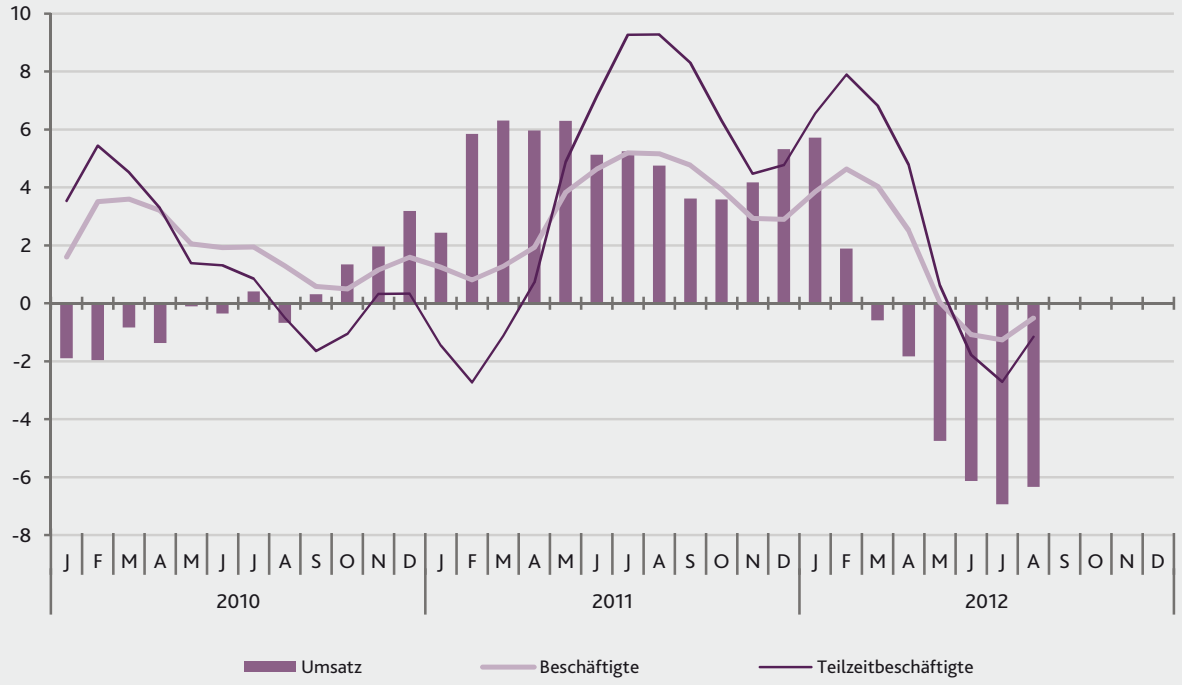
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

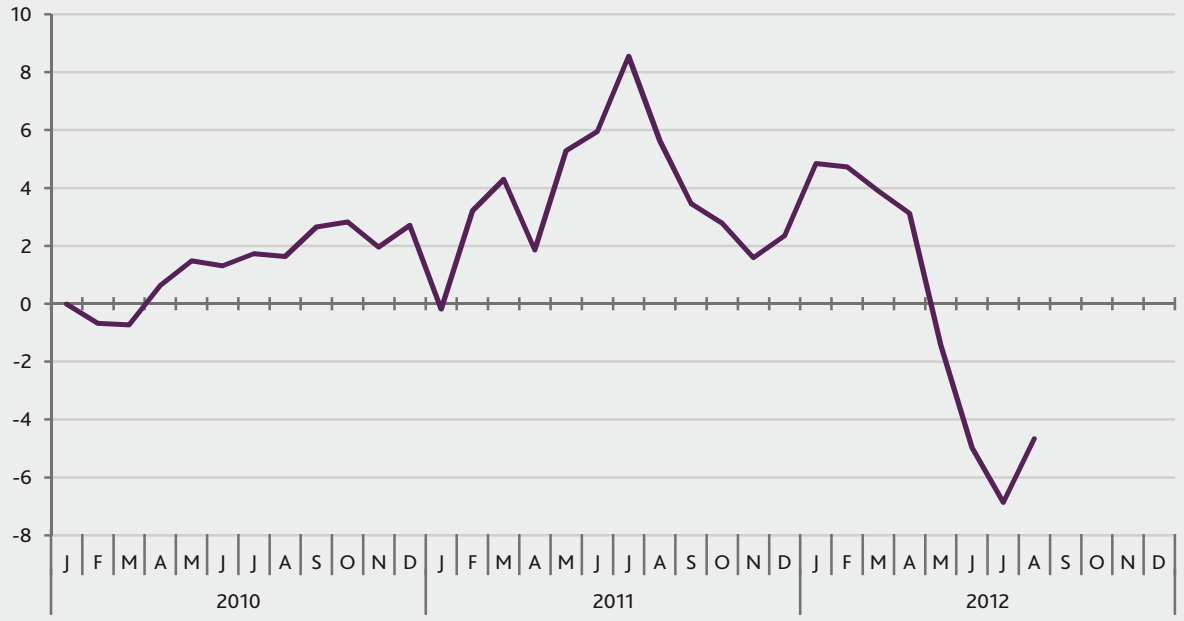
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

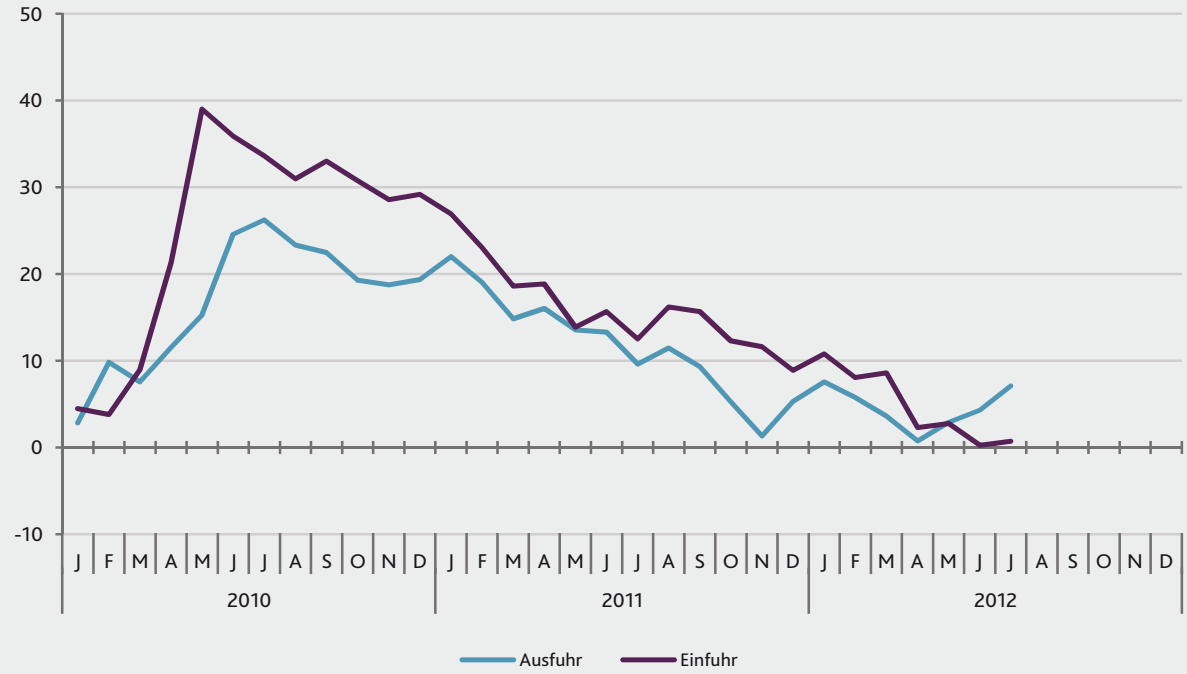
Gästeübernachtungen
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

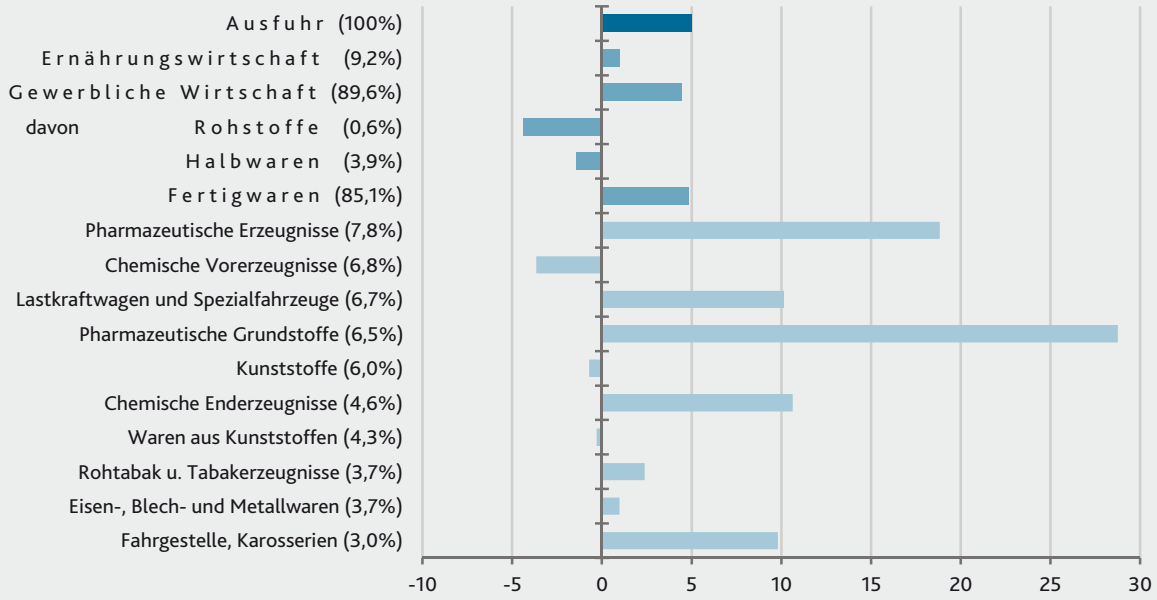
Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

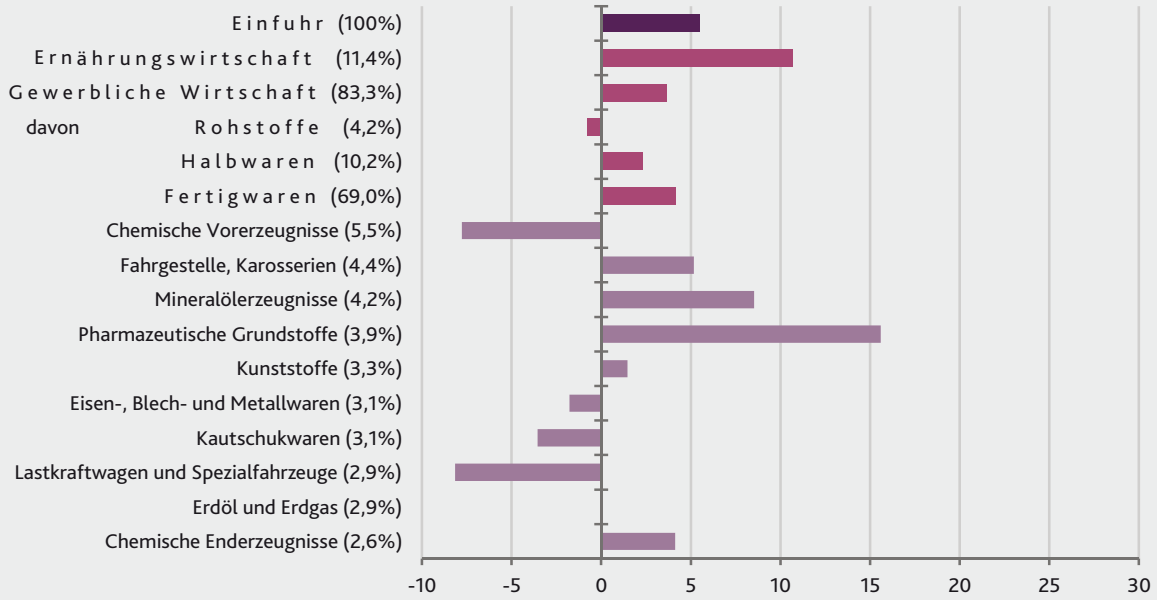
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2011 - August 2012 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

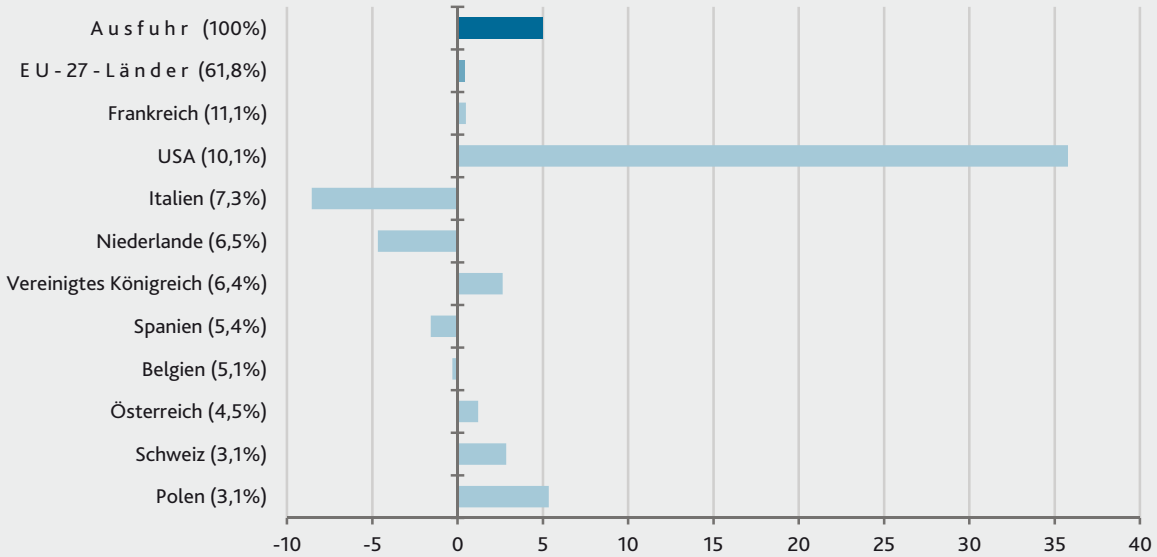
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2011 - August 2012 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

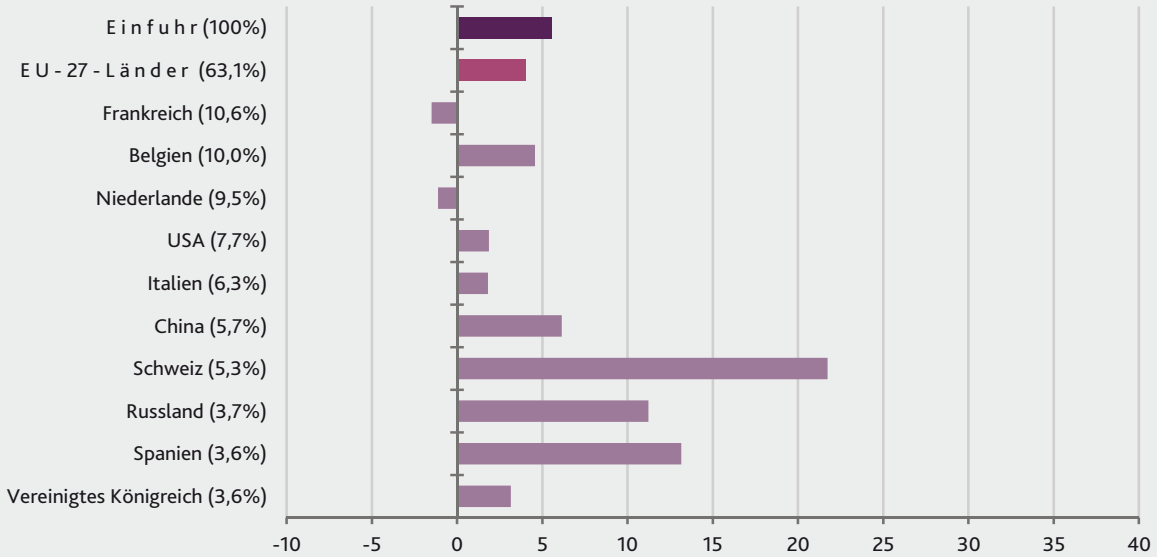
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2011 - August 2012 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

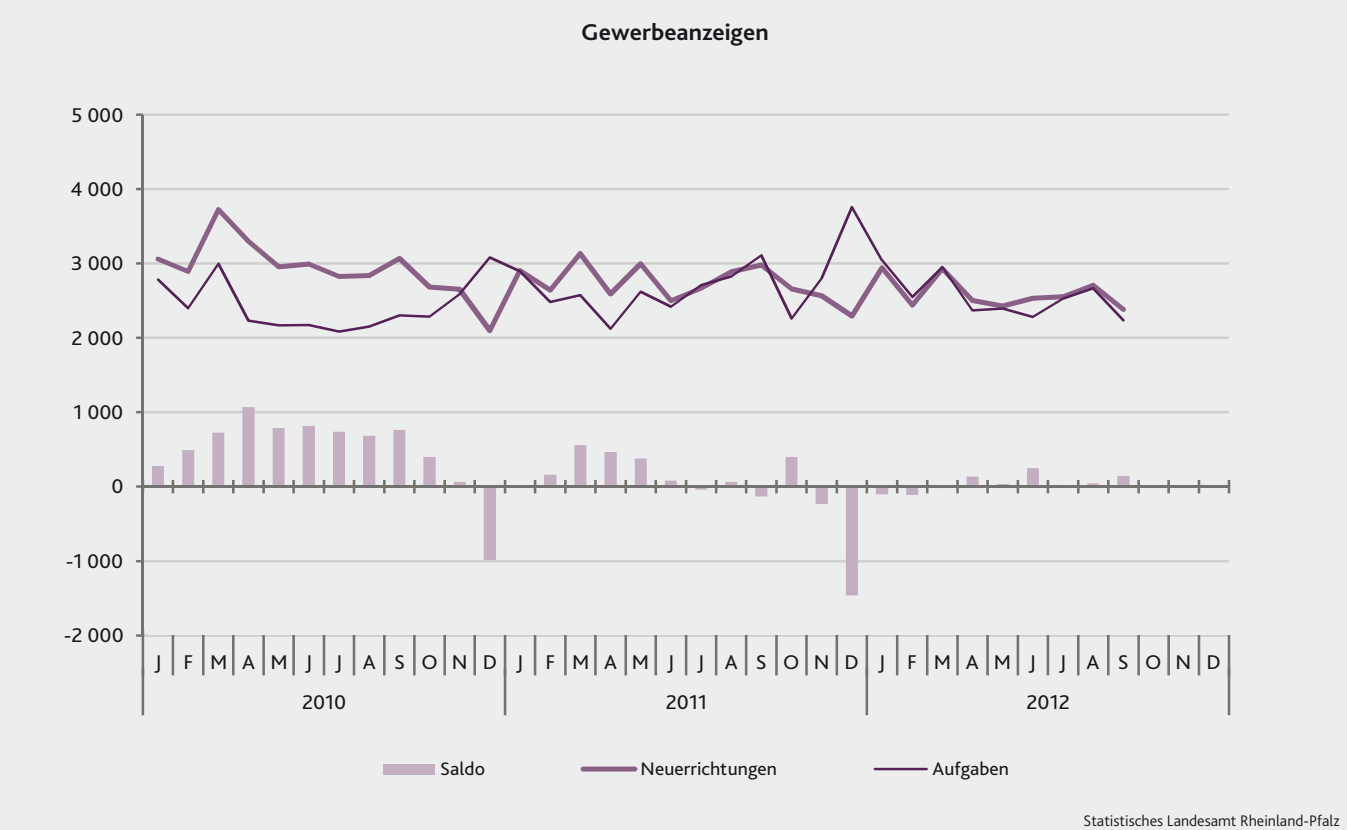
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

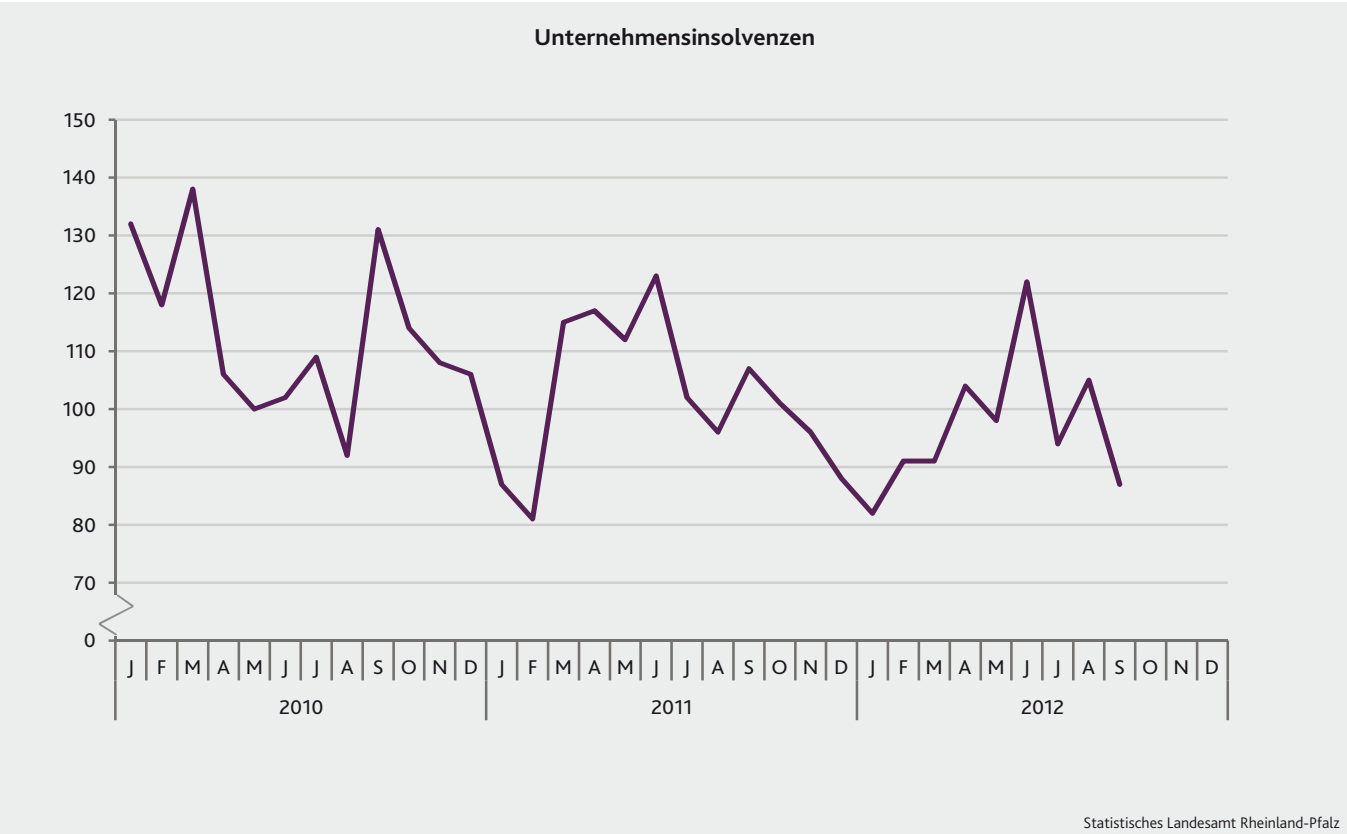
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2011 - August 2012 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



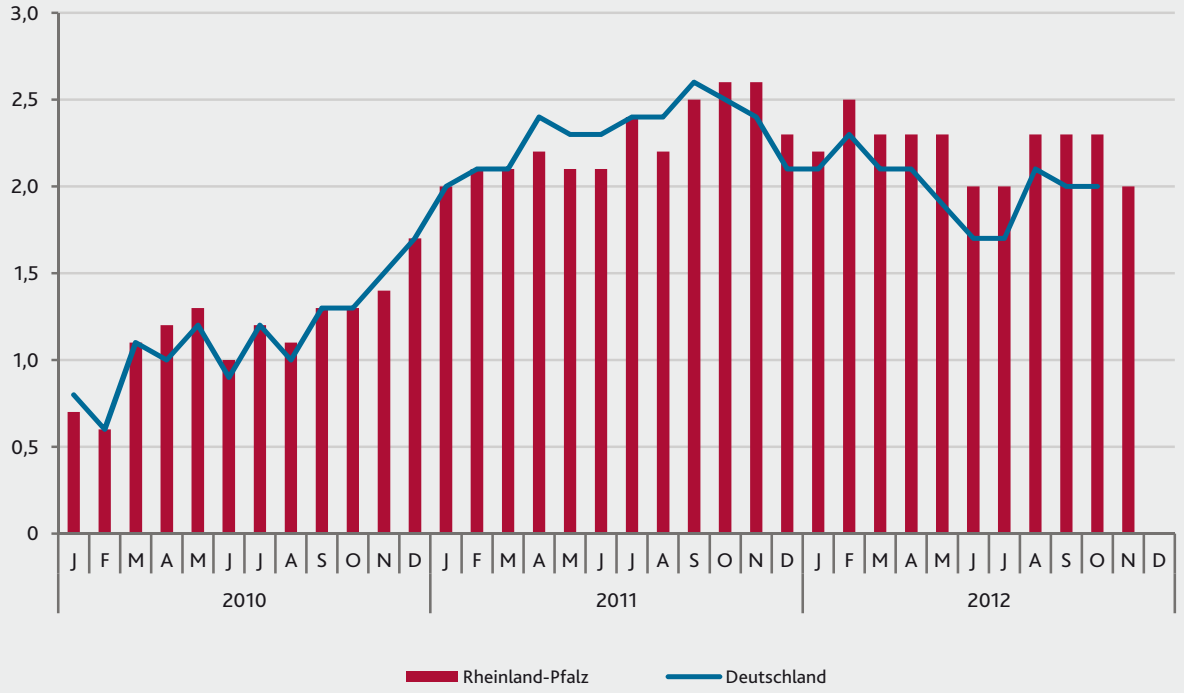
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
5 000
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2010
2011
2012
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

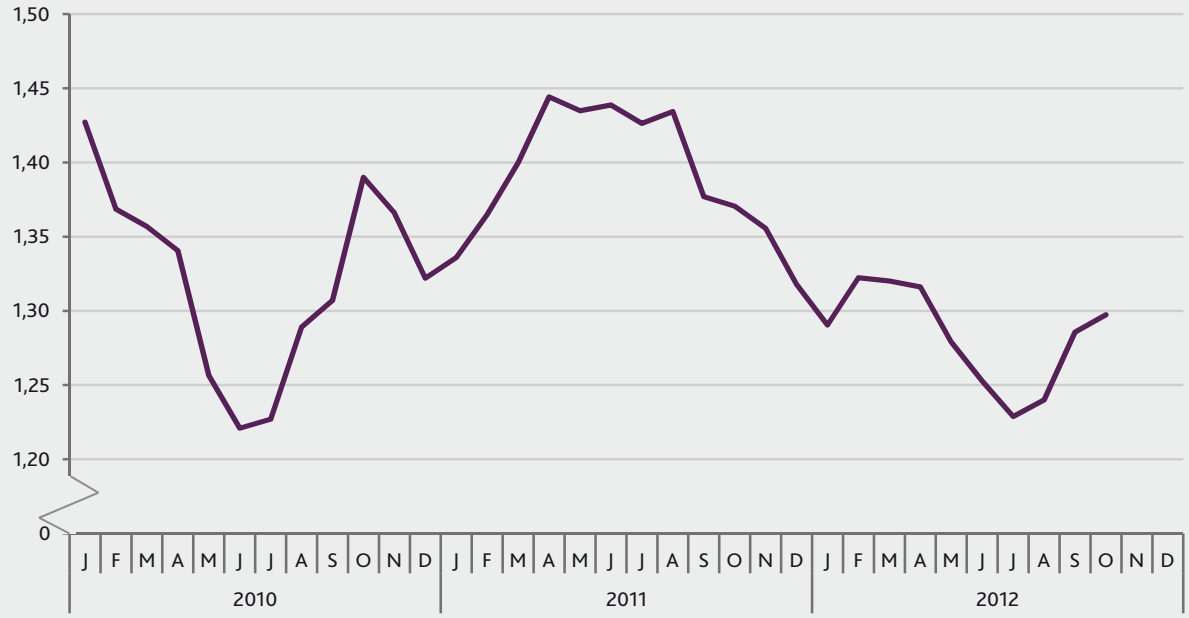

Unternehmensinsolvenzen
150
140
130
120
110
100
90
80
70
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2010
2011
2012
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

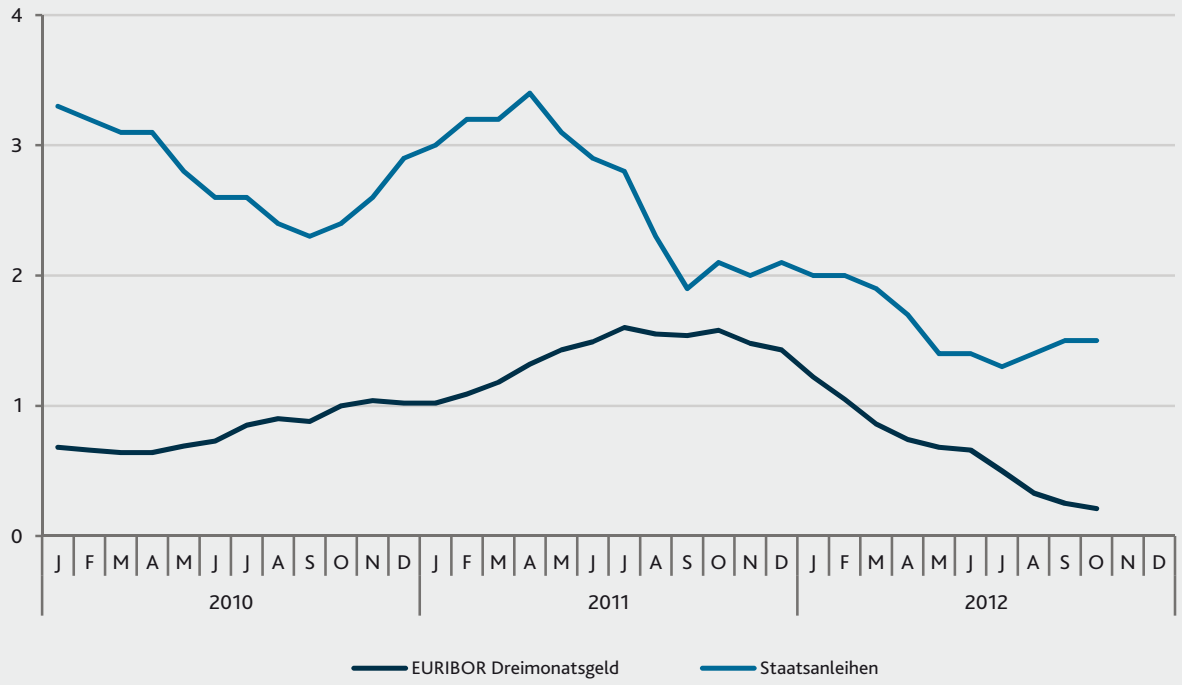
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

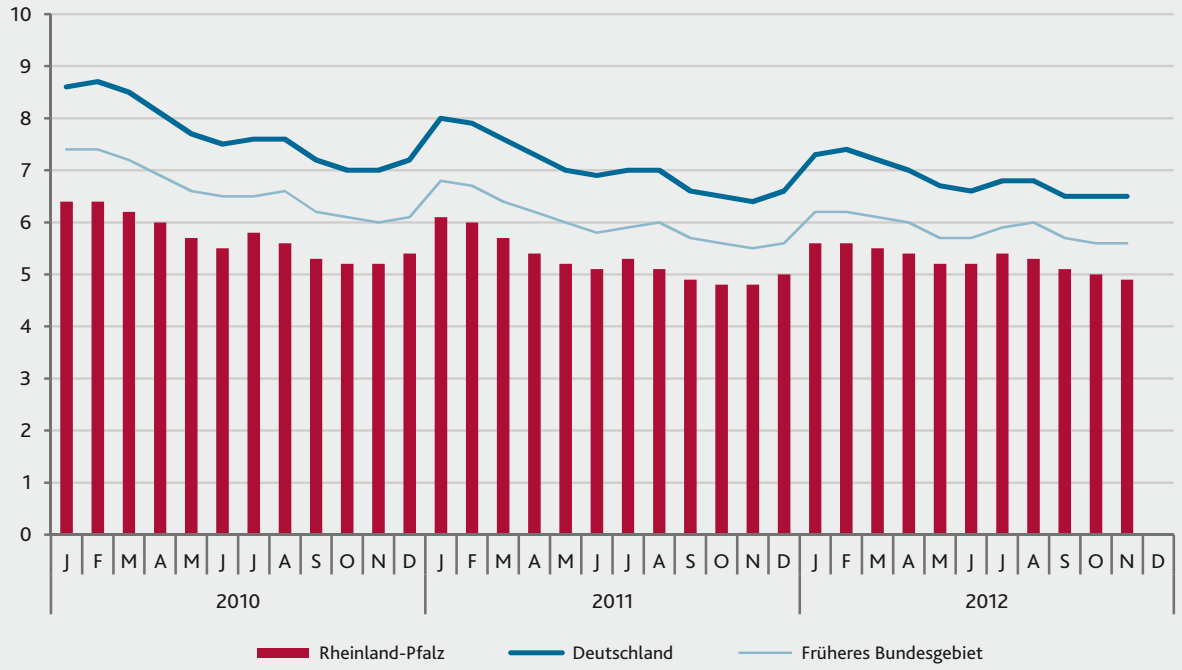
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

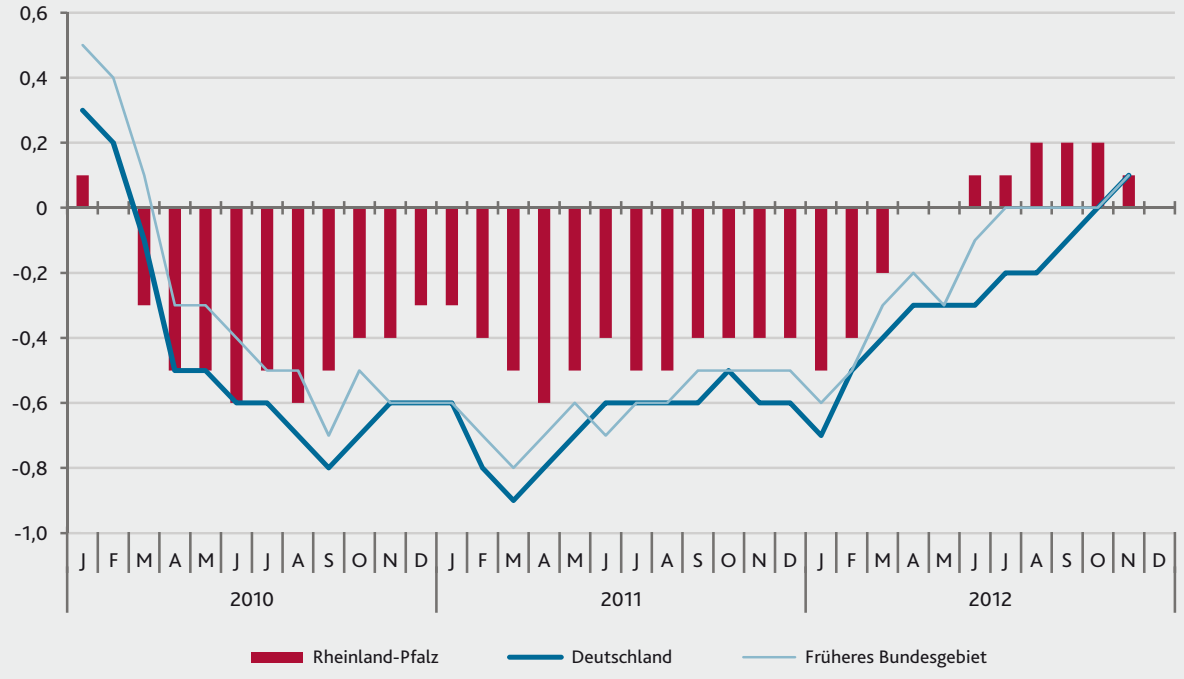
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

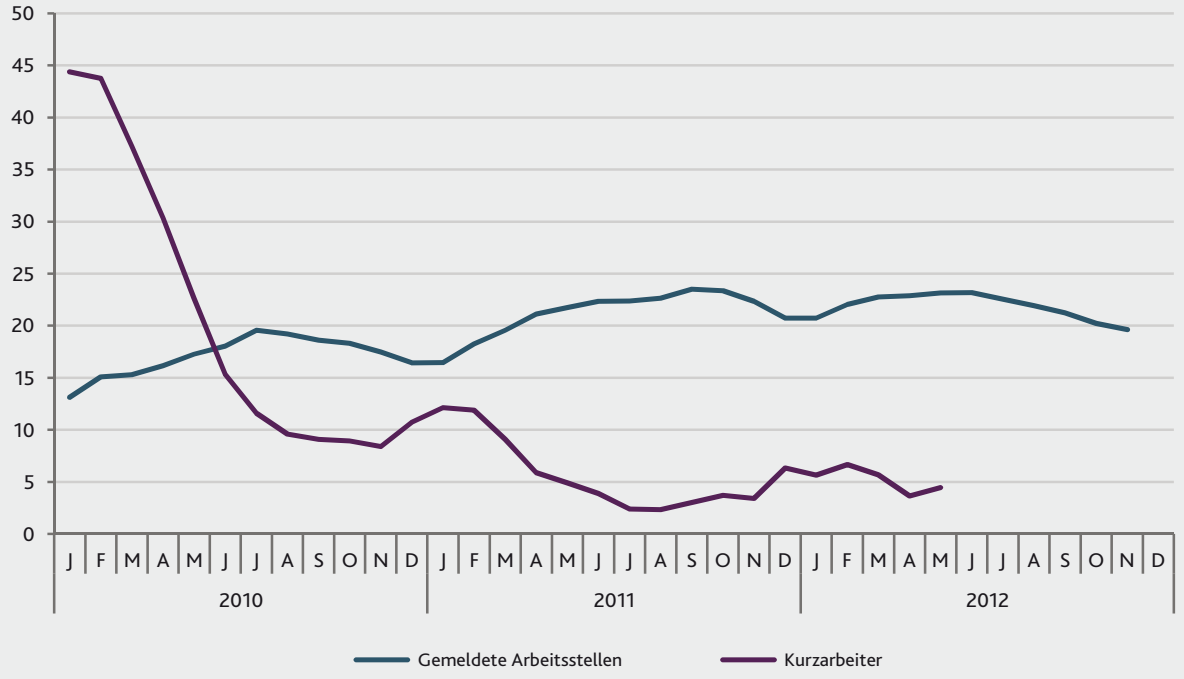
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

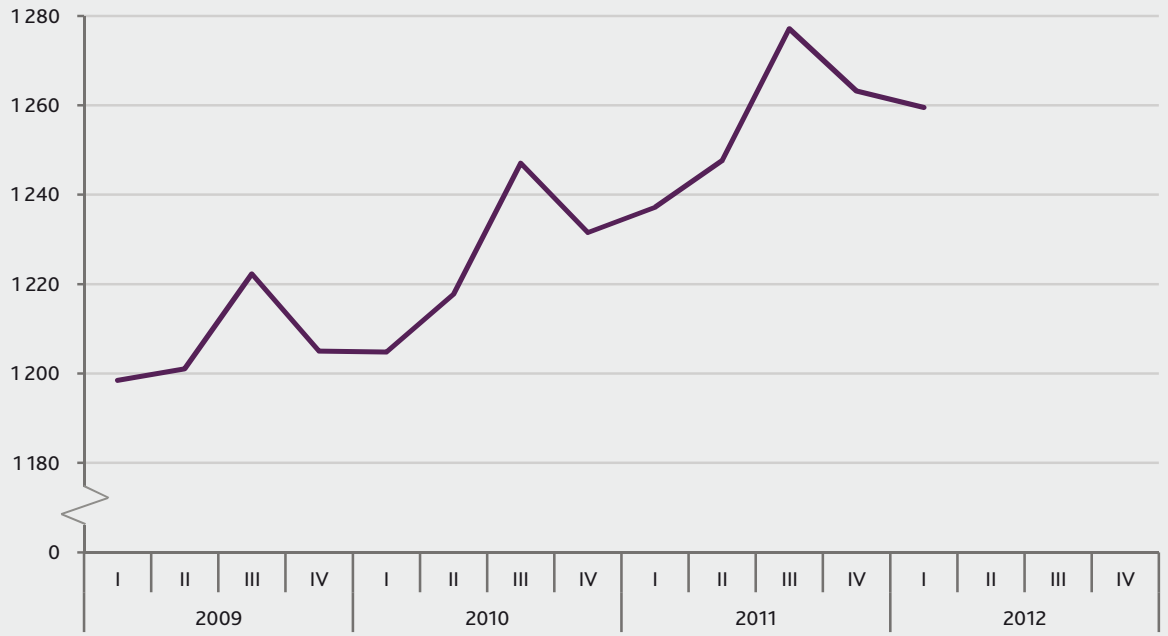
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

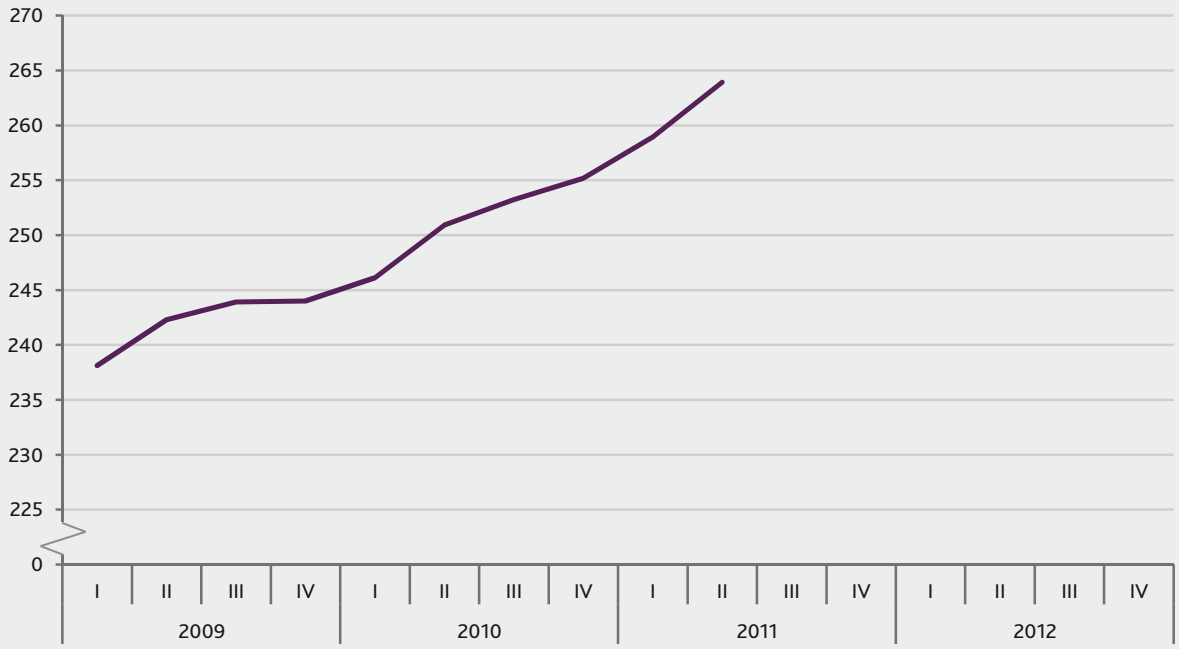
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

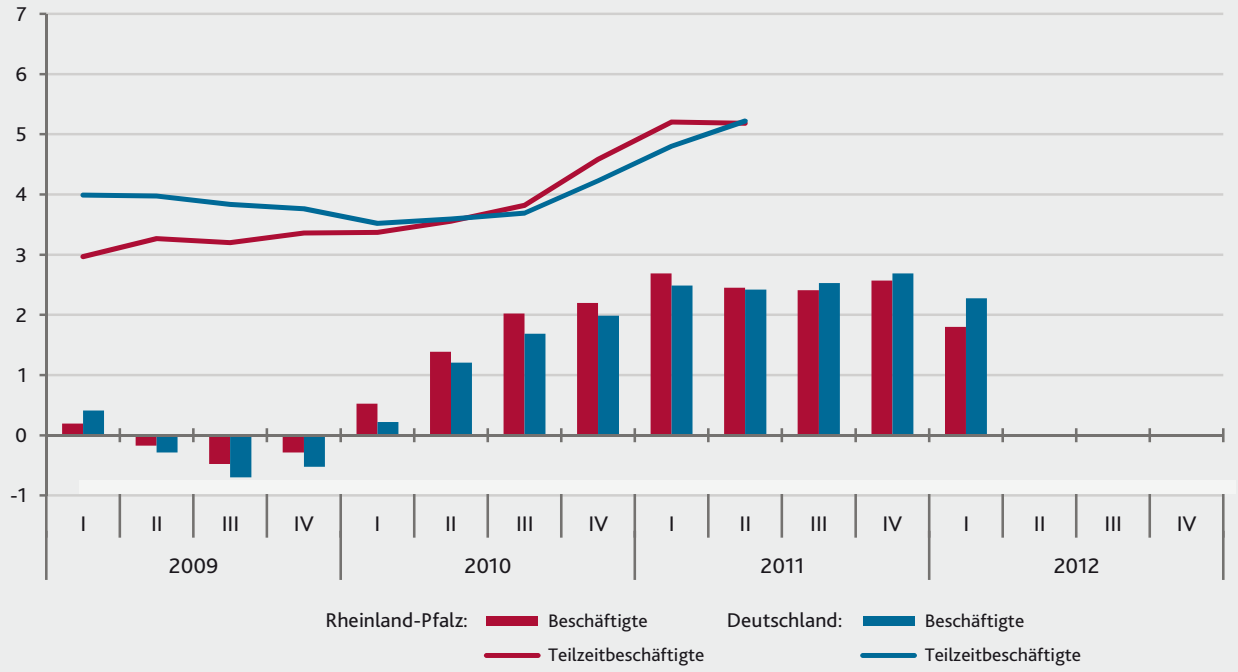
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

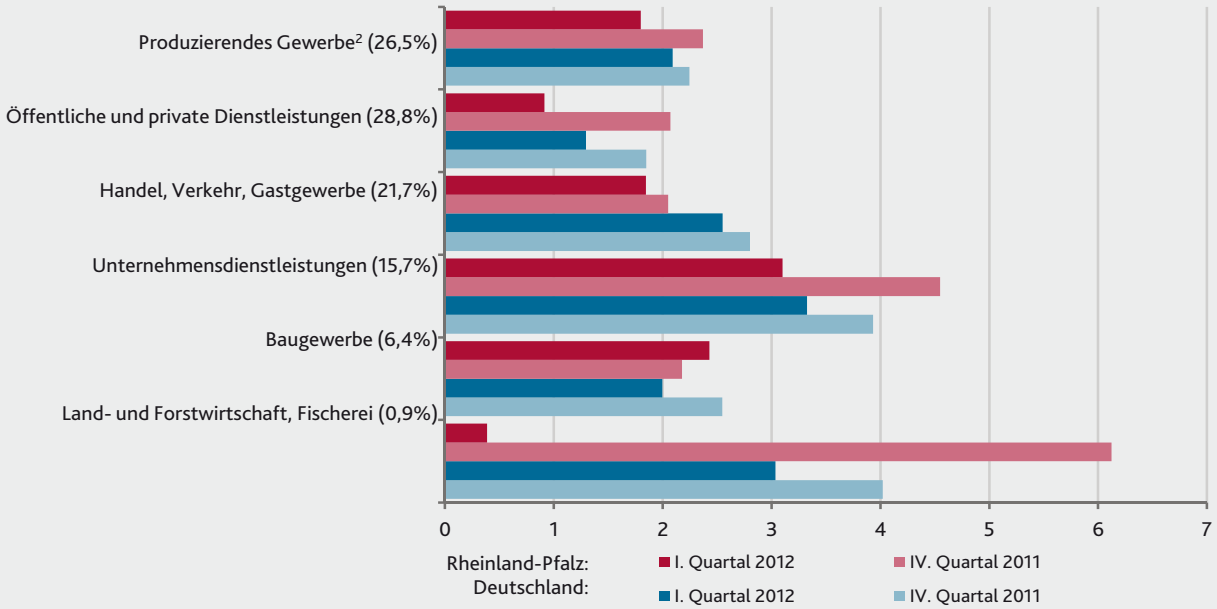
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

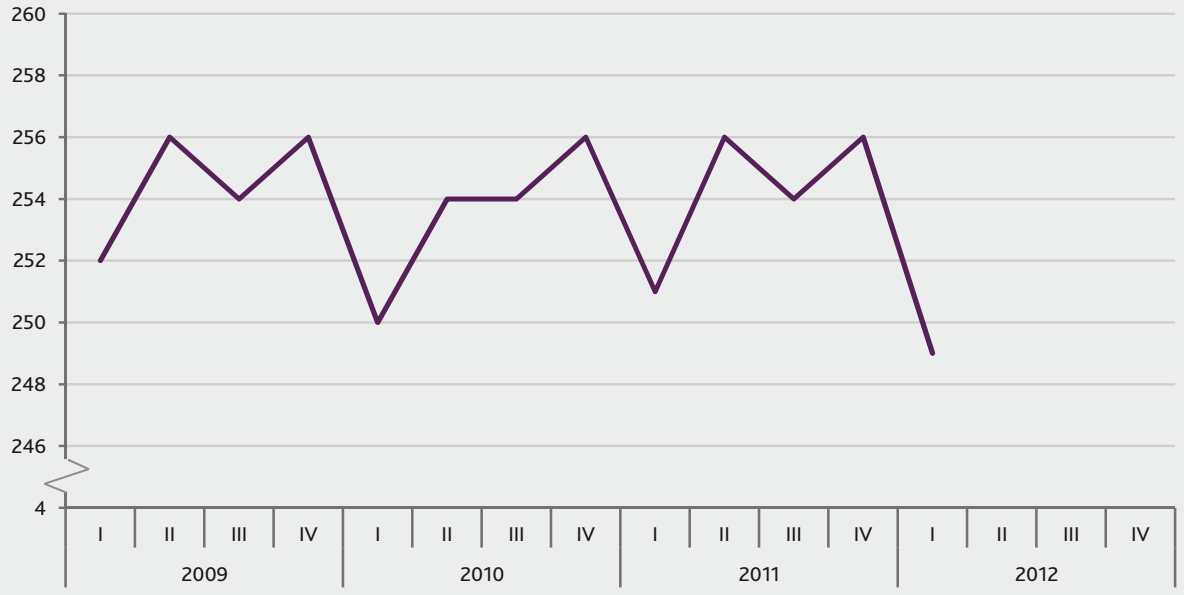
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2011. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

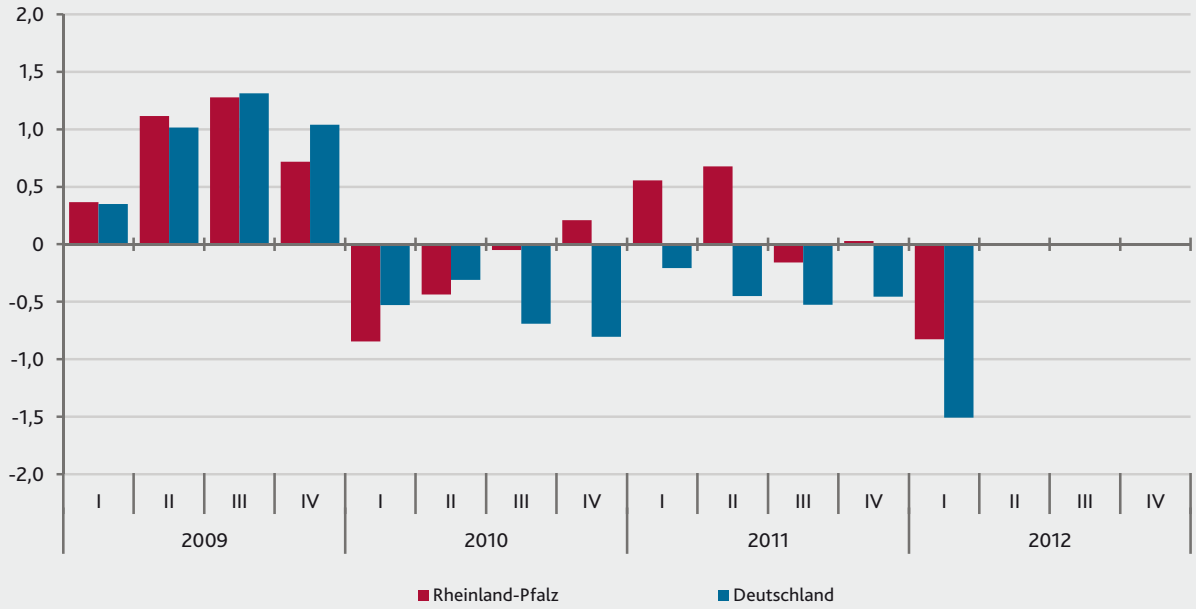
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

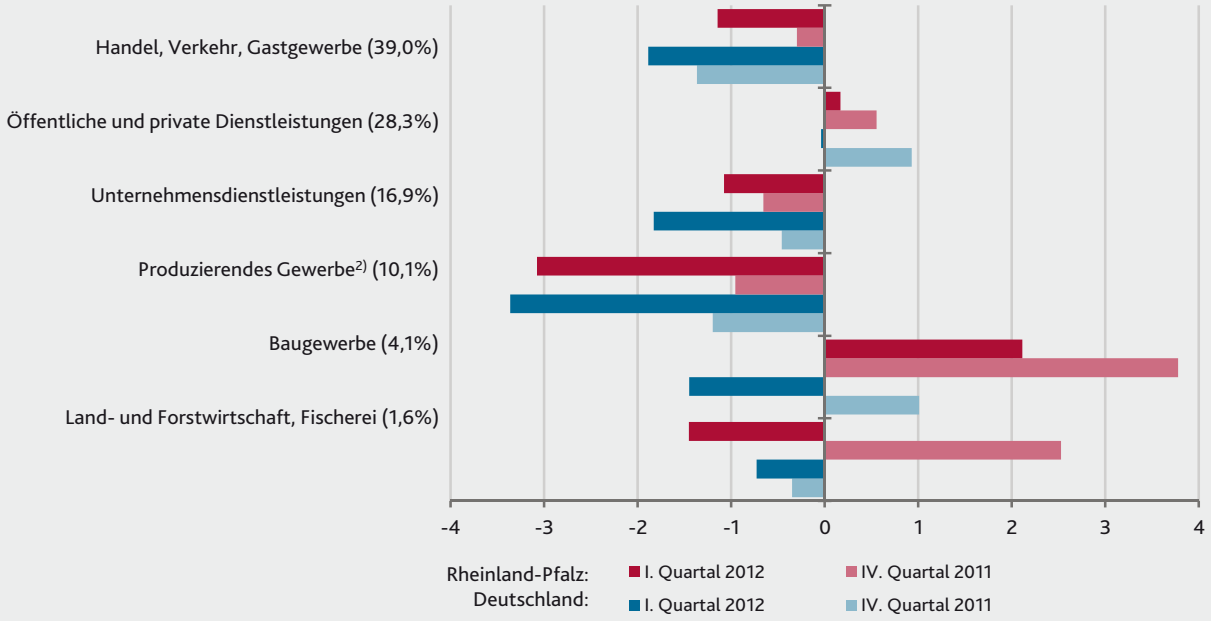
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2011. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. November 2012.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 004 [1]	3 999 [1]	3 999	3 999	4 000	3 997	3 997	3 998	3 998
darunter Ausländer[2]	1 000	309 [1]	315 [1]	311	311	313	319	319	320	321
Natürliche Bevölkerungsbewegung[3]										
* Eheschließungen[4]	Anzahl	1 681	1 684	1 967	2 502	2 577	1 221	2 229	2 494	2 253
* Lebendgeborene[5]	Anzahl	2 631	2 590	2 611	2 735	2 660	2 407	2 617	2 562	2 814
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,9	7,8	7,7	8,3	7,8	7,3	7,7	7,8	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[6]	Anzahl	3 622	3 637	3 726	3 292	3 087	3 864	3 736	3 269	3 714
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	11,0	10,0	9,1	11,8	11,0	9,9	10,9
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[6]	Anzahl	8	9	8	10	6	8	9	12	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,4	3,1	3,7	2,3	3,3	3,4	4,7	2,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 991	-1 047	-1 115	- 557	- 427	-1 457	-1 119	- 707	- 900
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,0	- 3,1	- 3,3	- 1,7	- 1,3	- 4,4	- 3,3	- 2,2	- 2,7
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 088	8 807	8 702	8 251	9 704	9 240	8 476	8 676	10 937
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 746	3 307	3 719	3 189	3 835	3 877	3 409	3 635	4 265
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 851	8 153	7 660	7 345	8 227	7 526	7 249	7 160	9 696
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 273	2 325	2 231	2 066	2 320	2 068	2 229	2 200	2 797
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	237	654	1 042	906	1 477	1 714	1 227	1 516	1 241
* Innerhalb des Landes Umgezogene[7]	Anzahl	12 576	12 938	13 008	12 545	13 203	13 096	12 880	12 539	14 882

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[8, 9]	Einheit	2009	2010			2011				2012
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[10]	1 000	1 201	1 218	1 247	1 232	1 237	1 248	1 277	1 263	1 259
* Frauen	1 000	549	558	571	569	570	571	585	584	580

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2009	2010			2011				2012
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Ausländer/-innen	1 000	76	78	81	76	79	84	87	82	86
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	253	255	259	264	...	...	...
* darunter Frauen	1 000	208	214	216	218	221	224	...	...	...
davon nach Wirtschaftsbereichen[3]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	11	9	11	12	12	9	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	410	404	407	411	419	414	415
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	272	268	267	270	278	274	272
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	176	187	192	188	192	195	201	197	198
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	361	362	362	359	367	369	365

Arbeitsmarkt[4]	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose	Anzahl	119 933	111 054	102 672	100 924	101 242	111 860	106 672	104 741	104 492
* Frauen	Anzahl	55 198	52 451	50 059	49 152	48 686	54 325	51 591	50 289	49 902
Männer	Anzahl	64 735	58 603	52 613	51 772	52 556	57 535	55 081	54 452	54 590
SGB III (Arbeitslosengeld I)[5]	Anzahl	46 790	40 987	37 042	36 323	36 248	42 551	40 323	39 480	40 564
SGB II (Arbeitslosengeld II)[6]	Anzahl	73 143	70 067	65 630	64 601	64 994	69 309	66 349	65 261	63 928
* Arbeitslosenquote[7]	%	5,7	5,3	4,9	4,8	4,8	5,3	5,1	5,0	4,9
* Frauen	%	5,7	5,4	5,1	5,0	5,0	5,5	5,2	5,1	5,0
* Männer	%	5,8	5,2	4,7	4,6	4,7	5,1	4,9	4,8	4,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,5	4,8	4,8	4,1	3,9	5,5	4,8	4,2	4,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,1	3,5	2,6	2,5	4,0	3,3	2,6	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,0	5,8	5,3	5,3	5,4	5,5	5,3	5,4	5,4
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,3	5,8	5,8	5,9	6,0	5,9	6,0	6,0
* Ausländer/-innen	%	12,6	11,8	10,9	10,9	11,1	11,8	11,4	11,3	11,4
Deutsche	%	5,2	4,8	4,5	4,4	4,4	4,8	4,6	4,5	4,5
* Kurzarbeiter/-innen[8]	Anzahl	21 000	5 754	3 025	3 719	3 413	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[9]	Anzahl	17 048	21 201	23 518	23 369	22 338	21 934	21 222	20 233	19 630

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[10]	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	242 801	225 426	224 200	222 339	219 116	219 244	218 236	216 610	...
* darunter Frauen	Anzahl	123 975	115 815	115 489	114 864	113 242	113 101	112 688	112 045	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	172 212	160 240	159 514	157 747	155 334	155 759	154 990	153 569	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	70 589	65 186	64 686	64 592	63 782	63 485	63 246	63 041	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	68 100	62 785	62 302	62 208	61 418	61 041	60 825	60 687	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. - 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	452	552	586	587	498	599	583	586	528
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	426	518	550	540	471	563	542	552	485
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	...	2	3	4	4	1	1
Unternehmen	Anzahl	50	66	76	57	49	57	40	49	37
private Haushalte	Anzahl	401	484	510	528	446	538	539	536	490
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	662	848	820	940	737	1 101	862	859	933
* Umbauter Raum	1 000 m^3	464	595	618	662	506	682	629	596	608
* Wohnfläche	1 000 m^2	87	112	112	126	96	129	117	111	113
Wohnräume	Anzahl	3 546	4 524	4 432	4 988	3 957	5 177	4 586	4 516	4 512
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	121	156	163	170	134	182	175	169	164
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	128	135	150	160	153	125	144	124	156
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	13	11	11	17	12	19	9	19
Unternehmen	Anzahl	107	116	135	138	129	102	109	96	124
private Haushalte	Anzahl	4	6	4	11	7	11	16	19	13
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	20	35	19	80	13	22	35	25	3
* Umbauter Raum	1 000 m^3	748	977	737	1 303	863	657	1 774	549	603
* Nutzfläche	1 000 m^2	104	127	111	186	131	80	211	88	92
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	80	88	81	137	100	48	121	83	65
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude[1])										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	780	1 008	1 055	1 147	866	1 208	1 013	1 018	1 045
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 145	5 236	5 349	5 797	4 606	5 926	5 333	5 313	5 183

1 Einschließlich sonstige Wohneinheiten.

Landwirtschaft

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	10 541	11 060	10 384	11 588	11 053	9 631	10 630	10 922	10 959
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 291	2 322	1 919	2 028	2 209	1 750	1 660	1 757	1 869
darunter										
* Kälber[2]	t	12	12	7	10	11	4	5	6	7
* Jungrinder	t	9	15	6	6	5	4	4	6	4
* Schweine	t	8 198	8 683	8 424	9 507	8 797	7 834	8 927	9 124	9 049
* Eiererzeugung[3]	1 000	12 188	13 472	14 601	14 715	11 497	12 928	15 867	15 093	13 873

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	1 006	996	995	996	999	1 004	1 004	1 004	1 005
* Beschäftigte[5]	Anzahl	238 784	244 658	245 256	246 845	247 758	248 784	250 096	251 539	251 241
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 349	31 436	29 255	32 452	32 726	31 206	30 685	32 422	30 970
* Entgelte	Mill. EUR	853	928	865	865	852	985	916	918	895
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 217	6 918	6 721	6 940	7 309	7 359	7 320	7 179	6 803
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[6]	Mill. EUR	3 609	3 888	3 856	3 957	4 036	4 147	4 204	4 011	3 742
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 470	1 778	1 703	1 706	1 975	1 950	1 800	1 754	1 814
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	100	105	79	102	125	94	83	91	100
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 038	1 148	1 083	1 176	1 174	1 167	1 233	1 323	1 148
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 050	2 208	2 205	2 257	2 268	2 424	2 500	2 336	2 131
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	745	912	875	860	1 052	979	915	945	977
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 240	3 658	3 541	3 556	3 856	4 121	4 069	3 840	3 639
Exportquote[7]	%	52,1	52,9	52,7	51,2	52,8	56,0	55,6	53,5	53,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	95,4	99,7	99,7	92,3	96,3	98,9	101,0	91,5	85,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	91,9	90,2	90,3	87,9	85,0	92,1	98,9	88,2	81,2
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	96,7	110,8	109,0	97,2	107,4	107,1	100,8	90,7	89,5

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]										
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	103,0	111,7	90,4	82,2	116,0	113,0	89,0	73,9	94,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	110,7	106,9	118,5	99,2	112,6	101,7	117,5	119,7	95,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	79,3	75,3	77,9	71,6	67,3	77,6	85,5	76,0	67,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	87,1	100,1	109,2	82,8	94,4	104,5	97,3	76,8	77,5
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	164	168	168	167	167	172	172	172	172
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 470	9 495	9 420	9 554	9 560	9 621	9 621	9 780	9 790
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 205	1 193	1 057	1 249	1 235	1 171	1 170	1 254	1 191
* Entgelte[3]	Mill. EUR	36	37	34	33	34	40	36	36	35
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	494	419	425	440	420	403	435	427	421
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	480	406	414	428	408	390	423	411	408
Baugewerbe[6]										
Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	37 497	38 263	38 778	39 123	39 082	39 001	38 861	39 100	38 966
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 512	3 933	3 937	4 605	4 577	4 146	4 187	4 381	4 170
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 326	1 565	1 551	1 822	1 809	1 724	1 784	1 800	1 702
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	873	934	930	1 025	1 029	959	946	1 032	960
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 313	1 434	1 456	1 758	1 739	1 463	1 457	1 549	1 508
darunter Straßenbau	1 000 h	636	717	756	909	923	727	714	784	739
* Entgelte	Mill. EUR	85	90	92	95	93	93	94	97	90

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	356	383	398	434	441	416	427	439	418
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	124	134	143	143	146	161	159	144
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	94	104	103	116	111	113	102	114	109
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	151	155	161	174	187	158	163	166	165
darunter Straßenbau	Mill. EUR	70	77	81	88	99	77	83	83	89

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	362	353	355	354	352	352	395	395	395
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	13 268	13 485	13 199	13 367	13 745	13 629	14 704	14 948	15 138
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 335	4 448	4 257	4 446	4 567	4 523	4 769	4 758	4 930
* Entgelte	Mill. EUR	94	99	92	97	99	107	106	110	112
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	375	274	364	387	477	341	459	453

Handel[6]

Großhandel[P, 7]

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2005=100	118,3	120,9	121,2	122,5	122,5	121,1	121,5	122,3	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	122,7	128,1	129,5	130,6	130,0	129,6	130,5	130,2	...
* Umsatz nominal[8]	2005=100	113,6	122,3	116,5	127,1	140,4	124,4	120,9	124,9	...
* Umsatz real[9]	2005=100	103,0	107,0	101,6	109,8	122,2	107,7	104,1	106,9	...

Einzelhandel[P, 9]

* Beschäftigte	2005=100	105,8	108,5	108,5	109,3	108,9	108,8	108,4	109,5	109,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,4	111,2	112,0	111,5	111,8	112,1	111,8	110,9	110,8
* Umsatz nominal[8]	2005=100	110,8	114,5	111,7	115,6	114,4	119,4	113,7	118,4	114,2
* Umsatz real[8]	2005=100	106,9	109,0	106,7	110,3	108,5	110,5	106,1	110,0	105,5

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2005=100	105,5	107,3	105,4	108,6	109,5	107,1	106,6	107,9	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	127,6	130,4	127,3	131,2	134,1	129,7	130,6	129,0	...
* Umsatz nominal[3]	2005=100	92,3	97,4	92,5	94,3	100,5	94,4	94,6	91,0	...
* Umsatz real[3]	2005=100	87,6	91,1	86,5	88,1	93,5	87,8	87,7	84,2	...

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2005=100	105,8	109,3	115,7	116,9	115,7	112,8	114,3	116,7	115,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	114,9	119,6	130,1	130,2	127,2	124,2	126,2	129,1	127,7
* Umsatz nominal[3]	2005=100	101,6	108,5	124,1	128,9	126,4	114,2	116,0	125,8	120,2
* Umsatz real[3]	2005=100	92,6	97,5	111,4	115,7	112,3	100,3	102,4	111,0	104,5

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	640	684	917	954	974	832	840	947	936
* darunter von Auslandsgästen	1 000	156	159	274	268	205	193	271	267	205
* Gästeübernachtungen	1 000	1 714	1 794	2 603	2 729	2 470	2 122	2 420	2 685	2 418
* darunter von Auslandsgästen	1 000	449	448	881	904	571	521	860	900	571

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 886	1 931	2 058	1 813	2 229	2 118	1 971	1 856	2 105
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 229	1 318	1 440	1 236	1 609	1 526	1 374	1 273	1 576
* Getötete Personen	Anzahl	17	16	17	16	16	27	21	26	15
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	8	7	9	8	10	8	10	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	4	4	4	9	8	8	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	3	1	1	3	3	4	2
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	1	2	1	1	2	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 599	1 709	1 839	1 604	2 099	1 986	1 749	1 660	1 991

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
schwer verletzte Personen	Anzahl	290	320	411	320	372	428	334	326	411
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	130	147	154	149	141	159	131	142	129
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	73	75	129	74	119	144	109	95	129
Radfahrer	Anzahl	43	50	74	50	76	76	64	52	106
Fußgänger	Anzahl	31	34	38	28	26	37	20	21	28

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 933	12 789	12 734	12 048	13 044	14 736	11 994	11 755	11 619
darunter										
Krafträder	Anzahl	609	608	759	639	493	779	724	755	456
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 154	10 699	10 547	10 092	11 076	12 155	9 933	9 656	9 971
* Lastkraftwagen	Anzahl	833	1 003	926	930	1 011	1 033	974	918	824
Zugmaschinen	Anzahl	274	403	455	301	391	340	306	360	287

Personenbeförderung

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 245	54 787	58 167	55 244	49 859	55 876	56 012	54 910	...
Personenkilometer[3]	Mill.	530	537	543	534	478	594	528	455	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Güterempfang	1 000 t	1 153	1 064	1 148	1 212	1 199	1 061	1 080	1 163	1 051
* Güterversand	1 000 t	930	778	813	949	868	840	829	886	853

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 369	3 737	3 922	3 778	3 738	4 059	4 076	4 170	4 030
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	282	292	291	287	305	297	306	309	320
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 052	3 411	3 596	3 457	3 401	3 683	3 669	3 751	3 583

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	24	27	23	19	26	25	24	17
* Halbwaren	Mill. EUR	152	168	172	173	182	174	162	184	178
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 877	3 220	3 398	3 261	3 200	3 484	3 481	3 543	3 388
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	912	921	1 013	889	892	991	973	943	1 052
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 965	2 298	2 384	2 372	2 308	2 493	2 509	2 600	2 336
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 328	2 612	2 720	2 612	2 569	2 773	2 768	2 724	2 565
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	2 023	2 235	2 334	2 236	2 156	2 317	2 374	2 306	2 172
Belgien	Mill. EUR	172	184	171	174	196	193	185	184	193
Luxemburg	Mill. EUR	52	58	63	60	55	63	63	61	61
Dänemark	Mill. EUR	34	36	36	39	39	40	45	39	39
Finnland	Mill. EUR	25	29	29	26	34	33	32	28	32
Frankreich	Mill. EUR	370	428	443	435	394	418	443	448	403
Griechenland	Mill. EUR	30	29	39	24	24	51	36	36	28
Großbritannien	Mill. EUR	201	217	207	213	223	213	232	232	236
Irland	Mill. EUR	9	9	10	8	9	11	10	11	11
Italien	Mill. EUR	247	251	279	280	198	261	247	259	175
Niederlande	Mill. EUR	205	221	235	241	210	226	231	222	235
Österreich	Mill. EUR	136	150	158	140	152	157	163	155	158
Schweden	Mill. EUR	58	66	76	52	68	75	73	48	66
Spanien	Mill. EUR	171	183	175	182	174	190	187	178	151
Portugal	Mill. EUR	20	22	23	21	21	23	22	24	22
* Afrika	Mill. EUR	82	90	96	96	94	100	97	101	97
* Amerika	Mill. EUR	452	457	557	464	477	554	502	646	692
darunter nach USA	Mill. EUR	289	278	360	257	288	367	310	409	487
* Asien	Mill. EUR	474	538	510	553	551	585	656	645	613
darunter nach China	Mill. EUR	118	149	158	164	144	162	186	180	150
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	40	39	52	48	48	53	53	62

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 257	2 625	2 565	2 705	2 639	2 750	2 717	2 742	2 508
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	216	243	231	229	224	278	285	241	246
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 969	2 282	2 247	2 395	2 333	2 337	2 253	2 321	2 064
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	91	126	55	174	50	109	110	105	95
* Halbwaren	Mill. EUR	293	314	311	342	343	317	329	372	263
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 585	1 842	1 881	1 879	1 940	1 911	1 814	1 845	1 707

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	472	520	573	526	566	567	498	528	513
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 113	1 322	1 308	1 354	1 375	1 345	1 316	1 316	1 193
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 657	1 893	1 915	1 986	1 816	2 031	1 995	1 978	1 812
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 398	1 595	1 678	1 630	1 575	1 677	1 701	1 671	1 502
Belgien	Mill. EUR	240	275	293	283	297	298	315	303	276
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	45	47	48	42	45	39	44
Dänemark	Mill. EUR	24	14	11	13	17	18	19	17	19
Finnland	Mill. EUR	11	12	17	14	14	9	11	12	15
Frankreich	Mill. EUR	225	253	259	271	232	224	257	258	223
Griechenland	Mill. EUR	8	8	7	10	8	7	6	7	7
Großbritannien	Mill. EUR	74	82	91	75	81	93	98	92	89
Irland	Mill. EUR	11	11	13	10	8	13	11	12	11
Italien	Mill. EUR	134	157	166	172	147	169	163	172	139
Niederlande	Mill. EUR	228	262	284	261	258	263	258	260	202
Österreich	Mill. EUR	81	86	88	84	79	97	97	87	88
Schweden	Mill. EUR	27	26	25	23	23	36	36	32	34
Spanien	Mill. EUR	82	96	92	96	75	112	105	93	81
Portugal	Mill. EUR	14	16	15	16	14	21	18	16	15
* Afrika	Mill. EUR	39	52	31	55	72	46	37	57	45
* Amerika	Mill. EUR	229	267	240	235	257	299	299	289	280
darunter aus USA	Mill. EUR	149	184	162	164	175	199	199	199	184
* Asien	Mill. EUR	327	409	375	424	488	368	379	412	366
darunter aus China	Mill. EUR	150	168	148	160	195	184	154	174	176
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	5	6	7	8	6	5

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 434	3 272	3 171	3 434	3 491	3 037	3 128	3 228	2 912
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	496	553	500	552	565	517	527	544	465
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 415	2 168	2 148	2 319	2 379	2 007	2 017	2 158	1 910
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 934	3 230	3 175	3 331	3 620	2 741	3 032	3 174	2 683
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	455	459	451	412	427	410	469	541	431
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 969	2 238	2 236	2 389	2 644	1 865	2 050	2 117	1 781

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Insgesamt	Anzahl	670	611	538	646	604	624	601	644	546
davon										
* Unternehmen	Anzahl	113	102	102	96	107	122	94	105	87
* Verbraucher	Anzahl	420	387	338	414	369	377	373	419	344
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	116	102	79	115	116	104	108	103	100
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	21	20	19	21	12	21	26	17	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	151	93	76	117	81	264	79	94	109

Handwerk[2]

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	98,4	99,0	98,0	98,5	101,4	99,3	98,8	98,9	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	97,7	104,0	84,6	104,6	107,5	118,9	85,3	102,8	...

Preise

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	107,4	109,9	110,2	110,4	110,4	112,7	112,7	112,9	112,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	104,6	105,7	106,0	106,2	106,2	106,8	106,8	107,0	107,1

Verdienste[7]

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 494	3 593	3 243	3 285	3 288	3 312	...	...	...
* Frauen	EUR	3 002	3 077	2 822	2 843	2 846	2 864	...	...	...
* Männer	EUR	3 686	3 798	3 410	3 460	3 463	3 490	...	...	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	6 039	6 228	5 444	5 535	5 550	5 591	...	...	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	3 971	4 075	3 700	3 762	3 769	3 796	...	...	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 057	3 153	2 839	2 889	2 898	2 911	...	...	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 502	2 579	2 358	2 398	2 409	2 411	...	...	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	1 867	1 926	1 809	1 829	1 836	1 854	...	...	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 689	3 842	3 353	3 430	3 435	3 449	...	...	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 425	3 542	3 220	3 230	3 306	3 289	...	...	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 777	3 943	3 424	3 492	3 491	3 508	...	...	...
* Energieversorgung	EUR	5 134	5 173	4 372	4 389	4 487	4 477	...	...	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	2 912	2 987	2 751	2 772	2 803	2 822	...	...	...
* Baugewerbe	EUR	3 001	3 090	2 815	2 961	2 987	2 981	...	...	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 354	3 412	3 164	3 180	3 181	3 211	...	...	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 256	3 300	2 956	2 983	3 001	3 038	...	...	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 835	2 888	2 643	2 678	2 679	2 707	...	...	...
* Gastgewerbe	EUR	2 044	2 058	2 004	2 009	2 002	2 004	...	...	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 686	4 847	4 197	4 380	4 314	4 359	...	...	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 528)	4 598	3 936	3 962	3 971	3 997	...	...	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 768	3 772	3 474	3 491	3 600	3 577	...	...	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 903	4 022	3 603	3 658	3 652	3 672	...	...	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(1 902)	1 940	1 866	1 868	1 864	1 902	...	...	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 260	3 338	3 188	3 194	3 204	3 219	...	...	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 991	4 040	3 887	3 904	3 919	3 946	...	...	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 480	3 567	3 287	3 324	3 369	3 381	...	...	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 371)	3 374	3 173	3 167	3 205	3 228	...	...	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 802	2 828	2 668	2 657	2 640	2 682	...	...	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	116 241	117 085	118 290	117 670	117 908	119 731	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	12 507	12 777	12 221	11 737	12 113	12 169	...

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken									
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	14 092	14 368	15 191	14 919	15 322	15 413	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	89 642	89 940	90 878	91 014	90 473	92 149	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	106 664	107 629	107 811	107 259	108 841	110 912	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	96 721	97 134	97 515	97 203	98 754	100 226	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	9 943	10 495	10 296	10 056	10 087	10 686	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	9 577	9 456	10 479	10 411	9 067	8 819	...
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	109 118	111 359	110 049	111 255	111 545	112 585	111 755	111 769	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	43 233	43 891	43 853	44 412	44 477	45 313	...
Termineinlagen	Mill. EUR	31 010	30 198	29 690	30 015	30 419	30 667	29 818	29 377	...
Sparbriefe	Mill. EUR	7 040	7 672	7 252	7 628	7 825	7 981	7 962	7 870	...
Spareinlagen	Mill. EUR	29 304	29 642	29 874	29 721	29 448	29 525	29 498	29 209	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	106 608	108 983	107 672	108 995	109 181	110 083	109 246	109 216	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	104 341	106 437	105 248	106 430	107 057	107 012	106 764	106 499	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 267	2 546	2 424	2 565	2 124	3 071	2 482	2 717	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 510	2 376	2 377	2 260	2 364	2 502	2 509	2 553	...

Steuern

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 103	3 398	3 318	3 592	3 106	3 189	3 638	3 890	3 175
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	923	1 002	943	1 152	532	742	1 073	1 278	763
Lohnsteuer	Mill. EUR	647	699	941	559	506	599	985	527	528
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	133	136	432	-	-	-	446	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	119	130	- 28	409	- 21	- 16	- 32	502	135
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	73	20	24	18	142	26	34	72

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	30	44	6	12	17	47	10	12
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	28	0	0	7	33	0	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	69	- 33	154	17	1	46	204	15
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 2	- 7	- 39	-	-	-	9	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 180	2 397	2 374	2 440	2 575	2 447	2 566	2 612	2 412
Umsatzsteuer	Mill. EUR	443	441	461	417	467	459	493	468	511
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 737	1 956	1 913	2 023	2 108	1 988	2 072	2 144	1 902
Zölle	Mill. EUR	181	205	215	243	228	192	214	229	195
Bundessteuern[1]	Mill. EUR	114	109	89	123	94	106	90	130	101
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	27	26	26	35	32	27	29	33
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	38	34	34	42	36	32	37
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	44	25	63	26	32	27	69	31
Landessteuern	Mill. EUR	45	43	54	49	52	59	60	53	54
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	7	15	15	13	19	19	11	11
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	17	20	23	19	23	26	26	27	29
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	12	11	12	10	11	10	11
Feuerschutzsteuer[1]	Mill. EUR	1	2	1	1	1	1	1	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	2

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	490	541	501	541	528	595	521	711	...
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	...
Grundsteuer B	Mill. EUR	111	116	105	115	135	107	113	122	...
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	366	412	383	411	376	476	394	572	...
sonstige Gemeindesteuern[2]	Mill. EUR	9	9	8	9	10	9	9	13	...

1 Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 01.07.2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – 2 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2010	2011				2012		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	762	824	557	798	819	1 121	543	1 016	...
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	299	334	352	336	298	352	369	501	...
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	298	320	77	300	329	576	45	337	...
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	39	40	12	33	41	75	2	39	...

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	698	738	702	660	602	698	798	705	732
Landessteuern	Mill. EUR	45	43	54	49	52	59	60	53	54
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	335	370	337	442	171	267	401	501	273
Lohnsteuer	Mill. EUR	213	236	340	181	158	197	360	168	168
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	50	55	- 12	174	- 9	- 7	- 13	213	58
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	26	31	6	8	8	69	10	13	35
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	20	3	5	7	21	5	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	30	35	- 17	77	9	0	23	102	8
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	301	304	308	168	326	302	325	152	345
Umsatzsteuer	Mill. EUR	221	211	225	70	227	221	237	54	246
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	80	92	83	99	99	81	88	98	100
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	6	1	0	14	19	3	0	16
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	-	6	6	1	0	5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	9	11	2	-	27	38	7	0	31
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	0	-	6	8	1	0	6
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 643	1 808	1 725	1 901	1 771	1 725	1 890	2 052	1 699
Bundessteuern	Mill. EUR	114	109	89	123	94	106	90	130	101
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	401	436	400	502	228	326	461	560	330
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 124	1 257	1 235	1 275	1 435	1 275	1 335	1 362	1 252
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	6	1	- 0	14	19	3	0	16

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im November 2012

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2012 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: A1013 201242

Strukturdaten zur Bevölkerung – Ergebnisse des Mikrozensus 2011
Kennziffer: A1103 201100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung im 3. Vierteljahr 2012
Kennziffer: C3053 201243

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2011
Kennziffer: C3113 201100

Erhebung über die tierärztliche Versorgung von Nutztieren 2012
Kennziffer: C3123 201201

Agrarstrukturerhebung – Landwirtschaftszählung 2010 – Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe
Kennziffer: C4623 201001

Agrarstrukturerhebung – Landwirtschaftszählung 2010 – Rechtsform, betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Standardoutput, sozialökonomische Betriebstypen und Art der Gewinnermittlung der landwirtschaftlichen Betriebe
Kennziffer: C4673 201001

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2012 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201209

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im September 2012
Kennziffer: E1033 201209

Ausbaugewerbe im Juni 2012 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe – Ergebnisse der jährlichen Erhebung bei Betrieben von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3033 201200

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im August 2012
Kennziffer: E4023 201208

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe 2011
Kennziffer: E4073 201100

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2012
Kennziffer: F2033 201209

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr 2011
Kennziffer: G3013 201100

Aus- und Einfuhr im September 2012
Kennziffer: G3023 201209

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im September 2012
Kennziffer: G4023 201209

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im August 2012
Kennziffer: H1023 201208

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2011
Kennziffer: H1063 201100

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 2. Vierteljahr 2012
Kennziffer: H1073 201242

Binnenschifffahrt im August 2012
Kennziffer: H2023 201208

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Oktober 2012
Kennziffer: M1013 201210

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden
Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
im 4. Vierteljahr 2011
Kennziffer: N1013 201144

Umwelt

Öffentliche Abwasserentsorgung 2010
Kennziffer: Q1033 201001

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2012
Kennziffer: Z1013 201208

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe November 2012
Kennziffer: Z2201 201211

Amtliches Verzeichnis der Verbandsgemeinden
und Gemeinden (Stand: Oktober 2012)
Kennziffer: A5014 201201

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Thomas Kirschey und Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.